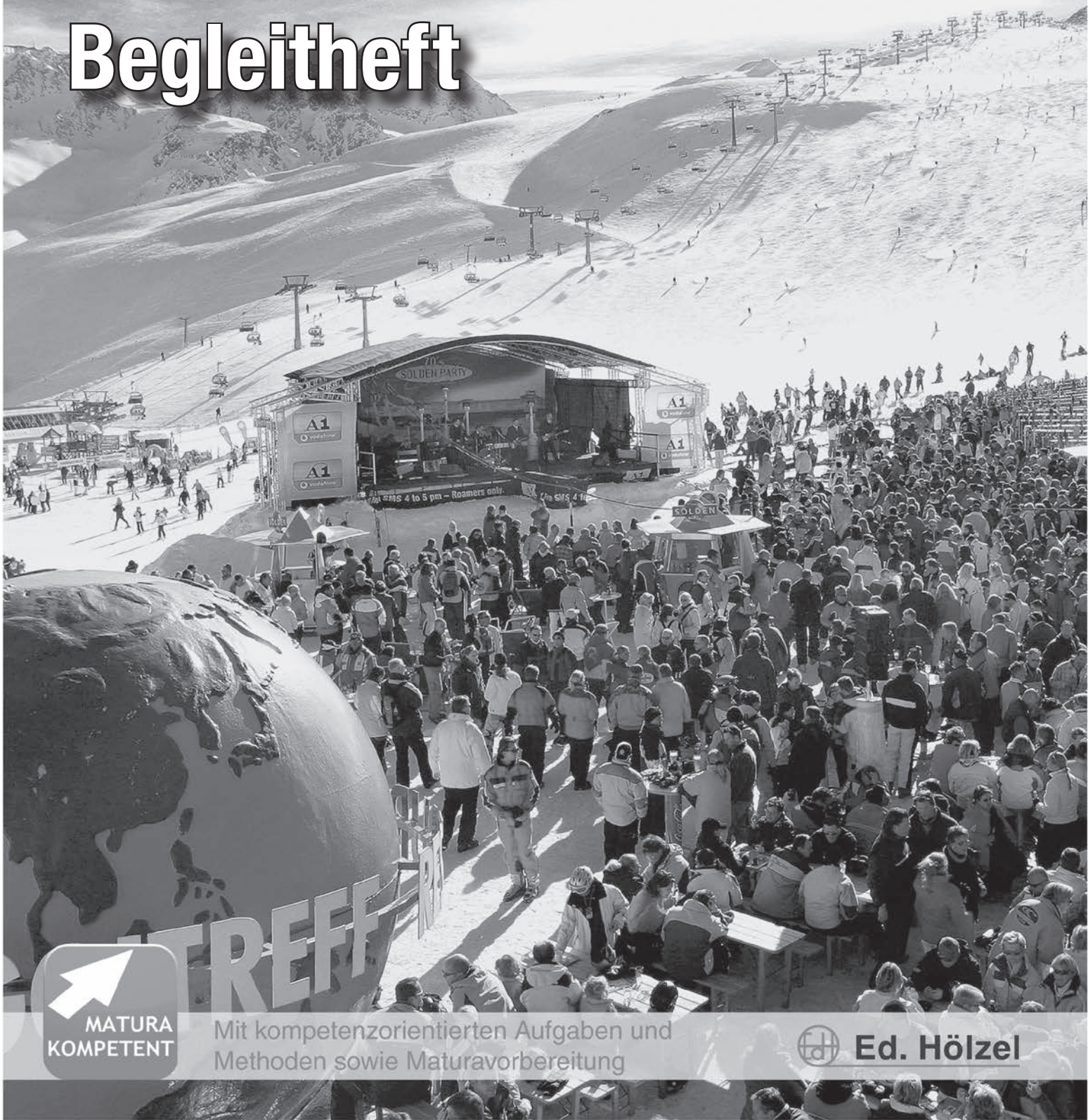


Malcik, Sitte

# RAUM GESELLSCHAFT WIRTSCHAFT *7* *neu*

## Begleitheft



  
MATURA  
KOMPETENT

Mit kompetenzorientierten Aufgaben und  
Methoden sowie Maturavorbereitung



**Ed. Hölzel**

## Inhaltsverzeichnis

Die in Klammern stehenden Seitenangaben beziehen sich auf das Schulbuch.

Lehrplanauszug .....	3
Das didaktische Konzept .....	4
Anmerkungen zu den Schulbuch-Kapiteln und Aufgaben-Lösungen .....	ab 5
1. Die geopolitische Lage Österreichs in Europa .....	5
1.1 Räumliche, politische und ökonomische Veränderungen (4) .....	5
1.2 INTERREG-Projekte – positive Entwicklungen und Probleme (10) .....	7
2. Räumliche Gegebenheiten – Chancen und Risiken .....	8
2.1 Landschaftsformen und Klimaüberblick (12) .....	8
2.2 Naturbedingte Landschaftsunterschiede und ihre wirtschaftlichen .....Auswirkungen (14) .....	9
2.3 Ausgewählte Merkmale und Probleme der ökonomisch-räumlichen Entwicklung der österreichischen Bundesländer (19) .....	10
2.4 Der Blick von oben – Arbeiten mit Satellitenaufnahmen (23) .....	11
2.5 Die Alpen im „Treibhaus“ (26) .....	11
2.6 Ökologisch angepasste Ausbaumaßnahmen an der Donau (29) .....	12
3. Bevölkerung und Gesellschaft .....	12
3.1 Ahnenforschung und mögliche Erkenntnisse (32) .....	12
3.2 Demographische Begriffe und Prozesse (33) .....	12
3.3 Die bisherige Entwicklung der österreichischen Bevölkerung in Grafiken (34) .....	12
3.4 Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung (36) .....	13
3.5 Die zukünftigen Bevölkerungsveränderungen nach Bundesländern und Regionen (37) .....	13
3.6 Ist Österreichs Einwanderungspolitik zu restriktiv? (38) .....	14
4. Die österreichische Volkswirtschaft im Überblick .....	14
4.1 Das wirtschaftliche Gesamtergebnis (40) .....	14
4.2 Aufgaben der Wirtschaftspolitik (47) .....	15
4.3 Die österreichische Wirtschaftsordnung (50) .....	16
4.4 Der Finanzhaushalt (54) .....	17
4.5 Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat (60) .....	19
5. Wirtschaftsstandort Österreich .....	20
5.1 Standortfaktoren (66) .....	20
5.2 Landwirtschaft und Agrarmarkt (71) .....	20
5.3 Regionale Disparitäten (76) .....	21
5.4 Außenwirtschaft Österreichs (81) .....	22
6. Unternehmen und Berufsorientierung .....	24
6.1 Wir gründen ein Unternehmen (85) .....	24
6.2 Unselbständig arbeiten in Österreich (93) .....	25
6.3 Die Arbeitswelt verändert sich (98) .....	27
6.4 Matura – was nun? (101) .....	27
7. Zur Erweiterung und Vertiefung für das wirtschaftskundliche Realgymnasium und für das Wahlpflichtfach .....	27
7.1 Der österreichische Binnenmarkt (104) .....	28
7.2 Die gewerbliche Wirtschaft (107) .....	28
7.3 Tourismus – wichtig für Österreich (113) .....	29
7.4 Bank- und Versicherungswesen (116) .....	30
7.5 Betriebliches Rechnungswesen (119) .....	30
Zur RGW-Homepage Übersicht über die Online-Inhalte .....	32

### Begleitheft zu RGW 7 NEU (SB-Nr. 126161)

Von Wilhelm Malcik und Wolfgang Sitte (†), fortgeführt von Christian Sitte  
1. Auflage 2006, akt. Neubearbeitung 2013  
Alle Rechte vorbehalten.

Karten und Grafik: Ed. Hölzel Gesellschaft m.b.H. Nfg KG, Wien

**ISBN-10: 3-85116-326-5**

**ISBN-13: 978-3-85116-326-1**

**Verlag Ed. Hölzel Ges.m.b.H. Nfg KG**

## Auszug aus dem neuen Oberstufenlehrplan

Der gesamte Lehrplan mit der sehr wichtigen Bildungs- und Lehraufgabe sowie den nicht minder wesentlichen didaktischen Grundsätzen steht im Internet unter:

[http://www.bmukk.gv.at/medienpool/11858/lp\\_neu\\_ahs\\_06.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/11858/lp_neu_ahs_06.pdf)

Nachstehend finden Sie aus dem GWK-Lehrplan nur den Lehrstoff der 7. Klasse. Die kursiv gesetzten Lernziele stellen die verbindlichen zusätzlichen Bereiche des Wirtschaftskundlichen Realgymnasiums dar.

### Österreich – Raum – Gesellschaft – Wirtschaft

#### Veränderungen der geopolitischen Lage Österreichs

- Die unterschiedliche Qualität der politischen Grenzen Österreichs seit dem 20. Jahrhundert in ihrer Wirkung auf Verkehr, Wirtschaft und Migration erfassen.
- Möglichkeiten für grenzüberschreitende Regionalentwicklung unter dem Einfluss der europäischen Integration erkennen.

#### Naturräumliche Chancen und Risiken

- Geoökologische Faktoren und Prozesse am Beispiel eines alpinen sowie eines außeralpinen österreichischen Landschaftsraumes aufzeigen und in ihrem Zusammenwirken erklären.
- Die naturräumlichen Gegebenheiten als Ansatzpunkt für die Regionalentwicklung bewerten können.
- Naturräumliche Voraussetzungen sowie wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Interessen als Ursachen ökologischer Probleme erkennen.
- Bereitschaft wecken für einen sorgsamen Umgang mit den knappen Ressourcen Luft, Wasser und Boden.

#### Demographische Entwicklung und gesellschaftspolitische Implikationen

- Die Entwicklung der österreichischen Bevölkerung (zeitliche und räumliche Dimension) darstellen können sowie mögliche Folgen ableiten und beurteilen.
- Die Lebenssituation ausgewählter Bevölkerungsgruppen vor dem Hintergrund des Phänomens „Fremdsein“ analysieren und bewerten können.
- Die gesellschaftspolitischen Herausforderungen einer alternden und multikulturellen Gesellschaft erfassen.

#### Gesamtwirtschaftliche Leistungen und Probleme – Wirtschafts- und Sozialpolitik

- Aus dem Magischen Vieleck Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik ableiten und unterschiedliche Positionen formulieren.
- Die Besonderheiten der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik erfassen.
- Anhand des Budgets wirtschafts- und sozialpolitische Absichten sowie Maßnahmen der Bundesregierung besprechen und analysieren.
- Das Zustandekommen wichtiger wirtschaftlicher Daten kennen lernen und deren Aussagekraft beurteilen.

#### Wirtschaftsstandort Österreich

- Die Vor- und Nachteile des Wirtschaftsstandortes Österreich aus unterschiedlicher Sicht erarbeiten und mit anderen Staaten vergleichen.
- Die Entstehung regionaler Disparitäten erklären und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf das Alltagsleben und die Wirtschaft erläutern.
- Außenwirtschaftliche Verknüpfungen im Zuge der EU-Mitgliedschaft bzw. des Globalisierungsprozesses erkennen und analysieren.
- *Industrie und Dienstleistung (Tourismus, Handel usw.) als wesentliche Basis der Wertschöpfung erkennen und ihre jetzigen bzw. zukünftigen vernetzten Problemfelder aufzeigen.*

#### Unternehmen und Berufsorientierung

- Von der Produkt- oder Geschäftsidee zum eigenen Unternehmen – ein fiktives Unternehmen gründen.
- Die Einnahmen- und Ausgabenrechnung bei Unternehmen und privaten Haushalten in ihren Grundprinzipien verstehen.
- Die Vielfalt der Bildungswege kennen lernen und die eigene Positionierung in der Berufswelt finden.
- *Betriebliche Kennzahlen an Hand von Beispielen interpretieren können.*
- *Erfassung und Bewertung von innerbetrieblichen Entscheidungen im Spannungsfeld von Konkurrenz, ökologischen und ökonomischen Notwendigkeiten.*
- *Veränderungen von Strukturen innerhalb und im Umfeld der Unternehmen erkennen und ihre Folgen abschätzen können.*
- *Erkundung eines Dienstleistungsbetriebes.*

## Das didaktische Konzept

Schülergerecht und lehrerfreundlich – Bewährtes und Neues in einem vollständig überarbeiteten Buch.

Die bekannte Reihe RGW wurde für den neuen Oberstufen-Lehrplan neu bearbeitet, zum Teil neu geschrieben und mit neuen methodischen Elementen ausgestattet – die Auflage 2009 in einem neuen Layout gestaltet und 2013 durch kompetenzorientierte Aufgaben und Materialien für den Weg zur Matura ergänzt.

RGW versucht grundsätzlich, genügend Material für die Eigentätigkeit der Schüler/innen anzubieten, damit aus der Erarbeitung ein gesichertes geographisch-wirtschaftskundliches Grundwissen entstehen kann. Der formale Aufbau wurde so gewählt, dass dieses Ziel leicht erreicht werden kann.

Am Beginn jedes Kapitels steht am Ende der Seite der Block „**Hier erfahren Sie**“. Darin sind verkürzt und in einfachen Worten die jeweiligen Lernziele des Kapitels dargelegt. Je nach Situation der Klasse können davon Abstriche oder Ergänzungen gemacht werden.

Die **Basisinformationen** befinden sich in den zwei Hauptspalten des Buches. Dabei handelt es sich in der Regel um von den Autoren formulierte Sachtexte. Die **Nummerierung der Textblöcke** erleichtert die Handhabung und ermöglicht gezielte Verweise auf bestimmte Inhalte. Bei den Aufgaben wird auf die entsprechenden Nummern verwiesen.

**Quellentexte** – also Auszüge aus verschiedenen Medien – und ergänzende Erläuterungen sind immer blau unterlegt. Sie dienen der originalen Begegnung mit bestimmten Problemen oder der Vertiefung der Basisinformationen und sollen ausgewertet werden.

Der Auswertung dienen auch die zahlreichen **Tabellen**. Dabei steht die Lernmöglichkeit für die Schüler/innen im Vordergrund. Die letztmögliche Aktualität von Zahlen ist in einem Schulbuch nicht möglich. Zur Auswertung sind weiters vielfältige **kartographische Ausdrucksmittel** im Buch enthalten: Thematische Karten, Diagramme, Kartogramme und Skizzen ergänzen die Karten im Atlas. Den gleichen Zweck sollen die vielen **Farbbilder** und Schemata erfüllen, die auch Arbeitsaufträge durch die Lehrkraft herausfordern sollen.

Da RGW als **Lehr- und Arbeitsbuch** konzipiert ist, werden sehr viele **Arbeitsaufträge** angeboten. Die Aufgaben stehen immer in der Randspalte und sind bestimmten Textblöcken zugeordnet. Natürlich müssen nicht alle Aufgaben bearbeitet werden: Das große Angebot soll der Lehrkraft mehr Auswahl ermöglichen, aber auch Gruppenarbeit zu verschiedenen Lernzielen ermöglichen. Um diese Auswahl gezielt vornehmen zu können, wurden alle Aufgabe durch Symbole charakterisiert:



Diese Aufgaben sind mit den Materialien des Lehrbuches und/oder mit dem Atlas zu beantworten.



Antworten zu diesen Aufgaben sollen von den Schülerinnen und Schülern eigenständig in verschiedenen Medien recherchiert werden: Atlas, Fachliteratur, Lexika, Almanache, vor allem aber das Internet und hier besonders die Homepage zum Lehrbuch können zur Bearbeitung herangezogen werden.




Diese Aufgaben enthalten Anregungen zum Nachdenken, zu persönlichen Stellungnahmen oder zu Diskussionen in Partner-, Gruppen- oder Klassenarbeit.

Das Buch bietet viel mehr Material an, als durchgenommen werden muss oder kann. Die Lehrkräfte (und auch die Schülerinnen und Schüler) haben so die Möglichkeit, auszuwählen. Stets sind dabei die Lernziele verbindlich, nicht jedoch die Lerninhalte. Daher ist dieses Buch kein „geheimer Lehrplan“, es bietet mehr Themen, als der Lehrplan in seinen Zielen vorgibt.

RGW legt keine bestimmte Unterrichtsmethode fest, wenngleich es grundsätzlich für den Arbeitsunterricht konzipiert ist. Die Wahl der Methode liegt jedenfalls in der Entscheidung der Lehrkraft. Häufig wird auf den Atlas verwiesen: Die Sicherung und Ausweitung des topographischen Rasters wird vom Lehrplan ganz konkret gefordert. Auch die im Buch enthaltenen Karten und Kartogramme verfolgen diese Absicht.

Die Wirtschaftskunde ist in RGW so selbstverständlich in die Geographie integriert, dass nicht besonders darauf hingewiesen werden muss.

Um dem ikompetenzorientierten Unterricht noch mehr zu entsprechen, wurden aufwändigere Kompetenz-Beispiele in diesem Band deutlich mit  gekennzeichnet und teilweise Aufgabenstellungen ergänzt.

Um den Anforderungen jüngster mediendidaktischer Entwicklungen zu folgen, bieten Autoren und Verlag eine eigene **Homepage** zu RGW an:

**[www.hoelzel.at/rgw](http://www.hoelzel.at/rgw)**

Diese Homepage bietet Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern gleichermaßen kostenlos Zugriff auf ergänzende und weiterführende Inhalte zu den meisten Kapiteln des Schulbuches. Dabei handelt es sich um:

- 1. Texte**, die vertiefende Sachinformation bieten und oft mit eigenen Arbeitsaufgaben versehen sind;
- 2. Arbeitsblätter**, die zusätzliche Grafiken bieten, um die Basisinformationen des Schulbuchs zu ergänzen. Hier werden weitere Aufgaben angeboten, die zur Bearbeitung der Lerninhalte im Schulbuch anregen sollen.
- 3. Zusatzkapitel**, die das Angebot im Schulbuch um zusätzliche Themen erweitern oder auch manche Schulbuchkapitel ersetzen können. Auch hier werden, wie im Buch selbst, weitere Aufgaben vorgeschlagen.

Alle **Webseiten können ausgedruckt** und in die Arbeitshefte oder -mappen der Schülerinnen und Schüler eingefügt werden. Sie können sowohl im EDV-Saal der Schule oder zu Hause im Sinne von **E-Learning** das selbständige Erarbeiten ergänzender Lerninhalte und Recherchetechniken fördern. Die Homepage zu RGW kann für Gruppen- und Partnerarbeit, für Vorbereitungen, kleine Referate und Präsentationen dienen, weiters für Inhalte des Wahlpflichtfaches Geographie und Wirtschaftskunde, schließlich für die Ausarbeitung von Spezialgebieten und die Vorbereitung auf die Reifeprüfung oder als Ansatzpunkt für Fachbereichsarbeiten.

Die Schülerinnen und Schüler sollen aber über die Homepage hinaus die Möglichkeiten des Internets nutzen und Themen weiter bearbeiten. Deshalb werden auf der Homepage auch externe **Links** angeboten. Dabei wurde darauf geachtet, nur solche Links zu setzen, die auch längerfristig Bestand haben. Aus demselben Grund wird darauf verzichtet, detaillierte Pfade anzugeben, die mitunter sehr schnell nicht mehr aktuell sein können.

# 1. DIE GEOPOLITISCHE LAGE ÖSTERREICHS IN EUROPA

Das erste Kapitel in „RGW 7 neu“ zeigt – ähnlich wie die jeweils ersten Kapitel der Bände für die 5. und 6. Klasse – eine fächerübergreifende Herangehensweise unter typisch geographischen und wirtschaftlichen Fragestellungen. Dabei wird mit der Einordnung Österreichs in ein größeres europäisches Ganzes begonnen. Wichtig dabei ist das Erkennen von Strukturen, Chancen und Veränderungen der geopolitischen Lagebeziehungen einer sich innerhalb eines Jahrhunderts stark gewandelten Region wie Österreich. Anhand der wesentlichen Raumentwicklungsphasen im 20. und 21. Jahrhundert werden diese Veränderungen analysiert:

1. das Gebiet des heutigen Österreich als Kern eines ehemals mitteleuropäischen Großreiches vor dem Ersten Weltkrieg,
2. seine danach von außen bestimmte Position als kleiner, mit Strukturproblemen belasteter Rumpfstaat,
3. die fremdbestimmte periphere Lage und Umorientierung in einem weiteren Großreich,
4. die wieder von außen bestimmte Lage als neutraler Kleinstaat zwischen den wirtschaftlichen und politischen Blöcken in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg,
5. das schrittweise Assoziieren und Hineinwachsen in die europäische Gemeinschaft und
6. die seit 2004 neue Position im Zentrum einer immer größer werdenden wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft.

**Anmerkung:** Die letzten Phasen können zusätzlich in die fremdbestimmte Besatzungszeit 1945-55, die Phase 1955–1989, ferner ein schrittweises Integrieren bis 1995 bzw. den endgültigen Wandel 2004 unterteilt werden.

Der Inhalt des Kapitels baut einerseits auf dem Wissen der Schüler aus der Unterstufe aus Geschichte, andererseits sollten Kenntnisse aus dem Integrationsprozess Europas aus der 6. Klasse Oberstufe vorhanden sein. Zu den ersten drei Abschnitten des Kapitels finden Schüler viele weitere Informationen in den Geschichtsbüchern. Der Bereich „Wirtschaft“ wird dort aber unterschiedlich intensiv behandelt. Es kann daher hilfreich sein, auch andere Materialien heranzuziehen.

**Ergänzende Literatur:** (z.T. auch für Einstiegskurzreferate bzw. Portfolios geeignet, vgl. in GW-Unterr. 91/2003):

Hanisch E.: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jh., Wien 1994.

Sandgruber R.: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte, Wien 1995.

Anmerkung: Beides sind Bände der mehrbändigen Geschichte Österreichs, hrsg. von H. Wolfram, Ueberreuter Wien.

Sandgruber R.: Das 20. Jahrhundert, Wien 2003

Seidel H.: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien 2005

Dachs H. u.a. (Hrsg.): Handbuch Politik in Österreich, Wien 2006

Lichtenberger E.: Österreich, Darmstadt 1997. (Anmerkung: Eine englischsprachige Version dieses neuesten Standardwerks: Austria – Society and Regions, erschien beim Verl. d. Österr. Akademie der Wissenschaften in Wien.)

## 1.1 Räumliche, politische und ökonomische Veränderungen

Die (seit 1867) k.u.k. Doppelmonarchie war flächenmäßig nach dem Zarenreich Russland an zweiter, bezüglich der Bevölkerung hinter Russland und dem (seit 1871 bestehenden) Deutschen Reich drittgrößte Macht in Europa.

### Zu den Aufgaben

Seite 4 zu 1

**Zu Abb. 4.1 und 4.2:** Die Abb. 4.1 und 4.2 sollen den räumlichen und den zeitlichen Betrachtungsansatz hervorheben. Zusätzlich soll die Abb. 4.2 (ähnlich wie Abb. 7.2 oder 34.1) auch als Grundlage für die weiteren Abschnitte die zeitliche Entwicklung verdeutlichen. Man kann darin drei grundsätzlich unterschiedliche Phasen ausgliedern lassen. Wichtig für den Umgang mit Wirtschaftsdaten ist hier die Besprechung, was eine Indexdarstellung wie die vorliegende aussagen kann, welchen Zweck sie im Vergleich zu den sonst üblichen Kurven mit jährlichen nominellen BIP-Veränderungen verfolgt (eine solche in einer längeren Zeitreihe findet man etwa bei Sandgruber). Man richte an die Schüler ferner die Frage, warum 1913 (als letztes Vorkriegsjahr der Gründerzeit) als Basis für den Index genommen wurde. In der Folge kann man die Werte nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg begründen lassen (1945 zusätzlich Bombenkrieg und totale Niederlage, im Vergleich zum Kriegsende an den Fronten 1918).

**A 1:** Mithilfe des angegebenen Links können diverse Stichwörter abgefragt werden (z.B. Eisenbahn, Ausgleich ...). Interessant ist etwa ein Vergleich der Bauzeit der Bahnen im 19. Jahrhundert mit der Bauzeit heutiger Infrastrukturvorhaben.

**A 2:** Der Vielvölkerstaat hatte 23,3 % Deutsche, 19,9 % Magyaren, 16,6 % Tschechen und Slowaken (wobei die Slowakei zur ungarischen Reichshälfte gehörte – „Österreich“ war Cisleithanien; Grenzfluss Leitha, nördlich davon die March), 10,7 % Serbokroaten, 9,8 % Polen, 7,9 % Ukrainer, 6,2 % Rumänen, 2,8 % Slowenen, 1,6 % Italiener.

Den höheren technologischen Entwicklungsstand Böhmens und Schlesiens erkennt man u.a. darin, dass in diesen Kronländern als erste 1879 die damals modernen Realschulen als Ergänzung zu den klassischen Gymnasien eingeführt wurden. Wien, das Zentrum des Habsburgerreiches, wuchs bis zum Ersten Weltkrieg durch Zuwanderung von etwa 400 000 Einwohnern im Jahr 1850 auf über 2 Mio. Im Mittel kamen in dieser Zeitspanne jährlich rund 15 000 Zuwanderer. Um 1900 stammten 28 % der damals noch 1,8 Mio. Wiener aus Böhmen, Mähren oder Österreichisch-Schlesien, 10 % aus dem europäischen Ausland. Deutsch war die Sprache der Integration, obwohl in vielen Wiener Bezirken etwa Tschechisch die auf der Straße am häufigsten gehörte Sprache war. Diese Migrationswelle brachte viele innovative und intellektuelle Kräfte aus klein- und mittelstädtischem Milieu in die Hauptstadt – eine Situation, die sich nach 1918 radikal änderte.

Seite 5, zu 2

**A 1:** Für die Recherche können auch zusätzlich die Karten auf den S. 57–61 im Hölzel Universalatlas herangezogen werden.

**996:** Erstmals Erwähnung Österreichs in der Ostarrichiurkunde der Babenbergerzeit; Erwerbungen habsburgischer Hausmachtspolitik; **1335** wurde Kärnten den Habsburgern übertragen und mit Österreich, Steiermark und Krain vereinigt; **1364** erwarben die Habsburger Tirol (als Passland

nördlich und südlich des für die Romzüge der Kaiser so wichtigen Brennerpasses); **1526** erbt Ferdinand I. von dem im Kampf gegen die Türken gefallenen polnischen Jagiellonenkönig Ludwig Böhmen, Mähren und Ungarn; **1804** krönt sich Franz I. zum ersten Kaiser von Österreich (1806 verzichtete er unter dem Druck Napoleons auf den Deutschen Kaisertitel); **1816** kommt das Erzstift Salzburg zu Österreich; **1867** erfolgt (nach den verlorengegangenen Kriegen gegen Preußen und in Oberitalien) der „Ausgleich“, der unter der Personalunion des Kaisers und der gemeinsamen Außenpolitik die beiden ansonst getrennten Staaten der k.u.k. Doppelmonarchie „Österreich-Ungarn“ (Grenze an der Leitha) konstituiert.

Es sind übrigens die deutschsprachigen Abgeordneten der „(Kron-)Länder“ gewesen, die im Oktober 1918 die Republik gründeten. Artikel 2 der Republikverfassung trägt dem bis heute mit folgender Formulierung Rechnung (§ 2 Abs.1): „Österreich ist ein Bundesstaat“; (§ 2 Abs. 2): „Der Bundesstaat wird gebildet aus den selbständigen Ländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg, Wien“. Ergänzend dazu ist Artikel 15 Abs.1: „Soweit eine Angelegenheit nicht ausdrücklich durch die Bundesverfassung der Gesetzgebung oder auch der Vollziehung des Bundes übertragen ist, verbleibt sie im selbständigen Wirkungsbereich der Länder.“ Art. 116, Abs.1 führt darüber hinaus aus: „Jedes Land gliedert sich in Gemeinden. Die Gemeinde ist Gebietskörperschaft mit dem Recht auf Selbstverwaltung und zugleich Verwaltungssprengel“ (vgl. dazu auch Abb. 79.3). Man kann hier die Schüler auf die ländermäßig verschiedenen Raumordnungsgesetze, Bauordnungen, Jugendschutzbestimmungen usw. aufmerksam machen, aber u.U. auch das unterschiedlich ausgeprägte Landesbewusstsein ansprechen. Es bietet sich in diesem Zusammenhang ferner an, darüber zu diskutieren, welcher in modernen Staaten latenten Gefahren man mit diesem Art. 116 entgegenwirken wollte oder welche Folgen sich daraus etwa für die örtliche Raumplanung (insbesondere bei grenznahen Orten oder Betrieben) ergeben.

#### Seite 5, zu Abb. 5.1

Zu Abb. 5.1 können ergänzend folgende Fragen gestellt werden:

1. Wie wäre eine einigermaßen vernünftige Verkehrsinfrastruktur innerhalb eines solchen „Wunschgebiets“ bei gleichzeitigem Zerfall des Wirtschaftsraumes der Monarchie möglich gewesen? Und wäre dem vom US-Präsidenten Wilson postulierten „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ auch hier entsprochen worden?
2. Um welche Entfernungen handelte es sich? Stehen Wilsons Forderungen nicht grundlegende geographisch/morphologische Hindernisse im Weg?
3. Welche Chancen gibt uns im 21. Jh. dabei wieder eine fortschreitende Vertiefung der europäischen Integration? (vgl. Seite 8)
4. Wie änderte sich die seit dem Mittelalter ganz anders gesehene Passlandsituation von Tirol – auch für die Verkehrssituation zu Osttirol? (vergl. S. 7, A 4)

Über den Atlas kann man gerade beim Mühl- und Waldviertel den Verlust der traditionellen zentralen Orte erarbeiten. Man kann aber auch begründen, warum man sich fast 100 Jahre bzw. vier Generationen später daran gewöhnt hat, auf Verkehrsschildern die heute in den Nachbarländern üblichen Topographiebezeichnungen zu finden. Man kann auch thematisieren, wo und wieso davon Ausnahmen gemacht werden.

#### Seite 5, zu 2

**A 3:** Nach der Inflationsphase am Beginn der Ersten Republik, welche die Sparguthaben des Mittelstandes vernichtet hatte, war man nach der Währungsanierung („Genfer Sanierung“) und der Währungsumstellung von Kronen auf Schilling einen strikten Sparkurs mit ausgeglichenen Staatshaushaltsplänen gefahren. Der zur Währungsanierung benötigte Fremdwährungskredit in Schweizer Franken brachte von außendiktierte Bedingungen, wie z.B. die Bestärkung des Anschlussverbots und einen fremden Kommissar zur Finanzkontrolle der Budgetausgaben. Die Verhinderung weiterer Inflationstendenzen „bezahlte“ man mit hohen Arbeitslosenzahlen.

#### Seite 6, zu 3

**A 1:** Neben der propagandistisch hervorgehobenen „völkischen“ Begründung für den Anschluss standen hier noch strategische (Umfassung der Tschechoslowakei, Ostösterreich als Tor zum Donaauraum ...) und militärische Erwägungen (Rekrutierungspotenzial). Wirtschaftlich war das Alpenland v.a. wegen seiner brachliegenden Facharbeiterreserve interessant, weil im Deutschen Reich damals bereits Arbeitskräftemangel herrschte. Bedeutend waren auch das einzige damals im deutschen Einflussbereich stehende große Eisenerzvorkommen und das Wasserenergiepotenzial Österreichs. Die auf Grund des „harten Schillings“ bedeutenden Reserven der Österr. Nationalbank machten letzte große Rüstungsmaterialzukaufe auf dem Weltmarkt möglich.

**A 2:** Diese Aufgabe ist mit einem Vergleich der Abb. 6.2 und des vorletzten Absatzes zu lösen: ① Bau der Autobahn München–Salzburg (das Autobahndreieck Salzburg wurde fertiggestellt); ② Kaprun (vgl. Abb. 5.1); ③ Ranshofen als das damals modernste Aluminiumwerk der Welt, auf der Energiebasis der neu fertiggestellten Innkraftwerke; ④ die Papierindustrie: Lenzing etc.; ⑤ Linzer Stahlwerke; ⑥ Linzer Chemiewerke; ⑦ Rüstungsindustrie in St. Valentin und ⑧ in Steyr; ⑨ Aufschließung des Erdölgebiets im Marchfeld.

Auch den Ausbau der Rüstung im Wiener Becken könnte man noch nennen. Historisch noch nicht wirklich genau belegt ist, zu wessen Gunsten diese Investitionen im Verhältnis zu den danach erfolgten Kriegszerstörungen letztlich standen. Hervorstreichen wäre aber der Charakter dieser vom Salzburger Historiker Ernst Hanisch so genannten „Regressiven Modernisierung“. Einem zweifellos vorhandenem breiten und schnellen Modernisierungs- und Industrialisierungsschub sondergleichen und einem gleichzeitigen „Elitenaustausch“ zu jungen, innovativen Technokraten stehen negativ zu bewertende Fakten gegenüber: z.B. die grundsätzlich auf eine Kriegswirtschaft hinauslaufende Wirtschaft mit reinen Wachstumszielen und Rationierungen im Konsumbereich (und Zunahme der ökonomischen Ungleichheit trotz „Volksgemeinschaftsideologie“), ferner die Ausbeutung und Liquidierung einer ganzen Bevölkerungsschicht und die Aufrechterhaltung der Binnenwirtschaftsversorgung durch Ausbeutung erobeter Gebiete (z.B. durch Zwangsarbeiterrekrutierung oder Ausbeutung von Rohstoffen und Lebensmitteln).

**A 3** ist eine Diskussionsaufforderung. Vorerst können aus der Karte Argumente aus der Verkehrsgeographie und der räumlichen Erreichbarkeit herausgelesen und angeführt werden. Aber auch die Wirkung historischer Verbundenheiten (Landes-, Regionalbewusstsein) sollte angesprochen werden. Auch wenn die Zweite Republik im April 1945 in Wien gegründet worden ist, spielten bei den Verhandlungen Renners mit den Siegermächten die Vertreter der westlichen Bundesländer eine bedeutende Rolle – etwa der Tiroler und spätere Außenminister Karl Gruber. Die Aufgabe ist auch ein Hinlenken zu A 3 auf Seite 7.

## Seite 7, zu 4

Wie schon beschrieben, kann man die 4. und 5. Phase in der Umorientierung noch etwas differenzieren. Die verkehrsmäßige Situation in den zehn Besatzungsjahren war eine andere als für den neutralen Kleinstaat zwischen den Blöcken. Das Auseinanderbrechen des Ostblocks und die EU-Mitgliedschaft Österreichs markieren eine Umorientierungsphase, in der sich von amtlicher Seite aufgebaute Hoffnungen nicht oder nur zum Teil erfüllt hatten („Österreich als neuer Nukleus im Donaauraum und Fürsprecher der Neumitglieder“, Koordinierung ähnlicher Interessen gegenüber anderen Ländergruppierungen innerhalb der EU ...). Historische Vorbehalte (z.B. gegen Tschechien), die aktuell in der Form der Auseinandersetzung über grenznahe AKWs deutlich wurden, sind positiv konterkariert worden durch das Verhältnis zu Ungarn und z.T. zur Slowakei oder durch die sehr flexible und erfolgreiche Vorgehensweise österreichischer Privatunternehmen in den CEE-Staaten.

**A 1 und A 2** sind Impulsaufgaben mit Wiederholungscharakter, die man etwa am Stundenbeginn kurz von einem Schüler anmoderieren lassen könnte.

**A 3 und A 4** sind als Denkpulse für danach gedacht. Sie streifen einen Themenbereich der laufenden Bundesstaatsreformdebatte. Die EU hat mit ihrer NUTS-Gliederung auf NUTS-1-Ebene mit Ost-, Süd- und Westösterreich hier schon Fakten gesetzt.

## Seite 8, zu 5

**A 1** löst man am besten über die Internetseiten der genannten Konzerne und über die Osteuropaberichterstattung im Wirtschaftsteil von Tageszeitungen. Sowohl „Die Presse“ als auch „Der Standard“ haben dazu eigene Abschnitte auf ihren Webseiten. Man kann diese Frage auch als Arbeitsauftrag/Portfolio geben und später – etwa bei Kapitel 5.4 darauf wieder zurückkommen. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Homepage zum Buch.

**A 2:** Bei dieser Aufgabe sollten die Schüler über ihre Erfahrungen an Grenzen sprechen. Bei Schwierigkeiten kann man sie mit einem Hinweis auf Abb. 39.1 zu Aussagen über die sich verändernde Situation in Europa (auch mit Auswirkungen für sie persönlich, etwa als Präsenzdiener) und mögliche Perspektiven nach einem Beitritt der neuen EU-Länder zum „Schengenvertrag“ (siehe 6. Klasse) leiten. Schulen/Klassen in Grenznähe werden dazu natürlich eine höhere und variantenreichere Inhaltsdichte aus ihrem persönlichen Umfeld erarbeiten können. Klassen in grenzfernen Regionen könnten über soziale Netzwerke mit einer solchen Klasse diesseits oder vielleicht sogar jenseits der Grenze virtuell in Gedankenaustausch treten und die Aussagen über Erwartungen, Skepsis usw. dokumentieren.

## Seite 9, zu 1 bis 6

**A 1:** Die das Kapitel zusammenfassende Wiederholungsaufgaben kann man entweder eigenständig lösen lassen oder den Arbeitsblattvorschlag dazu heranziehen (siehe Homepage zum Buch).

**A 2:** Grenzen werden unterschiedlich wahrgenommen. Sie spielen in der tagespolitischen Debatte eine Rolle. Heute erscheint ihre Durchlässigkeit manchen als Chance, anderen als Faktor der Verunsicherung. Die Schüler sollen Beispiele nennen und begründete Stellungnahmen dazu abgeben können.

**A 3** kann sowohl hier, als auch im Zusammenhang mit (oder als Portfoliobeitrag in Hinblick auf) Kapitel 3.6 bearbeitet

werden. Auf [www.gw.eduhi.at](http://www.gw.eduhi.at) unter „Themen“ werden dazu laufend Materialien verlinkt. Auch Seite 10, A 2 geht in diese Richtung.

**Zu Abb. 9.1:** Abb. 9.1 soll nicht nur kartographisch die grundsätzliche Raumsituation vor Augen führen; sie wurde auch als Hilfestellung zur Umsetzung des Lehrplan-Zieles „Verdichtung des topographischen Orientierungsrasters“ gewählt. Einige Orte wurden zwecks topographischer Übungen mit Nummern versehen, individuell lassen sich weitere ergänzen.

## 1.2 INTERREG-Projekte – positive Entwicklungen und Probleme

Bereits im Lehrplan der 6. Klasse ist das Erfassen der Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit für die Raumentwicklung Inhalt (siehe z.B. Kapitel 6.6 in RGW 6 neu). Hier sollen – nach einigen kurzen Impulsen – mittels eigenständiger Recherche grenzüberschreitende Projekte, die konkret Österreich betreffen, erarbeitet werden. Als Beispiele sind die EuRegio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein und CENTROPE genannt. Weitere grenzüberschreitende Projekte können mithilfe der auf S. 11 angegebenen Links erarbeitet werden.

### Zu den Aufgaben

#### Seite 10, zu 2

**A 1:** Mit dem Schengener Durchführungsübereinkommen wird auf Kontrollen des Personenverkehrs an den gemeinsamen Grenzen der Schengen-Staaten verzichtet. Seit dem Beitritt Österreichs zum Schengener Abkommen gibt es beispielsweise an den Flughäfen getrennte Abfertigungen. Wenn ein Visum für einen Schengen-Staat erteilt wurde, gilt dieses automatisch auch für alle anderen Schengen-Staaten. Weitere Veränderungen gibt es im Asylrecht und Grenzkontrollrecht und in der kriminalpolizeilichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Mit der Einrichtung des Schengener Informationssystems wurde eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf polizeilicher Ebene möglich.

**A 2:** Die Aufgabe bezieht sich auf die EU-Osterweiterung. Befürchtungen: illegale Zuwanderung, erhöhte (organisierte) Kriminalität, Zunahme des Schlepperwesens, Verlust des Arbeitsplatzes auf Grund der verstärkten Zuwanderung („Die Ausländer arbeiten billiger.“), Überfremdung ...

#### Seite 11, zu 3 und Abb. 11.1

Die Abb. 11.1 verortet einerseits den Raum CENTROPE und seine verkehrstechnische Anbindung, gibt aber auch die Möglichkeit für Topographieübungen (durchnummerierte Grenzübergänge). Die für den Transitverkehr besonders wichtigen Straßen wurden zusätzlich mit den europäischen Straßenbezeichnungen benannt.

#### Seite 11, zu 1 bis 4

**A 1: Entwicklungen:** wirtschaftlicher Aufschwung, Bevölkerungswachstum, Ausbau des Verkehrsnetzes, verstärkte Integration und Zusammenarbeit, Zusammenwachsen von Kultur und Gesellschaft ...; **Konsequenzen:** Erweiterung des Wirtschaftsraumes, verstärkte Möglichkeiten der Zusammenarbeit, gleichzeitig aber auch eine steigende Konkurrenz, Ausbau der Infrastruktur und damit Förderung der Wirtschaft ...

**A 2:** Die Aufgabe eignet sich für Gruppenarbeiten und die Erstellung von Kurzpräsentationen.

## 2. RÄUMLICHE GEGEBENHEITEN – CHANCEN UND RISIKEN

### 2.1 Landschaftsformen und Klima-überblick

Dieses Unterkapitel knüpft teilweise an Bekanntes aus der Unterstufe an und erweitert bzw. vertieft es. Das bezieht sich hier sowohl auf die erste Raumgliederung Österreichs, die aus der 3. Klasse in ihren Grundzügen sowohl aus Geographie und Wirtschaftskunde als auch aus Biologie und Umweltkunde bekannt sein sollte, als auch auf klimatische Grundkenntnisse, die nicht nur in der 3. Klasse zu Österreich, sondern in der Oberstufe auch in der 5. Klasse nachhaltig unterrichtet wurden. Dem Schüler sollte damit ganz bewusst der aufbauende Charakter des Unterrichtsgegenstandes GWK vor Augen geführt werden. Dies erfolgt hier und bei Kap. 2.2 nicht nur in einer Zunahme des Detailwissens, sondern auch mittels Hinführen zu weiteren grundlegenden geographischen Betrachtungsweisen: So etwa ist es der Oberstufe vorbehalten exemplarisch zu zeigen, dass Raumgliederung immer abhängig ist von den ihr zugrunde liegenden Parametern/Daten, ferner von der jeweiligen Fragestellung, mit der man an die dazu ausgewählten Daten herangeht und dass dadurch letztlich unterschiedliche Gliederungen „richtig“ sein können (vgl. dazu Wissenschaftliche Nachrichten H. 120/2003). Im darauf folgenden Kapitel 2.3 sollen die Schüler dann eine derartige zweckgerichtete Darstellung selbst erarbeiten und präsentieren (siehe Seite 22).

**Zu Abschnitt 1:** Hier (und in Abb. 12.1) werden zunächst die drei großen Naturräume Österreichs wiederholend für einen ersten Einstieg angesprochen. Zu ihrer Ausgliederung zog man in erster Linie ihre unterschiedliche morphotektonische Entwicklung sowie das Relief heran. In Abb. 12.1 werden die Alpen blau, die Flach- und Hügelländer gelb sowie das österreichische Granit- und Gneishochland (= der österreichische Anteil am Böhmisches Massiv) rot dargestellt. Die Fuge zwischen Ost- und Westalpen verläuft vom Bodensee über das Rheinquertal, den Hinterrhein und den Splügenpass zum Comer See.

Die Reliefformen (Abb. 12.2), charakteristische Elemente des Landschaftsbildes (Flach- und Hügelland, Mittel- und Hochgebirge) stimmen nur zum Teil mit der im Atlas gezeigten geologischen Gliederung überein. Diese wurde ebenso wie die Grundzüge der Mineralogie schon in der Unterstufe in Biologie und Umweltkunde unterrichtet. In Geographie und Wirtschaftskunde wenden wir daraus abgeleitete Erkenntnisse an, verbinden sie stärker mit dieser Oberflächenformung, die hier wegen ihrer grundlegenden Bedeutung im Zusammenhang mit der Landnutzung, der Durchgängigkeit von Räumen und für die Fremdenverkehrsnutzung an den Anfang unserer Betrachtung gestellt wird.

Hilfreich ist es in diesem Zusammenhang eine mittelmaßstäbige Österreichkarte (etwa 1 : 500 000, mit Straßenaufdruck) – etwa an der Klassentür – stationär für das ganze Schuljahr im Klassenraum befestigt zu haben. Dies wirkt nachhaltiger als eine nur ab und an mitgebrachte Wandkarte.

**Zu Abschnitt 2:** Die generelle Abnahme der Lufttemperatur mit der Höhe (ausgedrückt im hypsometrischen Temperaturgradienten) in vertikal nicht bewegten Luftmassen hängt vor allem mit der Luftdruckabnahme bei steigender Meereshöhe

zusammen. In „dünnere“ Luft wird weniger von der Strahlungsenergie, welche die Erdoberfläche nach Absorption der Sonneneinstrahlung an die Atmosphäre abgibt, in fühlbare Wärme umgewandelt als in „dichter“. Der hypsometrische Temperaturgradient darf nicht verwechselt werden mit dem adiabatischen Temperaturgradienten, der die Temperaturabnahme innerhalb eines vertikal bewegten Luftvolumens anzeigt. Aufsteigende Luft kühlt ab. Zunächst trockenadiabatisch bis zum Erreichen des Kondensationspunktes um rund 1 °C pro 100 m, dann, wenn der Steigungsregen einsetzt, feuchtadiabatisch um 0,5 °C. Absinkende Luft erwärmt sich unter Wolkenauflösung trockenadiabatisch um 1 °C pro 100 m (siehe Föhn). Der hypsometrische Temperaturgradient hat enge Beziehungen zu den Höhenstufen der Bodenbedeckung und bestimmt im Zusammenhang mit der Vertikalverteilung der Feuchtigkeit die Lage der Wald- und Schneegrenze.

**Zu Abb. 12.3:** In den Hochlagen der Zentralalpen ist es im Jahresmittel um rund 5 Grad wärmer als in der gleichen Höhe der freien Atmosphäre des Vorlandes, was auf den Heizeffekt der hoch gelegenen Energieumsatzfläche der Zentralalpen zurückzuführen ist. Davon ist das Gesetz der Massenerhebung abgeleitet, das besagt, dass die Höhen im Inneren von Gebirgen ansteigen. Die violett gesetzten Begriffe rechts in der Abb. 12.3 deuten an, wie sich die traditionelle bergbäuerliche Landwirtschaft in den alpinen Naturraum eingefügt hat und ihn nutzte. Nicht auf den lebensfeindlichen, durch Hochwässer und Muren gefährdeten sowie zum Teil versumpften Talböden, sondern auf den sonnseitigen Hängen der Montanstufe legten die alpinen Bauern nach Rodung des Waldes im Allgemeinen um den Hof und in seiner Nähe ihre Heimtüter, Fluren, an. Dort betrieben sie Egartwirtschaft (Gras-Feld-Wechselwirtschaft). Im Sommer wurde das Vieh oft staffelweise auf die großteils in der alpinen Mattenstufe liegenden Almen gebracht. Ihre Fläche wurde häufig auf Kosten des Waldes talwärts vergrößert. Das Winterfutter aber gewann man auf den in der Nadelwaldstufe angelegten einschnittigen Bergwiesen (Bergmähdern).

Die **potenzielle Waldgrenze** (sie verläuft dort, wo an mindestens 100 Tagen im Jahr die Mitteltemperatur über 50 °C liegt), ist heute durch Holzentnahme und Almwirtschaft stellenweise nach unten gedrückt.

Die **klimatische Schneegrenze** ist in einem Gebirge die mittlere Grenze zwischen den ganzjährig schneebedeckten Flächen und dem im Sommer schneefrei werdenden Gebiet.

### Zu den Aufgaben

#### Seite 12, zu 2

**A 1:** Die Abb. 12.4 zeigt eine typische Inversionswetterlage. Die bodennahe Luftschicht, die sich besonders im Herbst über Nacht abkühlt, kann sich nur bis zur Inversionsobergrenze ausbreiten, weil sie infolge der geringeren Temperatur schwerer ist als die darüber liegende Warmluft (Kaltluftseen). Die Inversion kann durch Sonneneinstrahlung (Erwärmung der Luft) oder durch kräftige Winde (Durchmischung der Luftschichten) aufgelöst werden. Fehlen diese, kann der Zustand der Temperaturumkehr mehrere Tage bis Wochen erhalten bleiben, was zu einer Anreicherung von Schadstoffen führen kann.

**A 2:** Eine genaue Grenzziehung ist hier nicht möglich. Man kann jedoch davon ausgehen, dass man auf der montanen Stufe auch noch leichtere sportliche Aktivitäten durchführen kann wie z.B. Wandern. Auf der subalpinen Stufe gibt es die Möglichkeit, vor allem Skigebiete (Gletscherskigebiete) zu nutzen. Auf der nivalen Stufe reduziert sich die touristische Möglichkeit auf das Bergsteigen.



## Seite 13, zu 2:

**A 4:** 1 Salzburg, 2 Untersberg, 3 Saalfelden, 4 Schmittenhöhe, 5 Rauris, 6 Sonnblick, 7 Lienz, 8 Claut in den Venetianer Alpen, 9 Conegliano.

**A 6:** Die Stationen (von Westen nach Osten):

- **alpine Klimaprovinz:** Bregenz, Innsbruck, Zell am See, Salzburg, Bruck an der Mur, Mariazell;
- **mitteleuropäisches Übergangsklima:** Ried, Linz;
- **Granit- und Gneishochland:** Freistadt, Gföhl;
- **pannonische Klimaprovinz:** St. Pölten, Retz, Wien, Eisenstadt;
- **illyrische Klimaprovinz:** Klagenfurt, Deutschlandsberg, Graz, Bad Gleichenberg.

**A 7:** Diese Aufgabenstellung kann wahlweise auch für eine andere Region als die Heimatregion bearbeitet werden (z.B. Skikurs, Sommersportwoche ...). Die Aufgabenstellung eignet sich auch zur Erstellung eines Portfolios (vgl. in GW-Unterricht 91/2003).

**Literatüergänzung:** Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien (Hrsg.): Klimadaten Österreich (Temperatur, Niederschlag, relative Feuchte, Schneedauer, Sonnenschein etc. von rund 170 Klimastationen Österreichs, auf Diskette oder CD-ROM).

## 2.2 Naturbedingte Landschaftsunterschiede und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen

Der Begriff „Landschaft“ wird hier in seiner umgangssprachlichen Bedeutung verstanden, nämlich als ein von seinem Erscheinungsbild her mehr oder weniger gleichartiges Gebiet unterschiedlicher Größe mit bestimmten natur- und kulturgeographischen Merkmalen; i.A. hat ein solcher Erdräumausschnitt auch einen eigenen Landschaftsnamen. Nach der einfachen Gliederung am Beginn des Kapitels 2 (siehe Abb. 12.1 im Buch) soll hier dem Schüler vermittelt werden, dass auf den größeren Maßstabsebenen unterschiedliche Fragezugänge und unterschiedliche Daten unterschiedliche Raumgliederungen zulassen. In den Abschnitten 2 bis 4 werden die großen Naturräume detaillierter besprochen.

Der Text und einige Bilder in Abschnitt 2 unterstützen die Auswertung der Satellitenbilder in Kapitel 2.4 oder können als Informationsunterlage bei Schülerfahrten (Exkursionen, Projektwochen usw.) verwendet werden. Es wird empfohlen, die Bilder fallweise durch OH-Transparente zu ergänzen. Zusätzliches Material finden Sie in den „sbz“-Bänden, in „Österreich aus dem All“ (Geospace, 1998) und in den folgenden Beiträgen in GW-Unterricht. Einige Ausschnitte sind auch unter [www.gw.eduhi.at](http://www.gw.eduhi.at) abrufbar.

### Literatur zur Interpretation von Karten österreichischer Landschaften in GW-UNTERRICHT von W. Sitte :

GW-U. Nr. 39/1990: „Die Traunseelandschaft“. GW-U. Nr. 40/1990: „Das Pinzgauer Salzwachtal und Zell am See“ mit OH-Transparent. GW-U. Nr. 41/1991: „Hochgebirgsraum zwischen Ötz- und Pitztal“. GW-U. Nr. 45/1992: „Neusiedler See und Seewinkel“. GW-U. Nr. 46/1992: „Westlicher Lungau und Kraftwerk Hintermuh“. GW-U. Nr. 51/1995: „Das Semmering-Raxgebiet“. GW-U. Nr. 53/1994: „Das Wolfgangsee-Gebiet“. GW-U. Nr. 55/1994: „Kaprun und Kitzsteinhorn“. GW-U. Nr. 56/1994: „Probleme in der Region Eisenerz“. GW-U. Nr. 57/1995: „Transitwege über und durch die Karawanken“. GW-U. Nr. 58/1995: „Die Wachau“. GW-U. Nr. 60/1995: „Großglockner Hochalpenstraße und Nationalpark Hohe Tauern“ mit OH-Transparent. GW-U. Nr. 62/1995: „Die Arlbergregion“. GW-U. Nr. 63/1996: „Strukturveränderungen im Tuxertal“. GW-U. Nr. 64/1996: „Das Ennstal zwischen Admont und Gstatterboden“. GW-U. Nr. 65/1997: „Das Gasteinertal“. GW-U. Nr. 67/1997: „Großglockner und Pasterze“. GW-U. Nr. 69/1998: „Sonnblick - Kraftwerksgruppe Fragant - Wurtenkees“. GW-U. Nr. 68/1997: „Das Wiener Becken“. GW-U. Nr. 73/1999: „Karnische Alpen, Kötschach-Mauthen und Lesachtal“. GW-U.

Nr. 74/1999: Montafon. GW-U 75/1999: Nockberge und Nockalmstraße (Kärnten). GW-U 76/1999: Die Seenlandschaft des Salzburger Alpenvorlandes. GW-U 77/2000: Innerpaznaun (Tirol). GW-U 78/2000: Der Wiener Gürtel: Vergangenheit-Gegenwart-Zukunft. GW-U 79/2000: Das Gebiet Altenmarkt-Radstadt im Ennspongau. GW-U 80/2000: Der Raum Windischgarsten-Spital am Pyhrn (Oberösterreich). GW-U 81/2001: Die Region Aichfeld-Murboden. GW-U 82/2001: Hainburger Bergland, Carnuntum und das Gebiet der Donau-Auen. GW-U 84/2001: Der Raum um Villach und den Dobratsch (Villacher Alpe). GW-U 85/2002: Großvenediger und Felber Tauern. GW-U 86/2002: Das Ausseerland. GW-Unterricht 87/2002: Der Alpenstrand zwischen Mödling und Baden. GW-U 87/2002: Landschaft zw. Vösendorf, Mödling, Baden u. der anschließende Wienerwald. GW-U 88/2002: Kitzbühel: vom Bergbauzentrum zum mondänen Tourismusort. GW-U 89/2003: Der grenzüberschreitende Inter-Nationalpark Thayatal/Podyji. GW-Unterricht 90/2003: Hochwasserschutz, Siedlungs- u. Industrieentwicklung am Beispiel des Alpenheintals bei seiner Einmündung in den Bodensee. GW-U 91/2003: Krimml und Wald – zwei Salzburger Gemeinden im Oberpinzgau. GW-U 92/2003: Eine aufstrebende Peripherregion: Bezirk Freistadt im Mühlviertel/OÖ. GW-U 93/2004: Der Kohlenbergbau im weststeirischen Revier geht zu Ende. GW-U 94/2004: Probleme um das Pitztaler Gletscherskigebiet. GW-U 95/2004: Gletscher, Karst und Tourismus – Dachsteinregion. GW-U 96/2004: Im gemischtsprachigen Gebiet zw. Klopeiner See und Karawanken in SO-Kärnten. GW-U 97/2005: Landschaftsveränderungen u. Suburbanisierungsprozesse im NW-Umland Wiens. GW-U 98/2005: Landschaftswandel u. Raumordnungsprobleme am westlichen Stadtrand von Salzburg. GW-U 99/2005: Das Land zw. den Flüssen Krems u. Enns und die Stadt Steyr.

## Zu den Aufgaben

### Seite 14, zu 1

**A 1:** Bei der geologisch-tektonischen Gliederung ist es wichtig, über die nur begrenzte Perspektive der Inselkartendarstellung hinauszublicken: Gerade der Blick, der sich auf die Fortsetzung des Weinviertelbereichs nach Nordosten hin wendet, ermöglicht erst die (ansonsten vielen Schülern als unlogisch erscheinende) Erkenntnis, die mit der Bezeichnung „Karpatenvorland“ zusammenhängt.

### Seite 14, zu 2

**A 1:** Die Fragestellung zielt darauf ab, die in der Österreichkarte identifizierten Raumeinheiten in einer größeren Raumstruktur zu begreifen und zu erkennen, dass natürliche Großräume nicht an politischen Grenzen zu Ende sind. Sowohl auf den in allen österr. Atlanten abgebildeten Satellitenbildkarten („Weltraumbild Alpenländer“) von Geospace als auch auf den physischen Atlaskarten „Alpenländer“ ist diese größere Raumstruktur zu erarbeiten (z.B. ähnliche Elemente wie die gletscherbedingten Seen im Salzkammergut sind auch in der Schweiz und in Italien zu erkennen, die jedoch klimatisch unterschiedlich begünstigt werden und eine andere touristische Nutzung aufweisen).

**Zentralalpen:** Italien, Schweiz; **Südöstl. Zentralalpen:** Slowenien; **Nördl. Kalkalpen:** Deutschland, Schweiz; **Flyschzone:** Deutschland, Schweiz; **Südliche Kalkalpen:** Slowenien; **Alpenvorland:** Deutschland; **Karpatenvorland:** Tschechien; **Wiener Becken:** Tschechien, Slowakei; **Vorland im Osten:** Ungarn, Slowakei; **Vorland im Südosten:** Ungarn, Slowenien; **Granit- und Gneishochland:** Tschechien

**Anmerkung:** Obwohl die Darstellung der geologische Entstehung der Alpen heute eine Hauptaufgabe des Faches Biologie und Umweltkunde ist, muss bei der Behandlung der österreichischen Landschaften kurz (!) auf sie eingegangen werden. Die im Lexikon des Buches erklärten Begriffe „Decke“, „Tertiär“, „Eiszeitalter“ und „Tektonik“ helfen dabei.

**A 2:** Ein südliches Alpenvorland würde sich in Italien und in Slowenien befinden. Parallelen zu den Seen am Nordrand der Ostalpen findet man bei den Seen in Norditalien (Gardasee, Iseosee, Comer See, Lago Maggiore).

## Seite 15, zu 3 und 4

**A 1:** Diese wiederholende Aufgabe ruft noch einmal die erodierende Wirkung des Gletschers und seine Moränen ins Gedächtnis.

**A 2:** Anhand der Höhenschichtlinien des Gletschereises (Abb. 15.1) kann man eine Eisdicke von rd. 1 700 m ermitteln.

## Seite 16, zu 5

**A 1:** Endmoränen bei Rosenheim/Irschenberg und Salzburg; Zungenbeckenseen: Starnberger See, Ammersee, Walchensee, Tegernsee, Chiemsee, Simssee, Seehamer See, Forggensee (nicht alle Seen sind im Atlas beschriftet).

## Seite 17, zu 7

**A 1: Straßennetz:** A1 Westautobahn, A2 Südauto-  
bahn, A3 Südostautobahn, A4 Ostautobahn, A22 Donauufer-  
autobahn, A23 Südosttangente, diverse Schnellstraßen;  
**Eisenbahnnetz:** Südbahn-, Westbahn-, Ostbahnstrecke.  
Als Ergänzung kann man eine Verbindung zur geringeren  
Bedeutung der südlichen Längstalfurche für den Verkehr  
herstellen (Buch S. 16).

**A 2:** Recherchetipp: [www.omv.at](http://www.omv.at) oder [www.statistik.at](http://www.statistik.at).

**A 3:** Die wirtschaftliche Nutzung erfolgt hauptsächlich im  
touristischen Bereich (siehe auch Kapitel 2.3, Seite 20), aber  
auch im Getränkebereich. Ein fächerübergreifendes Projekt  
mit Chemie könnte hier angedacht werden.

**A 4:** Die **Parndorfer Platte** ist vorwiegend baumfreies  
Ackerbaugelände. Es gibt hier fast ausschließlich Großbe-  
triebe. Im nördlichen Flachgau rund um die **Trumerseen**  
findet man häufig Gründlandwirtschaft (Milchwirtschaft,  
Rinderaufzucht).

Bei der Bildanalyse ist eine Verbindung mit der Atlaskarte  
zur Landwirtschaft und mit Kapitel 2.1 Buch sinnvoll (Wie-  
derholung der klimatischen Bedingungen für die Landwirt-  
schaft).

## Seite 18, zu 8

Die Karten- und Bildanalyse, wie sie auf S. 18 gezeigt wird,  
kann auch auf andere Teilräume in Österreich angewendet  
werden. Zur leichteren Kommunikation in der Klasse emp-  
fiehlt es sich, die Abbildung 18.1 in Quadrate zu unterteilen  
und Raster-Felder zu benennen.

**A 1:** Die angeführten Aufgaben gehen von einfacheren zu  
komplexeren Fragestellungen über.

a) Abb. 18.2 zeigt Dürnstein, im Hintergrund Unterloiben mit  
Blick Richtung Osten.

b) Die Fließrichtung kann man in Abb. 18.1 durch die Mün-  
dungsverschleppungen, aber auch durch genaue Beob-  
achtung der Uferstruktur im Foto feststellen. Der Blick  
ist Richtung Osten in Fließrichtung gerichtet. Ebenfalls  
mit dem Foto sind Prallhang und Gleithang der Donau  
bei Rührsdorf und Rossatz identifizierbar.

c) Es gibt drei Staustufen (Grafenwörth, Greifenstein und  
Freudenau). Das Stromgefälle beträgt rund 20 m.

d) Der höchste Punkt ist Jauerling (960 m), am linken Rand  
der Karte ersichtlich. Die relative Höhe über der Donau  
liegt bei rund 760 m. Die Donau liegt auf rund 200 m  
Seehöhe.

**A 2:** Für die Profilzeichnung empfiehlt sich die bekannte  
Methode des abgeknickten Papierstreifens. Im Vergleich zur  
ÖK 50 werden die detailreicheren Angaben deutlich (genau-

ere Unterteilung des Verkehrsnetzes, Wegmarkierungen,  
Höhenschichtlinien, mehr Signaturen ...). Das Profil reicht  
vom Hochland des Waldviertels über die beiden Abhänge im  
Donautal, den Dunkelsteiner Wald bis in das Alpenvorland.  
Anhand des Profils kann man (im Vergleich mit dem Atlas)  
Landschafts- und Klimatelemente, Vegetation und auch  
kulturgeographische Informationen erarbeiten.

**A 3: Mautern und Traismauer** sind alte Römergründungen.  
**Krems** am Austritt der Donau von der Wachau ins Tullner Be-  
cken war schon in vorgeschichtlicher Zeit ein Siedlungsplatz.  
Der altgermanische Stamm der Rugier hatte hier später eine  
Burg, die älteste urkundliche Erwähnung stammt aus 995.  
Im 12. Jh. hatte die Stadt bereits das Münzrecht und war  
damals vor allem wegen seiner Handelsbeziehungen sogar  
bedeutender als Wien. Als linksseitiger Brückenkopf (Brücke  
ab 1453) entwickelte sich an der Kreuzung des Donautals  
mit dem Fernhandelsweg nach Böhmen eine neue Stadt. Sie  
ist uns deswegen heute noch so erhalten geblieben, weil sie  
nach dem Bau der Manufakturstraßen und dem danach fol-  
genden Eisenbahnbau im 19. Jh. ihre bedeutende Funktion  
an St. Pölten verloren hat. Die Donauuferbahn in die Wachau  
wurde hingegen erst 1909 gebaut, die Bundesstraße 3 dort  
seit 1957 ausgebaut – beide Jahreszahlen spiegeln auch die  
Veränderung touristischer Gewohnheiten wider, die heute  
durch den Donauradwanderweg eine zeitgemäße Weiter-  
entwicklung erfahren. Die Internetseiten der angeführten  
Orte geben weitere Auskünfte.

## 2.3 Ausgewählte Merkmale und Prob- leme der ökonomisch-räumlichen Entwicklung der österreichischen Bundesländer

Der hier auf vier Buchseiten knapp angeführte Überblick  
über die Bundesländer ergänzt das Kapitel 2.2, das die  
wichtigsten Landschaften als Basis der Tätigkeiten des wirt-  
schaftenden Menschen zum Inhalt hatte, mit ökonomisch-  
räumlichen Informationen.

## Zu den Aufgaben

### Seite 22, zu 2.1 bis 2.3

Die Aufgabenstellung A 1 auf Seite 22 dient als Anstoß zu  
einer selbständig zu erarbeitenden Verdichtung der bereits  
erworbenen Grundinformationen. Dafür sollen sowohl tradi-  
tionelle als auch neue Medien genutzt werden. Die bei den  
Abbildungen angegebenen Links bieten Hilfestellungen.

Anhand der Aufgabenstellung sollen die Schüler auch  
erkennen, dass (Regions-)Darstellungen je nach Adressat  
unterschiedlich angelegt und strukturiert werden müssen.  
Ein Beitrag in einem Reiseführer informiert auf eine andere  
Art und Weise als ein Bericht für einen ausländischen Ge-  
schäftspartner.

Neben einer nach Bundesländern gegliederten Zusammen-  
stellung können auch einzelne Themen erarbeitet werden,  
wie z.B. Tourismus.

In allen Fällen kann man auch eine bilinguale Kompo-  
nente einbringen. Das Endprodukt kann ein Folder sein, ein  
Zeitungsartikel oder aber auch eine Powerpoint-Präsen-  
tation.

## 2.4 Der Blick von oben – Arbeit mit Satellitenaufnahmen

In diesem Kapitel wird ein Raum anhand einer Satellitenbildkarte (im Maßstab 1: 200 000) und ergänzenden Informationen vorgestellt. Die Schüler sollen versuchen, Raumstrukturen und Raumelemente sowie Sachzusammenhänge und landschaftliche Eigenheiten inklusive gewisser topographischer Begriffe selbst herauszuarbeiten und kartographisch zu fixieren. Für die Auswertung von Abb. 24.1 kann die Kopiervorlage, die Sie auf der Homepage ([www.hoelzel.at/rgw](http://www.hoelzel.at/rgw)) finden, herangezogen werden. Die Interpretation soll auf dem erworbenen Wissen aus den Kapiteln 2.1 bis 2.3 aufbauen. Unterstützend können auch diverse thematische Karten im Atlas herangezogen werden oder auch Blätter der ÖK 50 oder ÖK 200 ([www.austrianmap.at](http://www.austrianmap.at)).

### Technisches zu den Satellitenbildkarten

Mittels spezieller Sensoren (Scanner) messen die die Erde umkreisenden Satelliten (LANDSAT in rund 700 km Höhe) die von der Erdoberfläche reflektierte bzw. emittierte Strahlung. Diese wird in digitale Daten übertragen, welche zur Erde gefunkt werden. Die Empfangstationen dort registrieren und speichern die Daten. Mittels spezieller Computerverfahren werden die Daten zu Bildern verarbeitet und in digitaler oder gedruckter Form dem Nutzer zugänglich gemacht. Da jede Oberfläche ein charakteristisches Reflexions-, Emissions- und Absorptionsverhalten hat, kann man aus der empfangenen Strahlung – vor allem bei ihrer spektralen Differenzierung – nicht nur verschiedene Oberflächen unterscheiden, sondern auch Schlüsse auf ihre physikalischen und chemischen Eigenschaften ziehen. Von entscheidender Bedeutung ist die Größe der kleinstmöglichen Bodenfläche, für welche die Sensoren Strahlung messen können. Sie wird als geometrische Auflösung eines Bildelements (engl. picture elements, abgekürzt Pixel) bezeichnet. Von ihr hängt die Lesbarkeit einer Satellitenaufnahme ab, nicht von deren Vergrößerung. Die amerikanischen Satelliten der LANDSAT TM (Thematic Mapper) IV- und V-Reihe verfügten über sieben spektrale Kanäle, die eine Pixelauflösung von 30 x 30 m erreichen (ausgenommen derjenige für thermale Rot). Modernere Aufnahmesysteme schaffen bereits geometrische Auflösungen von 10 x 10 m bzw. sogar noch kleinere Werte. Die für jeden Spektralkanal registrierte Strahlungsintensität pro Pixel wird bei der Bildverarbeitung zunächst in Grauwerten dargestellt. Durch Zuordnung von Farben und Kombination von Kanälen (multispektrale Aufnahmesysteme vorausgesetzt) kann man Echtfarben- oder Falschfarbendarstellungen erzeugen. Erste haben eine Farbgebung, wie sie das menschliche Auge wahrnimmt, zweite lassen bestimmte Sachverhalte für spezifische Interpretationen hervortreten. Eine Verbesserung der Bildqualität kann mittels Errechnung verschiedener Filteroperationen, Kontraststreckung, Entzerrung und Anpassung an kartographische Netze erreicht werden.

Weitere Informationen zu Satellitenbildern sowie didaktische und methodische Hinweise finden Sie unter [www.geoland.at](http://www.geoland.at) und <http://satgeo.zum.de>.

### Zu den Aufgaben

#### Seite 23, zu 2.4

**A 1:** Abb. 24.1 zeigt die in den **Zentralalpen** liegenden Hohen Tauern mit Glockner- und Venediger Gruppe, das Pinzgauer Salzachtal, das östliche Ende der Kitzbüheler **Schieferalpen** beim Zeller See sowie die Leoganger Steinberge der Nördlichen **Kalkalpen**. Dies verdeutlicht auch die landschaftliche Dreigliederung „**Keesberge-Grasberge-Steinberge**“. Zur besseren Wahrnehmung des Reliefs wurde das Bild – wie bei Sa-

tellitenbildern üblich – gesüdet. Diese Information erleichtert den Schülern das Erkennen der Kartenausschnitte von Seite 25, die anhand der Gewässer und des Namensguts mithilfe des Atlas auffindbar sein sollten.

**A 2:** In Abb. 24.1 erkennbar sind die Abb. 16.1 und 15.4. Abb. 16.1 zeigt nach Süden (erkennbar an der Lage des Stausees), Abb. 15.4 zeigt ebenfalls nach Süden (erkennbar an der Lage des Zeller Sees und an der Lage des Salzachtals).

**A 3:** Die Aufgabe kann einerseits als grobe Handskizze direkt im Heft gemacht werden oder die Schüler verwenden dazu die auf der Homepage angebotene Kopiervorlage.

**A 4:** Bei dieser Aufgabe soll auf das erworbene Wissen zurückgegriffen werden. Die bereits zugeordneten Fotos und Kartenausschnitte sollen beschrieben/interpretiert werden.

**A 5:** Diese Aufgabe bezieht sich in erster Linie auf die beiden Talseiten des Pinzgaus. Man sollte hier klar herausstreichen, dass im Nationalpark einerseits Nutzungsbeschränkungen gegeben sind, dass diese jedoch andererseits die Möglichkeiten des „sanften Tourismus“ bieten. Diesen kann die reichlich versorgte Region nördlich des Salzachtals in dieser Form nicht anbieten.

**A 6:** Mithilfe der angeregten Dokumentation und Analyse der Homepages von Zell am See, Kaprun ... sollen weitere Informationen gefunden werden, welche die Interpretation der Satellitenaufnahme abrunden.

## 2.5 Die Alpen im „Treibhaus“

Dieses Kapitel soll mehrere wichtige Aspekte verdeutlichen. In Erweiterung zu Kap. 2.2 (und Abb. 16.2) wird hier die alpine Oberflächenformung erweitert ins Gedächtnis gerufen. Ebenso wird der Aspekt deutlich, dass in diesen Regionen immer schon Veränderungen stattgefunden haben, dass diese jedoch am Beginn des 21. Jhs. stärkere und rascher vor sich gehende Auswirkungen haben (energiewirtschaftliche und touristische Nutzung der Gebirgswelt ...).

### Zu den Aufgaben

#### Seite 26, zu 1

**A 1:** Der Pasterzengletscher ist in Abb. 26.2 nicht mehr erkennbar. Für die Lösung der Aufgabe empfiehlt sich eine Vergrößerung der beiden Bilder (mittels Beamer oder Overheadfolie). Weitere Gletschervergleiche sind unter [www.gletscherarchiv.de](http://www.gletscherarchiv.de) abrufbar.

**A 3:** Margaritzenstausee und Sandersee.

#### Seite 27, zu 2

**A 4:** Der Begriff „Dauerfrostboden“ müsste noch aus dem Lerninhalt der 5. Klasse präsent sein. Neu für die Schüler ist unter Unterständen die Tatsache, dass er nicht nur in der nördlichen Klimazone, sondern – entsprechend der Höhengliederung (Abb. 12.3) – auch oberhalb der alpinen Waldgrenze vorkommt. Zur Beantwortung dient nicht nur der Text, sondern auch die Abb. 27.1.

#### Seite 27, zu 3

**A 1:** Abb. 27.2 verdeutlicht die möglichen Auswirkungen im touristischen Bereich. Man könnte sie noch durch folgende Fakten ergänzen: Bei einer mittleren Erwärmung um 3 °C bis zum Jahr 2050 wird folgendes prognostiziert: Die mittlere Schneehöhenlinie steigt um 300 bis 500 m, wodurch unter 1 200 m Seehöhe im Winter keine geschlossene Schneedecke mehr auftritt. Mehr Regen als Schneefall weicht die Böden in dieser neuen labilen Zone auf und macht sie instabil – Hangrutschungen und Muren würden zunehmen – mit Folgen für den Siedlungsraum. Zur Darstellung kann eine Mindmap erstellt werden.

## Seite 28, zu 4

**A 1:** Mithilfe der Aufgabe sollen einerseits die beiden Abbildungen verbalisiert werden, andererseits kann auch auf fächerübergreifende Kenntnisse zurückgegriffen werden.

## 2.6 Ökologisch angepasste Ausbaumaßnahmen an der Donau

Die Donau spielte nicht nur bei der Entwicklung der österreichischen Länder historisch eine wichtige Rolle, sie ist auch Verkehrsweg und wichtiger Energielieferant. In der Umgebung von Wien, vor allem stromabwärts, kann man die Veränderungen in den unterschiedlichen Nutzungsauffassungen und deren Auswirkungen erkennen. Im 19. Jh. und in den ersten beiden Dritteln des 20. Jhs. kennzeichneten eher „harte“, die Landschaft grundsätzlich verändernde Maßnahmen den Umgang mit dem Raum. Aus dem Wertewandel der 1970er-Jahre resultierte auch ein Umdenken, das die Bewahrung der Fließstrecken und des größten Auegebiets mit sich brachte.

### Zu den Aufgaben

#### Seite 29, zu 1

**A 1:** Die Aufgabe ist mithilfe von Karten oder Google Maps zu lösen. (Z.B. ein aktueller Stadtplan von Wien oder auch der Atlas).

#### Seite 30, zu 2

**A 1:** Zur Beantwortung können das virtuelle Zeitungsarchiv der Oberösterreichischen Nachrichten ([www.oon.at](http://www.oon.at) oder [www.nachrichten.at/archiv](http://www.nachrichten.at/archiv)) oder auch das Archiv der AZ-Ausgaben ([www.arbeiter-zeitung.at](http://www.arbeiter-zeitung.at)) herangezogen werden.

**A 2:** Die Aufgabe kann mithilfe der Textabschnitte 2 und 3 gelöst werden. In Abb. 30.1 kann man die noch unregulierten Nebenarme der Donau erkennen.

**A 3:** Die Abb. 30.1 zeigt die Regelsbrunner Au in Blickrichtung Westen (Richtung Wien). Die Aufnahme wurde östlich von Regelsbrunn gemacht.

#### Seite 31, zu 4

**A 1:** Die Aufgabe soll verdeutlichen, dass – neben den ökologischen Zielsetzungen – auch die ökonomischen und politischen Interessen berücksichtigt werden sollten.

## 3. BEVÖLKERUNG UND GESELLSCHAFT

### 3.1 Ahnenforschung und mögliche Erkenntnisse

Der Einstieg in die Thematik soll den Schülern bewusst machen, dass sich die in Kap. 1.1 angesprochenen Entwicklungen auch auf die persönliche Ebene auswirken, auch wenn sie nicht immer die eigene Generation betreffen, bzw. dass sich Mobilität – sowohl räumlich als auch soziologisch – als „normaler“ Zustand einer Gesellschaft zeigt (wenn auch immer wieder „Brüche“ in dieser Entwicklung auftreten können).

### 3.2 Demographische Begriffe und Prozesse

Dieser Abschnitt wiederholt, ergänzt und vertieft die bereits im Lehrplan anderer Klassen enthaltenen Grundkenntnisse demographischer Strukturen und soll helfen, eine tragfähige Wissensbasis für die in Kapitel 3.3 folgenden Inhalte aufzubauen.

## Zu den Aufgaben

### Seite 33, zu 1

**A 1:** Die Antwort ist aus Text 1 ersichtlich.

### Seite 33, zu 2

**A 1:** Einwohnerzahl =  $P + B - D + IM - EM$

**A 2:** Bei einer Nettoreproduktionsrate unter 1 sinkt die Anzahl der Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter und somit auch die Anzahl der Geburten, wenn alle anderen Faktoren gleich bleiben. Migration, steigende Geburten- und sinkende Sterbeziffern können diese Entwicklung jedoch beeinflussen.

**A 3:** Das allgemeine Ansteigen der Lebenserwartung geht mit dem Anstieg des Lebensstandards einher (medizinische Versorgung, Hygiene, Trinkwasserqualität, Ernährung ...). Der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist einerseits genetisch bedingt, lässt sich aber auch auf das risikoreichere Leben der Männer zurückführen (stressige und gefährliche Berufe, weniger gesundes Leben ...).

### 3.3 Die bisherige Entwicklung der österr. Bevölkerung in Grafiken

#### „Demographie und Politik“

Unter „demographisch“ werden Sachverhalte verstanden, welche die Struktur (Alters- und Geschlechtszusammensetzung, Familienstand, Erwerbsbeteiligung, räumliche Verteilung etc.) sowie die Entwicklung (Geburten-, Sterbefälle, Zu- und Abwanderung etc.) der Bevölkerung betreffen. Demographische Fragen gewinnen auch in der breiten Öffentlichkeit zunehmend an Interesse und Bedeutung. Mit der Schaffung eines eigenen Familienministeriums (heute BM für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz) sowie eines Ministeriums für Frauenfragen reagierte auch die Politik entsprechend. In den Massenmedien bringt man demographische Fragen oft gerne sensationsmäßig aufgebauscht oder politisch beabsichtigt einseitig. Der Geographieunterricht hat sich schon immer mit Bevölkerungsthemen auseinandergesetzt. Allerdings wurden sie meist nur unter beschreibend statistischen Aspekten behandelt. Gesellschaftlich-ökonomische Wechselbeziehungen, Zukunftsperspektiven und daraus abgeleitete Folgewirkungen der Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungspolitik als bewusste Gestaltung des demographischen Prozesses sowie theoretische Erklärungsansätze für Wachstum, Stagnation und Wandel – gesellschaftlich und ökonomisch – blieben im Unterricht lange Zeit unberücksichtigt, obwohl sie zum Verständnis unseres Lebens und unserer Volkswirtschaft notwendig sind.

### Zu den Aufgaben

#### Seite 34, zu 3.3

**A 1: Vor 1820:** kontinuierlich leicht ansteigende Einwohnerzahl;

**in der Gründerzeit:** seit der Mitte des 19. Jhs. stark steigende Einwohnerzahl (rd. 4 Mio. bis 6,6 Mio.), Geburtenüberschuss, hohe aber fallende Geburtenrate, sinkende Sterberate, Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren stieg leicht, Zunahme der Erwerbstätigen in Industrie- und Dienstleistungssektor, Rückgang in Land- und Forstwirtschaft; Anstieg der Lebenserwartung;

**zwischen den beiden Weltkriegen:** kurzfristiger Rückgang der Einwohnerzahl, Geburtendefizit direkt nach dem Ersten Weltkrieg, Rückgang der Geburten, weitere Abnahme der Sterberate, kurzfristige Zunahme der Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft, Rückgang im Dienstleistungsbereich;

**zwischen 1950 und 1970:** Anstieg der Geburtenrate, gleich bleibende Sterberate mit leichten Schwankungen, starke Zunahme der Einwohnerzahl, erneuter Anstieg der Erwerbstätigen im Industrie- und Dienstleistungssektor, Anstieg der Lebenserwartung, der Anteil älterer Menschen steigt, Zunahme ausländischer Staatsangehöriger;

**von 1970 bis heute:** bis ins Jahr 2000 Anstieg der Einwohnerzahl, danach Stagnation bzw. nur leichter Anstieg, Anteil der älteren Menschen steigt weiter, Abnahme der Geburtenrate, sinkende Sterberate, Anstieg der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor, Abnahme der Erwerbstätigen im sekundären und tertiären Wirtschaftssektor, phasenweise starke Zunahme der ausländischen Bevölkerung (1970er-Jahre, Beginn der 1990er-Jahre), weiterer Anstieg der Lebenserwartung.

**A 2:** Die österreichische Bevölkerung hat sich mit Ende des 20. Jahrhunderts in der letzten Phase des demographischen Übergangs eingependelt. Ende des 19. Jahrhunderts lag die Geburtenrate über der Sterberate. Ein deutlich erkennbares Sinken der Geburtenrate setzte erst am Beginn des 20. Jahrhunderts ein, das sich – mit Ausnahmen (nach Ende 1. WK, vor Beginn 2. WK, Babyboom der 1950er- und 1960er-Jahre) kontinuierlich fortsetzte. Im Gegensatz zum Ablauf im Modell des demographischen Überganges, wo in der letzten Phase bei niedriger Geburten- und Sterberate aber noch geringes Bevölkerungswachstum herrscht, hat sich das Fertilitätsniveau in „hoch entwickelten“, im Übergang zu „postindustriellen“ Bedingungen stehenden Staaten z. T. schon unter die Reproduktionsgrenze eingependelt.

**A 3:** Die Erklärungen sind im Buch bereits zugeordnet. Eine Besprechung der einzelnen Einschnitte und deren Gründe ist als Ergänzung sinnvoll.

**A 4:** Den „Pillenknicke“ erkennt man in Abb. 34.4 an der Abnahme der Geburtenjahrgänge ab 1970, in Abb. 34.1 ist eine stark fallende Geburtenrate zu erkennen; die höhere Lebenserwartung von Frauen ist in Abb. 34.4 daran zu erkennen, dass im Vergleich zur männlichen Bevölkerung noch mehr Frauen in hohem Alter leben (oberstes Viertel der Bevölkerungspyramide).

### 3.4 Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausrechnungen sind notwendig und trotz ausgefeilter Methoden immer auch etwas problematisch, weil sie Unvorhergesehenes nicht berücksichtigen können. Deshalb wird in diesem Abschnitt auf diese Problematik aufmerksam gemacht.

#### Zu den Aufgaben

Seite 36, zu 1

**A 1:** Auf dem Arbeitsmarkt wird auf Grund der geburten-schwächeren Jahrgänge und des Pensionseintrittes der Babyboom-Generation der 1960er-Jahre ab 2012 das **Angebot an Erwerbspersonen zurückgehen**. Ob sich das negativ auf das **Wirtschaftswachstum** auswirken kann, wird diskutiert. Die einen meinen, dass man dann den Zugang von älteren Menschen zum Arbeitsmarkt fördern muss und auch verstärkt Ausländer nach Österreich hereinlassen soll – politische Entscheidungen und Maßnahmen, die sich diametral von den gegenwärtigen unterscheiden. Andere Experten halten dies nicht für notwendig, sondern glauben, dass die fehlenden Arbeitskräfte durch die sich weiter entwickelnde Technologie ersetzt werden können und dass damit soziale Spannungen und Umweltprobleme verhindert werden. 1996 kamen auf 1 000 15- bis 59-Jährige

314 Menschen über 60 Jahre, 2015 werden es, wenn die Einwanderungsrestriktionen aufrecht bleiben, 409 sein und 2030, wenn die Babyboom-Jahrgänge der 1960er-Jahre in Pension sind, 643. Das wird nicht nur Auswirkungen auf das **Pensionsfinanzierungssystem**, auf die **Schaffung von Altenbetreuungseinrichtungen**, auf den **Waren- und Dienstleistungskonsum** haben, sondern, wenn man die Gesamtbelastung vor Augen hat (1996 kamen auf 1 000 15- bis unter 59-Jährige 591 Personen im Alter von unter 15 und über 60 Jahren, 2015 sollen es 639 und 2030 sogar 890 sein), auch auf die **Beschäftigungslage**, das **Steuersystem** und damit auf die **Politik**. Abb. 36.2 zeigt die **Abnahme der Schüleranzahl** in den einzelnen Schulstufen.

**A 2:**

- Falsch. Es wird eine Abnahme der Geburtenrate erwartet. Eine Steigerung der Einwohnerzahl ist bedingt durch die Wanderungsgewinne;
- Falsch. Der Anteil der Menschen über 60 Jahre liegt derzeit bei rd. 21 % und wird sich auf rd. 36 % im Jahr 2050 erhöhen. Die neueste Prognose der Statistik Austria berechnet einen Anteil von 33,5 % für das Jahr 2050;
- Falsch. Österreich ist ein „low fertility“-Land, aber erst seit dem „Pillenknicke“ Ende der 1960er-Jahre;
- Richtig. Die allerneuesten Schätzungen der Statistik Austria gehen sogar von 84,3 Jahren für Männer und von 89 Jahren für Frauen aus.

### 3.5 Die zukünftige Bevölkerungsveränderung nach Bundesländern und Regionen

Im Gegensatz zur Diskussion der zukünftigen Bevölkerungsveränderungen auf der Ebene für gesamt Österreich steht in diesem Kapitel eine Differenzierung auf regionaler Ebene im Vordergrund. Abb. 37.1 steht dabei in Kontrast zu den anderen Inhalten in diesem Kapitel und bietet eine direkte Möglichkeit des Vergleichs. Ziel soll sein, die Schüler darauf zu sensibilisieren, dass beispielsweise eine allgemeine Zunahme der Einwohnerzahl Österreichs eine gleichzeitige Abnahme der Bevölkerung einzelner Bundesländer und kleinerer Regionen nicht ausschließt.

#### Zu den Aufgaben

Seite 37, zu 1

**A 1:** Die Anzahl der Säuglinge im Jahr 2050 wird bei rund 70 000 liegen, die Anzahl der 80-jährigen Frauen im Jahr 2050 bei rund 52 000.

**A 2:** Kärnten und Steiermark

**A 3:** Prozentuell gesehen werden Tirol und Vorarlberg am stärksten wachsen, zahlenmäßig sind es Wien und Niederösterreich. Der Grund liegt vor allem in der Zuwanderung, in Tirol und Vorarlberg spielen auch die noch etwas höheren Geburtenraten eine Rolle.

**A 4:** Stärkere Einwohnerrückgänge (siehe Abb. 37.2) wird es in den nördlichen Grenzregionen Nieder- und Oberösterreichs geben, in Kärnten und in der Steiermark (Ausnahme: Raum um Graz), im südlichen Burgenland und in einzelnen Bezirken des südlichen Niederösterreich. In Wien erwartet man Einwohnerrückgänge in einzelnen Bezirken (1., 6., 7., 9., 17.–19. Bezirk).

**A 5:** Das Wachstum im niederösterreichischen Industrieviertel lässt sich durch den Prozess der Suburbanisierung im Raum Wien erklären und durch die allgemeine Zuwanderung. Diese Frage kann auch für andere Regionen gestellt werden.

### 3.6 Ist Österreichs Einwanderungspolitik zu restriktiv ?

Seiten 38 bis 39

Die in diesem Unterkapitel behandelte Thematik ist politisch ungemein wichtig. Eine auf Vorurteilen basierende Fremdenfeindlichkeit und aufflackernder Nationalismus breiten sich in der EU und damit auch in Österreich gefährlich aus – Parteien reagierten dabei lange überhaupt nicht (auch auf begründete Ängste) bzw. ist gerade dieser Bereich – nicht nur in jüngeren Wahlauseinandersetzungen – ein Spielfeld populistischer Vorschläge. Menschen, die durch das soziale Netz fallen oder fürchten, den Arbeitsplatz zu verlieren, suchen Feindbilder und werden durch diejenigen, die aus ideologischen Gründen gegen Integration sind, dabei unterstützt. Populistisch agierende Politiker und teilweise auch bestimmte Massenmedien verstärken die bereits spürbare Ausländerfeindlichkeit.

Wenn die Jugend auf das Leben in einem multikulturellen Europa (vgl. Thematik schon in der 6. Klasse) vorbereitet werden soll, muss man ihr die Angst vor dem „Fremden“ nehmen. Man hat ihr bewusst zu machen, dass Migration historisch gesehen eigentlich eine ständige Erscheinung ist (allerdings mit unterschiedlichen Amplituden): ob von dort, wo man unterdrückt oder verfolgt wird, in die Freiheit oder von Krisenregionen in vermeintlich friedlichere oder aus Gebieten, wo keine Arbeit zu finden ist, in solche, wo reichlich Beschäftigung angeboten wird. Und man sollte den Schülern zeigen, dass, obwohl anfänglich oft Konflikte zwischen Eingesessenen und Zuwanderern aufbrechen, die Integration dieser sich auf das wirtschaftliche und kulturelle Leben der betroffenen Länder immer nur vorteilhaft ausgewirkt hat.

Auf Grund der weit unter dem Reproduktionsniveau liegenden Fruchtbarkeitsziffer wird Österreich in Zukunft auf Zuwanderer angewiesen sein, um lebenswichtige Funktionen in der Gesellschaft und den derzeitigen Lebensstandard aufrechterhalten zu können. Nur gemeinsam mit den Immigranten kann der Sozialstaat gesichert werden. Probleme aber sollen und müssen angesprochen werden.

**A 1:** Damals war die Zeit des Kalten Krieges und es gab den Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ noch nicht. Europa war zudem damals noch ein Auswanderungskontinent. Heute spielen auch die weltweit verbreiteten visuellen Medien, insbesondere TV, eine gewichtige Rolle, wenn es darum geht, leicht aufnehmbare Informationen bis in die entlegensten Winkel der Erde zu transportieren. Oft entstehen dabei auch illusionäre Vorstellungen (genährt u.a. üblichen Kommerz-Soapoperas), welche vor allem junge Menschen in weniger entwickelten Gebieten zu „Wirtschaftsflüchtlingen“ machen (in der Hoffnung auf ein besseres Leben).

**A 2:** Deutlich fallen hier die Unruhen in Polen (1981), der Beginn des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien (um 1990) und die Einführung des Grenzüberwachungsdienstes des Bundesheers auf (ab 1993). Zu erkennen ist auch die „Tschechenkrise“ um 1968/69 und die Zuwanderung der Afghanen am Beginn des 21. Jahrhunderts.

**A 3:** Weil die Einwanderung trotz der höheren Geburtenraten der Immigranten die niedrigeren Geburtenraten der österreichischen Bevölkerung nicht kompensieren kann und weil sich auch die Eingewanderten früher oder später dem demographischen Wandel zu weniger Kindern anschließen werden.

**A 4:** Das Rollenspiel ist der Kern dieses Kapitels. Ein Rollenspiel ist ideal um emotional besetzte Bereiche zu transportieren und persönliche Stellungnahmen bei den Schülern einzufordern. Genauso wichtig ist es aber, im Unterrichtsprozess konkret evaluierbare Tatsachen in den Lernprozess einzubringen, um zu verdeutlichen, dass dieses Rollenspiel in eine „Stammtischdebatte“ ohne Hintergrundwissen mündet. Als Quellen dienen – neben den im Buch genannten Internetseiten – aktuelle Meldungen aus den Tageszeitungen und im Internet.

## 4. DIE ÖSTERREICHISCHE VOLKSWIRTSCHAFT IM ÜBERBLICK

### 4.1 Das wirtschaftliche Gesamtergebnis

Ausgangspunkt des Unterrichts soll ein gesamtwirtschaftlicher Überblick über die österreichische Wirtschaft und damit über unseren Lebensstandard sein. Daher sind die wichtigsten volkswirtschaftlichen Indikatoren wie BIP, Arbeitslosenrate, Inflationsrate hier zu wiederholen. Die Problematik der Berechnungen, die sich bei der Erfassung der Arbeitslosen (verdeckte Arbeitslosigkeit), der Kaufkraft (Warenkorb) oder des BIP (Schattenwirtschaft, Reproduktionsarbeit, Ökologieschäden) stellt, ist vertiefend darzustellen. Darüber hinaus kann auf weitere Indikatoren wie Investitionsquote, Sozialquote, Sparquote usw. hingewiesen werden.

Mit diesem Rüstzeug ausgestattet ist nun eine Analyse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung möglich. Hier kann bereits auf die Bedeutung des Tourismus und der Exportwirtschaft hingewiesen werden, sind es doch jene Wirtschaftszweige, die wesentlich zum Wohlstand unseres Staates beitragen.

Die Analyse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung darf sich aber nicht nur in der technischen Gliederung derselben in Entstehung, Verteilung und Verwendung des BIP erschöpfen. Hier hat der Unterricht bereits Zielsetzungen zum Thema „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ anzudeuten, indem grundsätzliche Fragen der Verteilung und Verwendung des Volkseinkommens in ihrer politischen Dimension in den Unterricht einfließen müssen. Dabei ist auf die ökonomische wie auf die soziale Komponente gleichermaßen zu achten.

Eine Strukturanalyse der heimischen Wirtschaft ist ebenso Bestandteil eines gesamtwirtschaftlichen Überblicks. Dabei muss zunächst der Strukturbegriff erarbeitet werden. Dann kann auf wesentliche Strukturdaten zurückgegriffen und können Strukturveränderungen von den Schülern erkannt werden.

Ein wesentliches Ziel dieses Kapitels ist es, die Position der österreichischen Volkswirtschaft im internationalen Vergleich darzustellen. Empfohlen wird ein Vergleich innerhalb der EU- und der OECD-Staaten, allenfalls eine Behandlung des alljährlich erscheinenden OECD-Berichtes über Österreich. Auch die alljährliche medienwirksame Veröffentlichung des Berichts kann zum gegebenen Zeitpunkt Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit den Erfolgen österreichischer Wirtschaftspolitik sein.

## Zu den Aufgaben

### Seite 40, zu 1

**A 1:** Österreich hat sich in den 1970er-Jahren von einer Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft gewandelt. Im Dienstleistungssektor entsteht mehr Wertschöpfung als im primären und sekundären Sektor. Obwohl diese Sektoren absolut mehr produzieren, sinkt ihre Bedeutung für das BIP gegenüber dem tertiären Sektor.

Dazu ein Beispiel: ein Wiener Schnitzel. Die Wertschöpfung im Bereich des Schweinemästers oder des Kälbermästers ist geringer als die des Schlachthofes. Diese ist wiederum kleiner als jene im Gastronomiebetrieb, der das Schnitzel mit allen Zutaten im Ambiente des Lokals vom Kellner servieren lässt.

### Seite 41, zu 2

**A 1:** Selbst bei Bezahlung der Hausfrauenarbeit (egal, ob durch den Staat oder durch die Ehemänner) würde das Familieneinkommen nicht größer. Geld würde bloß umverteilt werden: von den Ehemännern zu den Hausfrauen oder bei staatlichem Hausfrauenentgelt von allen Steuerzahlern zu den Hausfrauen. Heiratet ein Mann seine Haushälterin, scheint ihr Lohn bei der Berechnung des BIP nicht mehr auf. Dienstleistungen können nur über die Lohn- und Gehaltszahlungen im BIP erfasst werden.

**A 2: Positive Aspekte:** Pfuscher sind oft gute Konsumenten, besonders wenn sie Arbeitsmaterial einkaufen. Sie zahlen dafür Mehrwertsteuer. Pfuscher sind auch Sparer und leisten damit Beiträge zur Bildung von Kreditkapital. Pfuscher kann Arbeitslosigkeit mildern (versteckte Arbeitslosigkeit).  
**Negative Aspekte:** Dem Staat entgehen durch Pfuscher Lohnsteuer, Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Unternehmen entgehen Aufträge, den Arbeitnehmern entgeht dadurch legale Beschäftigung.

### Seite 42, zu 3

**A 1:** Kauf eines privaten Pkw: Verwendung des BIP für privaten Konsum; Monatsgehalt eines Angestellten: Verteilung des Volkseinkommens für Löhne und Gehälter; Anschaffung von Schulkreide: Verwendung des BIP für öffentlichen Konsum; Getreideernte eines Landwirtes: Entstehung des BIP im Sektor Landwirtschaft; Installation einer EDV-Anlage in einer Firma: Verwendung des BIP für Investitionen; Herstellen einer Einbauküche durch einen Tischler in der Privatwohnung: Entstehung des BIP im Sektor Sachgütererzeugung; Haarschnitt eines Friseurs: Entstehung des BIP im Sektor Dienstleistungen.

**A 2:** Die Spareinlagen der Banken werden als Kredite der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Damit werden Investitionen finanziert, welche die Produktion modernisieren bzw. ausweiten sollen und so zum BIP der nächsten Perioden beitragen.

### Seite 43, Zu 4

**A 1:** Wirtschaftswachstum (nominelle oder reale Veränderung des BIP in Prozent gegenüber dem Vorjahr), Inflationsrate, Arbeitslosenrate.

**A 3:** Schon der preußische Statistiker Engel (um 1900) konnte nachweisen, dass bei steigenden Einkommen für Konsumgüter absolut (also z.B. in Euro ausgedrückt) mehr ausgegeben wird, dass aber die Steigerung der Ausgaben für Ernährung dabei zurückbleibt, also relativ (am gesamten Warenkorb gemessen) abnimmt. Die Einkommenszuwächse fließen stärker in die Bereiche Bildung, Freizeit, Wohnen und Verkehr.

## Seite 44, zu 5 und 6

**A 1:** Österr. Methode: 5,73 %; EU-Methode: 4,19 %.

**A 3:** Die wichtigsten Kennziffern des Arbeitsmarktes sind die Anzahl der Arbeitslosen und die Anzahl der offenen Stellen. Die Arbeitslosenrate drückt den prozentuellen Anteil der Arbeitslosen am Arbeitskräftepotenzial aus. Darunter versteht man nach der österreichischen Berechnung alle unselbständig Erwerbstätigen plus alle vorgemerkten Arbeitslosen. Bei intern. Vergleichen ist zu beachten, dass in vielen OECD-Ländern auch die selbständig Erwerbstätigen im Arbeitskräftepotenzial enthalten sind. Es wird empfohlen, Abb. 44.2 mit Abb. 48.1 zu vergleichen, um die Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarkt und Konjunkturverlauf zu erkennen.

### Seite 45, zu 7

**A 1:** Branchenstruktur: Bedeutungsverlust der Grundstoffindustrie; Betriebsgrößenstruktur: Klein- und Mittelbetriebe; Regionalstruktur: West-Ost-Gefälle; Außenhandelsstruktur: Nachbarschaftshandel; Erwerbsstruktur: Erwerbsquote 48 %; Konsumstruktur: relative Abnahme der Ausgaben für Ernährung.

**A 2:** Zu den stärksten Strukturveränderungen der Nachkriegszeit gehören der Bedeutungsverlust der Landwirtschaft (auch als Entagrarisierung bezeichnet) und die Bedeutungszunahme des Dienstleistungsbereiches (Stichwort: Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft). Der Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates hat zu einer deutlichen Erhöhung der Steuern und Abgaben (gemessen am BIP) geführt. Österreich hat unter den hoch industrialisierten Staaten einen sehr geringen Anteil an selbständig Erwerbstätigen (also an Unternehmern im weiteren Sinn). Deshalb haben Löhne und Gehälter am Volkseinkommen deutlich zugenommen (Stichwort: Angestelltengesellschaft, Arbeitnehmergesellschaft). Wirtschaftswachstum und geringe Rohstoffbasis führten zu einer großen Auslandsabhängigkeit bei der Energieversorgung. Gemäß dem Engel'schen Gesetz ist der Anteil der privaten Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel gegenüber den ersten Nachkriegsjahrzehnten sehr zurückgegangen.

### Seite 46, zu 8

**A 1:** Als Beurteilungskriterien bei einem internationalen Vergleich verschiedener Volkswirtschaften können gelten:

1. Wie sehr weichen die einzelnen Kennziffern von Mittelwerten (in diesem Fall der europäischen OECD-Staaten) ab;
2. Wie groß ist der Abstand zum jeweils besten Ergebnis.

Das Argumentieren mit Rangziffern alleine besitzt wenig Aussagekraft.

## 4.2 Aufgaben der Wirtschaftspolitik

Dieses Kapitel behandelt zentrale Anliegen der polit. Bildung. Hier sollen auf fortgeschrittenem Niveau Einblicke in die österreichische wirtschaftspolitische Praxis gegeben werden, um einerseits die tagespolitische Diskussion für die Schüler transparent zu machen, andererseits um eine entscheidende Hilfestellung für das politische und ökonomische Verhalten junger Menschen nach dem Schulabschluss zu geben.

Dieses Kapitel kann niemals umfassend ausgelotet werden. Es ist im GW-Unterricht unmöglich, alle Facetten der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik darzustellen. Hier geht es vielmehr darum, unter starker Betonung des alltagspolitischen Aspektes, anhand von wirtschafts- und sozialpolitischen Streitfragen die grundsätzlichen Positionen und Auffassungsunterschiede (Prioritäten) dem Schüler einsichtig zu machen. Die Ziele des wirtschaftspolitischen Handelns ergeben sich aus dem magischen Vieleck.

Eine zentrale Frage dieses Kapitels lautet: Wer sind die Träger der Wirtschaftspolitik in Österreich? Damit wird auch ein wesentliches Merkmal der österreichischen Form der sozialen Marktwirtschaft bewusst: Interessensverbände und deren sozialpartnerschaftliches Wirken. Dabei soll der Unterricht aber nicht so sehr die einzelnen Institutionen und deren rechtliche Verankerung aufgreifen, sondern die demokratie- und wirtschaftspolitischen Vor- und Nachteile der starken Präsenz der Sozialpartner in Österreich einschätzen und beurteilen lassen.

Wirtschaftliche Abläufe können statistisch und grafisch dargestellt werden: Konjunkturzyklen sind kurz-, mittel- und langfristig zu beobachten. Ein kurzer Einblick in die Fragen der Konjunkturpolitik (Konjunktursteuerung) ist nötig, um die grundsätzlichen Positionen angebots- und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik zu erkennen.

Wirtschaftliche Erfolge sind aber nicht nur messbar, sondern – und das ist weit weniger eindeutig messbar – belasten und beeinflussen die Umwelt. Fragen der Wirtschaftspolitik sind daher im Unterricht auch vor dem Hintergrund umweltpolitischer Konsequenzen zu diskutieren.

Aus der Tagespolitik sind einige (wenige) wirtschafts- und sozialpolitische Fragen herauszugreifen. Dabei werden unterschiedliche politische Ausgangspositionen, Maßnahmen, Instrumente der Durchführung und Folgewirkungen beispielhaft aufgezeigt. Solche Fragen können etwa sein: Steuerreform, Agrarmarkordnung, Ladenschlusszeiten, Privatisierung staatlicher Unternehmen, Arbeitslosenunterstützung, Lohnverhandlungen, Inflationsbekämpfung u.a. Die Beispiele sollten dermaßen aus der Tagespolitik genommen werden, dass möglichst viele verschiedene Träger und Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik abgedeckt werden: Regierung, öffentliche Haushalte, Verbände, Österreichische Nationalbank.

## Zu den Aufgaben

### Seite 47, zu 2

**A 2: Konjunkturfördernde Kräfte:** Verbilligung der Energieimporte, niedrige Zinsen, technologische Innovationen, billige Arbeitskräfte, staatliche Wirtschaftsprogramme, große Exporterfolge (importierte Konjunktur). **Konjunkturbrem-sende Kräfte** sind gegenteiliger Natur.

**A 3: Konjunkturaufschwung:** Wirtschaftswachstum, zunehmende Inflation, Abnahme der Arbeitslosigkeit, die Nachfrage nach Gütern führt zu Preissteigerungen, die Sparneigung nimmt ab, die zunehmende Investitionstätigkeit der Unternehmen führt zu einer höheren Kreditnachfrage, diese führt zu höheren Zinsen.

**Hochkonjunktur:** starkes Wirtschaftswachstum, starke Preissteigerungen, mehr offene Stellen als Arbeitssuchende.

**Rezession:** rückläufiges Wirtschaftswachstum, sinkende Inflationsrate, Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Inflation schwächt sich ab, das Zinsniveau sinkt.

**Depression:** Tiefpunkt des Wirtschaftswachstums oder reale Verringerung des BIP („Minuswachstum“), hohe Arbeitslosigkeit, geringe Inflation.

### Seite 48, zu 3

**A 1:** Kurzfristige Zyklen waren von 1959–1962, 1969–1975 oder 1978–1981 und 1986–1993 zu beobachten. Stagnationsphasen ergaben sich 1970–1973 (erster Erdölschock), 1976–1977, 1983–1985 und 1995–1996. Ausgesprochene Hochkonjunktoren waren 1960, in den frühen 1970er-Jahren oder 1988, sowie 1999–2000 festzustellen. 2009 erkennt

man ein stark abnehmendes BIP infolge einer weltweiten Wirtschaftskrise. Der langfristige Trend des Wirtschaftswachstums zeigt abnehmende Zuwachsraten.

### A 2: Fallbeispiel 1

Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung sind Ziele, die sich parallel anpeilen lassen. Der Preis dafür ist aber eine zunehmende Instabilität der Preise und Zinsen. Die kräftig steigenden Masseneinkommen können vermehrt in den Kauf ausländischer Produkte oder in Auslandsurlaube fließen, was die Leistungsbilanz verschlechtert.

### Fallbeispiel 2

Importierte Inflation entsteht durch (in diesem Fall wechselkursbedingte) Verteuerung wichtiger Importprodukte, z.B. Energielieferungen. Die möglichen Folgewirkungen sind im Text angesprochen: höhere Lohnforderungen, weiterer Preisauftrieb, der auch die Exportgüter teurer macht. Zuletzt kann der Vorteil der als Exportförderung gedachten Abwertung durch ein höheres inländisches Preisniveau zunichte gemacht werden. Der nächste Schritt wäre eine abermalige Abwertung und somit eine Abwertungsspirale mit negativen Auswirkungen auf Wechselkurse, Zinsen und Kreditwürdigkeit. Aus diesen Gründen hat Österreich früher Abwertungen des Schilling vermieden und die Politik der harten Währung betrieben, also eine Währungspolitik betrieben, die heute auch die EZB mit dem Euro favorisiert.

**A 3:** In einer vollbeschäftigten Wirtschaft ist das Ziel einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung durch Umverteilung leichter zu verwirklichen. In lange anhaltenden Rezessionen und Depressionen entstehen leicht Radikalismus und politische Instabilität, wie die Geschichte der Zwischenkriegszeit gezeigt hat.

### Seite 49, zu 5:

**A 2:** Steigende Ansprüche an Staat, Gesellschaft und Umwelt können in einer wachsenden Wirtschaft eher konfliktfrei erfüllt werden. Die Verteilungskämpfe werden in einer stagnierenden oder schrumpfenden Wirtschaft jedoch stärker.

Rasches Wirtschaftswachstum garantiert nicht, dass alle am Erfolg beteiligten Bevölkerungsgruppen auch gleichermaßen ihren Anteil daran erhalten. Inflation, Arbeitskräftemangel, Gastarbeiterzustrom mit Überfremdungsängsten sowie starke Umweltbelastungen können Folgen eines zu raschen Wirtschaftswachstums sein.

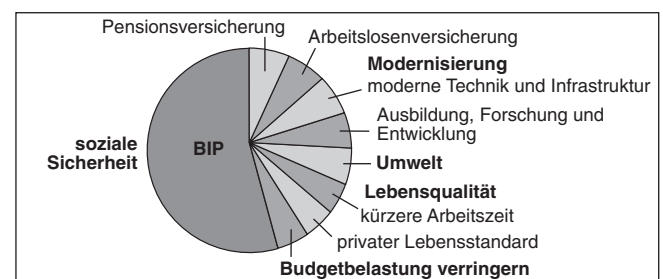


Abb. 1

## 4.3 Die österr. Wirtschaftsordnung

Aufgabe dieses Kapitels ist es, die österreichische Variante der sozialen Marktwirtschaft zu beleuchten und seine wesentlichen Merkmale zu erkennen. Damit wird das Bild der österreichischen Gesamtwirtschaft, wie es in den Kapiteln 4.1 und 4.2 gezeichnet wurde, politisch vertieft und vom System her einsichtig gemacht.



## Zu den Aufgaben

Seite 50, zu 1

A 1:

Für und gegen starre Ladenschlusszeiten	
Schutz der Klein- und Mittelbetriebe (Sicherung der Nahversorgung), Rücksichtnahme auf die Handelsangestellten, kein zusätzlicher Konsum zu erwarten.	Prinzip des freien Wettbewerbs, Einkaufen als Freizeiterlebnis (etwa am Wochenende), in grenznahen Gebieten Abfluss der Kaufkraft in das Ausland, Bedürfnisse der Touristen, Einkaufsmöglichkeiten nach Arbeitsschluss

Seite 51, zu 2

**A 1: Gesetzliche Pflichtmitgliedschaft:** Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer. **Freiwillige Mitgliedschaft:** Österreichischer Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung.

**A 2: Vor- und Nachteile:** Schattenregierung, Streikvermeidung, Entmachtung des Parlamentes, sozialer Friede, politische Macht einzelner Funktionäre durch Verflechtung von Ämtern (Parlamentarier – Sozialpartner, Regierungsmitglieder – Sozialpartner).

**Pro und Kontra Pflichtmitgliedschaft:** Zwangsbeglückung, Kammerumlagen als Steuern, große Funktionärsapparate, große Durchschlagskraft der Interessensvertretungen, Nutzen auch für Nicht-Mitglieder usw.

Sozialpartnerschaftliche Einrichtungen gibt es in vielen europäischen Industriestaaten. In Österreich wurde das sozialpartnerschaftliche Modell zur Konfliktvermeidung und Konfliktlösung jedoch sehr weit ausgebaut. Neben den im Lehrbuch dargestellten Gremien existieren über 100 sozialpartnerschaftlich besetzte Kommissionen, welche die Ministerien und Verwaltungsorgane des Bundes beraten oder in Form von Schlichtungsstellen von den Bürgern direkt angerufen werden können.

## 4.4 Der Finanzhaushalt

### Öffentliche Haushalte

Der überwiegende Teil des BIP wird über öffentl. Haushalte erteilt: Personal- und Sachaufwand, Aufträge an die Wirtschaft und Transferleistungen der Gemeinden, der Länder und des Bundes. Die Finanzreferenten der öffentlichen Körperschaften verfügen über 75 % des BIP (oder drei von vier in Österreich erarbeiteten Euros). Alleine der Bundesfinanzminister kann, vereinfacht gesagt, über jeden vierten Euro in Österreich disponieren. Daraus folgt die Tatsache, dass die Budgets der öffentlichen Hand das stärkste Instrument zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik darstellen. Das Budget des Bundes ist eines der wichtigsten Instrumente zur Steuerung der Konjunktur. Dabei spielt das Haushaltsdefizit eine entscheidende Rolle. Je nach wirtschaftlicher Situation sind seine Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und auf die Ziele des magischen Vieleckes veranschaulicht.

### Steuern

Die Tücken der Steuerprogression liegen darin, dass jede Lohnerhöhung, die über eine Steuerstufe hinausgeht, automatisch eine Erhöhung des Steuertarifes bewirkt. Auf diese Weise wird der Finanzminister zum Nutznießer der (konjunkturbedingten) Steigerung der Masseneinkommen. Schon alleine deshalb sind im Abstand von mehreren Jahren

Steuersenkungen notwendig. Sie werden in erster Linie von den Arbeitnehmervertretern verlangt. Daher spielt bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen nicht nur die Inflation, sondern auch die Steuerprogression eine entscheidende Rolle. Die Höhe der Lohn- und Gehaltsabschlüsse hat aber wiederum starken Einfluss auf die Preise und damit die Inflation. Der Verlauf der Steuerprogression (Lehrbuch Abb. 55.1) ist eine politische Frage. Bei einer Reform der Lohn- und Einkommensteuer muss zwischen zwei Komponenten unterschieden werden:

1. Die Festlegung der Steuerstufen: Wie breit sollen die einzelnen Steuerstufen sein, d.h. wie viel des Einkommens soll mit dem selben Steuersatz belegt werden?
2. Die Festsetzung der Steuersätze: Wie hoch sollen die einzelnen Steuerstufen besteuert werden? Da bei ist besonders der Spitzensteuersatz eine gesellschaftspolitisch heikle Frage.

Die Entwicklung der ins gesamt rund 70 Steuern und steuerähnlichen Abgaben konzentriert sich immer mehr auf Einnahmen aus Einkommensteuer und Mehrwertsteuer. So sind z.B. Zölle durch handelspolitische Abkommen nahezu bedeutungslos geworden. Ertragreiche Verbrauchssteuern wie z.B. die auf Mineralöl und Tabak können Nachfragesättigung nicht viel ergiebiger, sondern höchstens erhöht werden. Unter Steuerexperten wird immer wieder die Frage diskutiert, ob Steuersenkungen nicht letztendlich zu einem größeren Steueraufkommen führen: Weniger Steuern entlasten und beleben die Wirtschaft. Unternehmen und private Konsumenten verfügen dann über mehr Kaufkraft für Investitionen und Konsumgüter. Als Folge kann z.B. eine Senkung der Lohnsteuer durch Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer kompensiert werden.

## Zu den Aufgaben

Seite 54, zu 2

**A 1: Pflegegeld:** Distributionsfunktion; **Autobahnbau:** Allokations- und wirtschaftspolitische Funktionen; **Bergbauernförderung:** wirtschaftspolitische Funktion.

**A 2:** Auf der Homepage finden Sie eine Kopiervorlage. Sie zeigt den Weg der Budgetgesetzgebung. Dabei können die Stationen der Gesetzgebung von den Schülern in die leere Grafik nach dem Studium des Textblockes 2 im Lehrbuch S. 54 eingesetzt werden. Weiters zeigt diese Kopiervorlage die Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament bei der Budgetgesetzgebung.

Seite 55, zu 3

**A 1:** Die Frage nach dem Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern am gesamten Steueraufkommen ist eine fiskalische Grundsatzfrage: Soll mehr die direkte Besteuerung (der Arbeitseinkommen, von Besitz und Unternehmen, der Zinsen usw.) oder die indirekte Besteuerung (der in Verkehr gebrachten Waren und Dienstleistungen) im Vordergrund stehen? In dieser Frage ist auch im Sinne der europäischen Integration eine Angleichung unter den EU-Staaten notwendig, soll es nicht zu steuerbedingten Wettbewerbsverzerrungen kommen.

Grundsätzlich gelten direkte Steuern als sozialer, da durch deren direkte Einhebung auf die beruflichen und privaten Lebensumstände der Steuerpflichtigen besser Rücksicht genommen werden kann (z.B. Sonderausgaben für Lohnsteuerpflichtige, Steuerprogression u.a.). Die Mehrwertsteuer und andere indirekte Steuern hingegen werden vom Letztverbraucher und unabgänglich von seinem sozialen Status bezahlt.

**A 2:** Unterschieden wird zwischen Normalsteuersatz und ermäßigtem Mehrwertsteuersatz. Mit dieser Unterscheidung kann gezielte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gemacht werden: z.B. Förderung der Kultur durch niedrigere MWSt auf Literatur.

Erhöhte Mehrwertsteuersätze (auch als Sondermehrwertsteuer bezeichnet) sind wegen Wettbewerbsverzerrung seit dem EU-Beitritt Österreichs nicht mehr erlaubt. Der Entfall dieser Sondersteuer wurde bei Kraftfahrzeugen durch die Einführung der NOVA (Normverbrauchsabgabe) fiskalisch wettgemacht.

Weitere Steuern (ausgewählte Beispiele):

**Verbrauchssteuern:** Werden beim Erzeuger oder Importeur und über den Preis beim Letztverbraucher eingehoben (z.B. Tabaksteuer, Biersteuer, Brandweinabgabe, Getränkesteuer, Alkoholabgabe, Mineralölsteuer, Schaumweinsteuer).

**Verkehrssteuern:** Besteuert wird der Umsatz (das in Verkehrbringen) von Waren und Dienstleistungen, wie Mehrwertsteuer, Anzeigensteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbssteuer, Versicherungssteuer u.a.

**A 3:** Prinzip der Mehrwertsteuer und des Vorsteuerabzuges geht in vereinfachter Form aus folgender Abbildung hervor.

### Mehrwertsteuer und Vorsteuerabzug

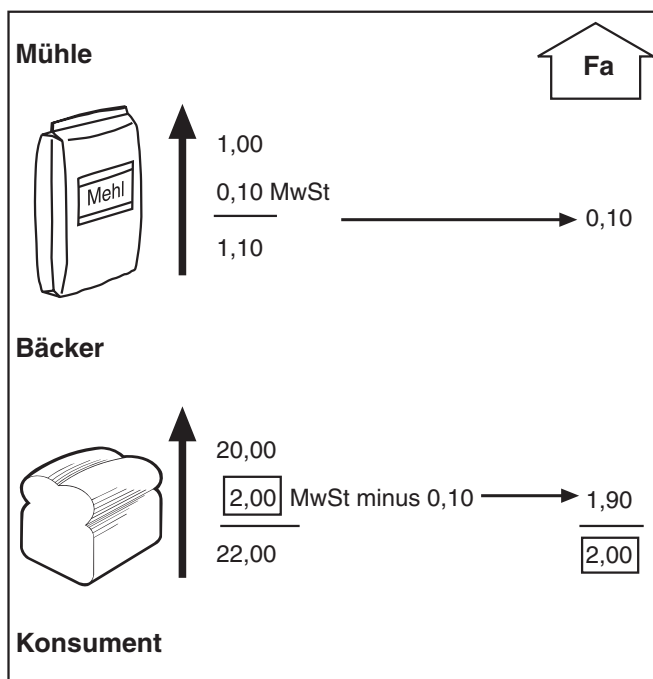


Abb. 2

### Seite 56, zu 4

**A 1: Personalaufwand:** Z.B. Lehrergehälter, Bezahlung der Schulfürsorge, Supplimenten, Reifeprüfungsgebühren, Tagesgebühren für Sportwochen usw.

**Sachaufwand:** Lehrmittel in den Kustodiaten, Gebäudereinigung, Klopapier, Schulmöbel, Kreide, Kopierkosten usw.

**A 3:** Das Nettodefizit ergibt sich, wenn vom Bruttodefizit die Rückzahlung für die Bundesschulden abgezogen wird. Daraus ergibt sich die Neuverschuldung. Rückzahlung und Neuverschuldung werden im Ausgleichshaushalt verbucht. Unter Tilgung versteht man die Kreditraten, die zurückgezahlt werden. Die Zinsen für die Bundesschulden werden im allgemeinen Haushalt verbucht.

### Seite 57, zu 5

**A 1:** Die österreichische Abgabenquote liegt im internationalen Vergleich im oberen Mittelfeld. Bei der Höhe der Abgabenquote ist immer zu hinterfragen, wie umfangreich die staatlichen Leistungen und Zuwendungen sind, welche die Bevölkerung als Gegenleistung für die bezahlten Steuern und Abgaben erhält. Diese sind in Hochsteuerländern in der Regel wesentlich umfangreicher als in Niedrigsteuerländern, in denen in vielen Bereichen private Leistungen an die Stelle öffentlicher Leistungen treten.

**A 2:** Beispiele, die in Frage kommen: Familienbeihilfe, Schülerbeihilfe, Schulbuchaktion, Schülerfreifahrt, Steuererleichterungen: Absetzbeträge (z.B. als Alleinerhalter, Alleinerzieher); Pendlerpauschalen, Wohnungsbeihilfe, Befreiungen (von Gebühren wie z.B. Rezeptgebühren, Rundfunkgebühren) usw.

### Seite 59, zu 6

**A 1:** Nettodefizit bis maximal 3 % des BIP. Gesamtverschuldung des Staates (also aller Gebietskörperschaften) maximal 60 % des BIP. Während der Bund negativ bilanziert, erwirtschaften die Länder, Gemeinden und die Sozialversicherungsträger Budgetüberschüsse.

**A 2:** Grundsätzlich können die Kosten für Umweltschutz nach drei Grundsätzen verteilt werden:

- 1. Verursacherprinzip:** Die Kosten trägt der Verursacher von Luft- oder Wasserverschmutzung, von Lärmerzeugung. Beispiel: Die Bundesbahnen errichten Lärmschutzwände.
- 2. Nutznießerprinzip:** Die Verbraucher bezahlen den Umweltschutz durch Preisaufschläge. Beispiel: Energiesteuer auf Strom und Gas.
- 3. Gemeinlastprinzip:** Weder Verursacher noch Verbraucher, sondern die öffentliche Hand finanziert (über Steuern) Umweltmaßnahmen. Beispiel: Lärmschutzwände bei Autobahnen.

Eine Kopiervorlage auf der Homepage bietet ein fiktives Umwelt-Beispiel aus dem Schulalltag. Externe Kosten sind Kosten, die bei der Nutzung von erzeugten Gütern, nicht jedoch bei deren Herstellung anfallen. Wäre eine „Kreidesteuer“ als Ökosteuer eine Lenkungsabgabe zur Reduktion des Kreideverbrauches und des Tafellöschens? Könnten aus den Einnahmen dieser Steuer umweltschonendere Präsentationsmethoden oder angestellte Tafellöcher, Schwämme und Wasserkübel oder gar Luftfilter (Kreidestaub) bezahlt werden?

**A 3:** Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug 2009 (bei rund 8,36 Mio. Einwohnern) rund 21 300 €.

**A 4:** Der Anteil der Auslandsschulden an den Gesamtschulden liegt knapp unter 3 %. Im Bereich der Inlandsschulden finanzieren sich die Österreicher/innen das Budgetdefizit und die daraus erbrachten Leistungen gewissermaßen selbst. Eine starke Nachfrage des Staates nach Krediten bei inländischen Banken verknappen allerdings die Kredite für die private Wirtschaft. Wenn die Spareinlagen der Bevölkerung nicht in gleichem Maße mitwachsen, ist ein hohes Zinsniveau die Folge: Investitionen werden teuer. Diese Effekte werden als „crowding out“ bezeichnet. Der Staat nimmt der Wirtschaft Investitionskapital weg, um seine Schulden zu tilgen.

**A 5:** Budgetdefizite sind letztlich Vorkäufe auf künftige wirtschaftliche Erfolge, welche die Tilgung der Finanzschulden garantieren sollen. Bleiben diese Erfolge aus, kommt es

tatsächlich zu einer (steuerlichen) Belastung der künftigen Generation.

Die zentrale Frage lautet daher: Garantieren die durch Staatsverschuldung finanzierten Investitionen ein bestimmtes Maß an Wirtschaftswachstum? Nur Investitionen in die Infrastruktur und den notwendigen Strukturwandel schaffen die Voraussetzung für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

**Dazu ein Beispiel:** Die Fassaden aller österreichischen Gebäude zu sanieren oder bunt zu färben hätte wenig Effekte für die wirtschaftliche Zukunft unserer Volkswirtschaft. Momentane Beschäftigungseffekte für die Bauwirtschaft oder bestimmte positive Nebeneffekte für den Tourismus wären noch keine Garantien im obigen Sinn.

Investitionen in die nicht mehr rentable Grundstoffindustrie wären wohl auch wenig zukunftsweisend.

Die Ansiedlung moderner Hightech-Industrien, Förderungsprogramme für innovative Jungunternehmer oder für die Höherqualifizierung (Umschulung) von Arbeitnehmern hingegen sind Investitionen für künftige wirtschaftliche Erfolge.

Ein Staat, der sich für solche Investitionen verschuldet, tut gezielt etwas für seine Kinder. Sämtliche Ausgaben für Bildung und Wissenschaft sind so gesehen sinnvolle Investitionen in das wichtigste Potenzial einer Volkswirtschaft: Gebildete und qualifizierte Staatsbürger von morgen.

## 4.5 Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat

Da die Sozialversicherungsbeiträge ähnlich den Steuern direkt eingehoben werden, folgt dem Kapitel über Budget und Steuern jenes über den Sozial- und Wohlfahrtsstaat. Schließlich verfügen die Sozialversicherungsinstitute über einen beträchtlichen Teil öffentlicher Gelder, also über öffentliche Haushalte.

Der Wohlfahrtsstaat mit seinem sozialen Netz ist in Österreich weit ausgebaut. Die Schüler sollen aber nicht nur wesentliche Teile (Instrumente) dieses Netzes kennen, sondern auch die Fragen des weiteren Ausbaues oder Abbaues des Wohlfahrtsstaates diskutieren. Die soziale Absicherung betrifft die Schüler, die ja in der Regel noch bei ihren Eltern mitversichert sind, schon in naher Zukunft. Angesichts der demographischen Entwicklung soll der GW-Unterricht auf die Problematik der öffentlich-rechtlichen Sozialversicherung (und deren Finanzierung) gegenüber jener der privaten Vorsorge aufzeigen.

Auch in diesem Kapitel können Fragestellungen am Beginn des Unterrichtes stehen, z.B.: Welche wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Folgen würden sich beispielsweise aus einer (durch moderne technische Medizin bedingte) Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergeben? Welche Folgen hätte z.B. die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe („Maschinensteuer“)?

Anhand solcher Einzelfragen, die auf die tagespolitische Aktualität abzustimmen sind, können die Urteilskraft und das kritische Einschätzen beabsichtigter politischer Entscheidungen gefördert werden. Da hier oft starke Interessensgegensätze auftreten, kann durch Rollenverteilung bei den Schülern unmittelbare Betroffenheit erzeugt werden: Schüler versuchen sich mit verschiedenen sozialpolitischen Standpunkten (die Entscheidungsträger der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind ja bereits bekannt) zu identifizieren und sollen selbst Entscheidungen treffen.

## Zu den Aufgaben

### Seite 60, zu 1

**A 1:** Wohlstand kann nicht allein in materiellen Werten (Nahrungsmittel, kurz- und langfristige Konsumgüter wie in Tabelle 1) gemessen werden. Nicht-materielle Faktoren wie Freizeit, Urlaub, Pensionsalter oder Wohnraum je Bewohner sind wichtige Wohlstandsmerkmale.

### Seite 61, zu 2 und 3

**A 1:** Solche Lebenssituationen sind z.B. Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Scheidung, Konkurs, Kindererziehung, Wohnraumbeschaffung, Kindererziehung usw.

### Seite 62, zu 4

**A 1:** Die Prämien zur Sozialversicherung werden - wie die direkten Steuern - vom Einkommen einbehalten (vgl. Abb. 57.1). Bei unselbständig Erwerbstätigen geschieht dies im Zuge der Lohnverrechnung durch den Arbeitgeber. Dieser ist verpflichtet, nach Arbeitsbeginn die Anmeldung bei der Sozialversicherung vorzunehmen.

**A 3:** Leistungskürzung trifft in erster Linie die sozial Schwächeren, die nicht auf private Vorsorge ausweichen können. Selbstbehalte wirken unsolidarisch, da sie nur jene treffen, die Leistungen in Anspruch nehmen müssen (z.B. Kranke), schaffen aber mehr Bewusstsein für die tatsächlichen Kosten von Sozial- und Wohlfahrtsleistungen.

### Seite 63, zu 5

**A 1:** Dazu finden Sie viele Hinweise auch in Kapitel 3, Bevölkerung und Gesellschaft. Ein besonderes sozialpolitisches Problem Österreichs ist die Zahl der Frühpensionen.

### Seite 64, zu 6

**A 1:** Das „**Gießkannenprinzip**“ gewährt allen Bevölkerungsschichten dieselben Ansprüche auf Sozialleistungen. Besserverdienende erhalten dieselben Leistungen wie Einkommensschwache, tragen aber infolge der Steuerprogression auch mehr zum Staatshaushalt bei. Soziale Bedürftigkeit zu definieren ist schwer, da Einkommensgrenzen gezogen werden müssen, über denen Sozialleistungen entfallen. Sowohl die Höhe solcher Grenzen ist umstritten als auch die Tatsache, dass ein Überschreiten dieser Grenzen schon um nur wenige Euro zur Kürzung oder Streichung der Leistungen entfällt. Eine Möglichkeit sind so genannte Einschleifregelungen, nach denen die Sozialleistungen oder Steuerermäßigungen mit zunehmender Einkommenshöhe allmählich abnehmen oder auslaufen.

**A 2:** Der Mutter-Kind-Pass wurde angesichts einer relativ hohen Säuglingssterblichkeit in Österreich in den 1970er-Jahren eingeführt. Die Transferzahlungen der Geburtenbeihilfe sind an eine Reihe medizinischer Untersuchungen während und nach der Schwangerschaft gebunden.

**A 3:** Bei der Diskussion über die Schulbuchaktion muss zwangsläufig auf den **Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)** eingegangen werden. Der FLAF ist ein Geldtopf, der unabhängig von der Geburtenentwicklung aus Steuern gespeist wird, welche die Unternehmen je nach Höhe der gezahlten Löhne und Gehälter aufbringen. Da die Verwendung dieser Mittel zweckgebunden ist, können auch Überschüsse im Fonds (Reserven) entstehen. Es ist eine gelegentlich politisch umstrittene Frage, ob diese Überschüsse an die Familien in Form von erhöhten Transferleistungen ausbezahlt oder (für geburtenstärkere Jahrgänge) zurückgehalten, also verzinst angelegt werden sollen.

**Seite 65, zu 7**

**A 2:** In der Diskussion muss erwähnt werden, dass einige Sozialleistungen schon lange an bestimmte Einkommensgrenzen gebunden sind, z.B.: Wohnbeihilfe, Erziehungsgeld (in einzelnen Bundesländern), Ausgleichszulagen (zur Erhöhung der Mindestpensionen), Schülerbeihilfe, Studienbeihilfe, Befreiung von Telefon-, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Notstandshilfe und Sondernotstandshilfen.

## 5. WIRTSCHAFTSSTANDORT ÖSTERREICH

### 5.1 Standortfaktoren

Dieses Kapitel versucht, den Wirtschaftsstandort Österreich im intern., v.a. im europ. Vergleich zu beleuchten. Einleitend wird ein allgemeiner Überblick über Standortfaktoren gegeben und es werden die diesbezüglichen Ressourcen Österreichs hervorgehoben. Die jüngsten Exporterfolge und die starke Verflochtenheit der österr. Wirtschaft mit dem Ausland (Direktinvestitionen, Tourismus, Exportgüter) werden besonders betont. Anstelle längerer textlicher Darstellung sollen viele Graphiken und Tabellen die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, selbst ein Urteil über die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu gewinnen.

#### Zu den Aufgaben

**Seite 66, zu 1**

**A2:** Platzmangel, keine Möglichkeiten zur Expansion, moderne horizontale Betriebsorganisation, Verkehrsanschlüsse, Umweltschutz, Flächenwidmungen usw. Gewerbl. Kleinbetriebe sind kundenorientiert in den Stadtzentren entstanden. Im 19. Jh. siedelten sich Industriebetriebe am damaligen Stadtrand an, der heute durch Stadterweiterung und Suburbanisierung längst überfahren wurde. Entscheidend ist heute der große Flächenbedarf einer auf horizontale Produktionsabfolge ausgerichteten Fabrikation. Gleisanschlüsse und Autobahnnahe sind weitere Standortvorteile.

**Seite 67, zu 2**

**A 1:**

natürliche Vorteile	erworbene Vorteile
Seen, Wälder, Bergwelt, Wasserkraft, landwirtschaftliche Gunstgebiete im Osten, zentrale Lage in Europa	ruhiges Sozialklima, hohes Niveau der Ausbildung, wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen, Patente und Lizenzen (z.B. Allradtechnik, Stahlerzeugungsverfahren)

**A 2:** Die Sachgüterproduktion in Österreich ist sehr exportorientiert. Sie trägt wesentlich zum Wirtschaftswachstum und zur Stabilisierung der Konjunktur bei, vor allem dann, wenn der Konsum im Inland nachlässt. Dadurch wurde die Bilanz des Warenverkehrs (Handelsbilanz) 2002 zum ersten Mal seit langer Zeit positiv (vgl. Kapitel 5.4) und die Exportquote nahm deutlich zu.

**Seite 70, zu 4**

**A 2:** Ein „Steuerwettlauf nach unten“ mit anderen Staaten hat ein sinkendes Steueraufkommen zur Folge, was wiederum Kürzungen bei den Staatsausgaben oder höhere Verschuldung nach ziehen muss. Standortsicherung kann auf lange Sicht gesehen nur über höhere Qualifikation der Arbeitskräfte, mehr Forschung und Entwicklung und über eine Steigerung der Produktivität erreicht werden. Österreich wird nicht in der Lage sein, bei arbeitsintensiven Produkten mit den Billiglohnländern in Osteuropa oder Asien mithalten.

**A 4:**

	Stärken	Schwächen
<b>Landwirtschaft</b>	größter Anteil von Bio-betrieben in Europa, Erzeugung von höherpreisigen Spezialitäten	wenige Chancen für Massenprodukte wie Getreide, Zucker, Mais usw.
<b>Industrie</b>	qualifizierte Arbeitskräfte, flexibler Arbeitsmarkt, hohe Produktivität, viele kleine und mittlere Anbieter von Nischenprodukten	hohe Löhne und Lohnnebenkosten, Überangebot an wenig qualifizierten Arbeitskräften, wenige Chancen für niedrig entlohnte Massenproduktion
<b>Tourismus</b>	vielfältiges Naturpotenzial, hohe Qualität in der höherpreisige Hotellerie und Gastronomie, Thermen- und Städtetourismus, Wintersportmöglichkeiten	Ausstattungs-mängel bei billigeren Quartieren, Abhängigkeit von oft nur einer Saison, teure Arbeitskräfte, zu wenig Fremdsprachenkenntnisse (v.a. für neue Urlauberschichten aus Osteuropa)
<b>Banken und Versicherungen</b>	Mit Fusionen wird versucht, im internationalen Wettbewerb zu bestehen; große Erfolge in Osteuropa	zu viele Filialen, hohe Kosten und geringe Erträge

### 5.2 Landwirtschaft und Agrarmarkt

Obwohl Land- und Forstwirtschaft nur einen sehr geringen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten, sind ihr fünf Seiten im Schulbuch gewidmet. Es soll gezeigt werden, wie wichtig dieser Wirtschaftszweig dennoch für andere Branchen und vor allem für die Umwelt ist und weshalb er politisch und finanziell so stark unterstützt wird. Diese Förderung muss aber im gesamten Zusammenhang mit der EU-Agrarpolitik gesehen werden, ein Aspekt, der auf den Unterricht der 6. Klasse aufbauen kann.

#### Zu den Aufgaben

**Seite 71, zu 1**

**A 1:** „Bauernsterben“: Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, vor allem der Vollerwerbsbetriebe; steigender Anteil der Nebenerwerbsbetriebe; steigender Aufwand für Förderungen und Ausgleichszahlungen verhindern in Summe nicht die Einkommensverluste; die Betriebsgrößen nehmen zu; immer weniger Erwerbstätige erzeugen immer mehr Produkte; die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft für die Gesamtwirtschaft nimmt ab; Zunahme der Waldfläche.

**A 2:** Neben den in Text 1 genannten Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft muss noch das relative Beharrungsvermögen der bäuerlichen Bevölkerung erwähnt werden. Viele Landwirte bewirtschaften als Nebenerwerbsbauern kleine Flächen in ihrer Freizeit weiter, weil sie sich von „ihrem Stück Boden“ nicht endgültig trennen wollen. Volkswirtschaftlich gesehen bietet die Landwirtschaft in dieser Form einen Beitrag zur Einkommenssicherung. Dieses Beharrungsvermögen wird auch als verdeckte Arbeitslosigkeit gesehen: Unqualifizierte, schlecht bezahlte, oft saisonabhängige Arbeit (Pendeln) wird durch landwirtschaftliche Einkommen ergänzt. Diese Menschen sind dann nicht auf einen Vollarbeitsplatz in anderen Wirtschaftssektoren angewiesen.

## Seite 72, zu 2

**A 1:** Um die Ziele der GAP zu erreichen, wurden die Gesetze des freien Marktes weitgehend ausgeschaltet: Der Rat setzte jährlich so genannte Richtpreise für die wichtigsten Agrargüter, vor allem für Milch, Butter, Fleisch, Getreide als wünschenswerte Erzeugerpreise fest. Um zu verhindern, dass bei steigendem Angebot die Richtpreise nicht zu sehr unterboten wurden, garantierte die EU den Bauern Mindestpreise (als **Interventionspreise** bezeichnet), zu denen sie den Erzeugern die Agrarprodukte in unbegrenzter Menge abnahm. Wurde ein Agrarprodukt zu einem Preis in die EU eingeführt, der unter dem Richtpreis lag, wurde ein Zuschlag (**Abschöpfung**) eingehoben. Im Gegenzug wurden Agrarexporte der EU subventioniert (**Erstattung**), um die Preisdifferenz zwischen niedrigen Weltmarkt- und hohen Binnenmarktpreisen auszugleichen.

**A 2:** Folge der Preisschere: Rationalisierungsdruck, Abwanderung, Einkommensverfall, hohe Subventionen.

**A 3:** Die Folgen wären z.B. Massentierhaltung, ökologische Belastungen, Überproduktion, ausgeräumte Landschaften, Entsiedelung, Arbeitsplatzprobleme für die weichen Landwirte u.a.

## Seite 73, zu 3

**A 1:** Klima, innere und äußere Verkehrslage, Höhenlage, Geländeneigung, Naturgefahren.

**A 2:** Beispiele: Naturgefahren, enger und knapper, sensibler Siedlungsraum; Erholungsraum, Waldgebiete als Schutzräume, alpine Tierwelt, Transitraum zwischen Nord- und Südeuropa und West- und Osteuropa.

## Seite 74, zu 4

**A 3:** Beispiele: zu kleine Betriebsgrößen; Mangel an weiträumigen, klimatisch und vom Relief begünstigten Agrarräumen; starke Ausrichtung auf biologisch-kontrollierte Landwirtschaft.

## Seite 75, zu 1 bis 5

**A 1:** Klein- und mittelbetriebliche Struktur, Grünland- und Viehwirtschaft als alternativlose Nutzung des Alpenraumes, hohe Produktionskosten, Überproduktion, Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und Entsiedlung peripherer Räume, Einkommensverluste, hoher Förderbedarf zur Erhaltung von Betrieben und Kulturlandschaft.

## 5.3. Regionale Disparitäten

Unter „regionalen Disparitäten“ versteht man durch verschiedene interne und externe Faktoren bedingte qualitative und quantitative Unterschiede (Ungleichgewichte) hinsichtlich Erwerbsmöglichkeiten, Kaufkraft, Infrastrukturausstattung, der Umweltsituation etc. zwischen Teilräumen einer Volkswirtschaft eines Staates oder eines Großraumes. Sie betreffen die Existenz der dort lebenden Menschen direkt und indirekt und haben, insbesondere beim Auftreten starker Ungleichgewichte, auch gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaft, das Leben und die Politik der gesamten Volkswirtschaft bzw. Großregion. Durch den Marktmechanismus werden regionale Disparitäten nicht reduziert, sondern nur verstärkt. Daraus leitet sich die Notwendigkeit eines regional konzentrierten Einsatzes von raumordnungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ab. Sie müssen allerdings im Rahmen der gesamtstaatlichen und der überstaatlichen Entwicklung gesehen werden.

Im Schulbuch wird im ersten Abschnitt des Kapitels von konkreten Biographien in drei österreichischen Regionen ausgegangen. Sie machen auf Unterschiede im Alltags- und

Berufsleben der betroffenen Personen aufmerksam. Die Beispiele stammen aus einer peripheren entwicklungschwachen Region, einem strukturschwachen alten Industriegebiet sowie einem in den letzten Jahrzehnten prosperierenden Zentralraum. Die Schüler können sie durch persönliche Erfahrungen vielleicht ergänzen. In der darauf folgenden theoretischen Fundierung im zweiten Abschnitt des Kapitels wird das Wesentliche aus den Beispielen herausgehoben.

Im letzten Abschnitt dieses Kapitels sollen die Schüler selbst – anhand verschiedener Indikatoren – regionale Disparitäten im Bundesgebiet ermitteln. Die angegebenen Indikatoren können von der Lehrkraft oder mittels einer Internetrecherche der Schüler ergänzt werden.

## Zu den Aufgaben

### Seite 76, zu 1

**A 1:** K. Kötschach-Mauthen (3 600 Einwohner), H. Hermagor (7 200 Einwohner). V. Villach (57 600 Einwohner). Der Bezirkshauptort von Osttirol ist **Lienz**.

**A 2:** Die Siedlungen liegen überwiegend auf den seit dem Mittelalter gerodeten Terrassenflächen. In den Gräben dazwischen ist der Wald erhalten geblieben. Diese Struktur lässt beim Straßenbau lange Kurven entstehen. Die Straßenentfernung nimmt daher kilometermäßig zu (Ausnahme: Brückenbau).

**A 3:** Blick nach Osten; die Abbildung zeigt das Lesachtal in Kärnten, links die Gailtaler Alpen mit Jauken (2 234 m) und Reißkofel (2 371 m). In der Mitte des Vordergrundes auf einer Terrasse das Dorf Birnbaum und die Kirchsiedlung Kornat.

**A 4:** Daten für die Bevölkerungsentwicklung sind auf [www.statistik.at](http://www.statistik.at) abrufbar (Stichwort: Gemeindedaten). Eine Reihe von thematischen Karten sind ebenfalls auf dieser Seite abrufbar (Ergebnisse – Österreichkarten). Weitere Informationen, besonders zur touristischen Nutzung, findet man unter [www.lesachtal.com](http://www.lesachtal.com), [www.birnbaum-lesachtal.at](http://www.birnbaum-lesachtal.at), [www.naturarena.com](http://www.naturarena.com).

### Seite 77, zu 1 bis 3

**A 6:** K. Kapfenberg (21 900 Ew.), F. Fohnsdorf, (2004: 3 600 Ew., 1991: 9 500, 1971: 12 000), der Glanzkohleabbau erfolgte hier bis 1 130 m unter Tag; Ende der 1970er-Jahre wurde er eingestellt), J. Judenburg (9 700 Ew.). Die Tochter von Karl O. ging nach **Graz** (236 000 Einwohner); S. Salzburg.

**A 9:** Jakob M.: ländliches Peripheriegebiet; Karl O.: alte Industrieregion; Maria F.: dynamischer Zentralraum.

**A 11: Vorteile:** höhere Lebensqualität, z.B. Wohnen (Eigenheim im Grünen und doch nahe der Stadt, besonders für Kinder von Vorteil); weg von der hektischen, lauten, umweltbelasteten und zunehmend unsicheren Stadt; Nähe zur Natur; kindgerechtere Umwelt; dichteres soziales Netz; **Nachteile:** längere Arbeitswege, höhere Kosten (Wohnen, Pkw ...), verminderte Infrastruktur ...

### Seite 78, zu 4

**A 1:** In der Obersteiermark hat die Grundstoffindustrie ihre ehemaligen Standortvorteile verloren, weil die Konkurrenten an günstigeren Standorten (z.B. Küstenstahlwerke, Entwicklungsländer) mit erheblichen Kostenvorteilen (eisenreichere Erze und kostengünstigere Energie, z. T. auch billigere Arbeitskräfte) in der Lage sind, die „alten“ einfachen Massenprodukte preisgünstiger herzustellen.

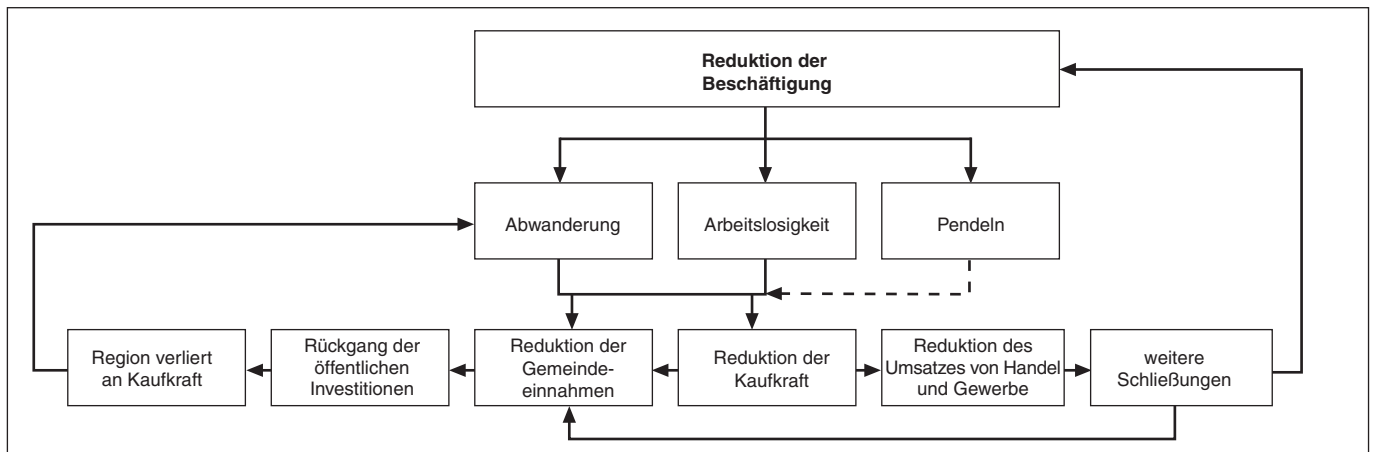


Abb. 3

**A 2: PC** – Computer der ersten Generation (etwa bis 1955) arbeiteten mit Relais und Elektronenröhren. Die zweite Generation (etwa bis 1965) hatte teilweise schon Transistoren, die dritte (etwa bis 1975) verwendete bereits integrierte Schaltkreise. In der vierten Generation kamen die Personalcomputer; 1981 brachte IBM den 8088 mit 64 KByte Arbeitsspeicher auf den Markt. 1993 stellte Intel erstmals den Pentium her; heute tlw. Ablöse durch neue Produktformen wie Tablet oder Smartphone.

**Ski** – ein erstes Holzbrett wurde vor rund 4 500 Jahren in Schweden verwendet, die neuesten Erkenntnisse sprechen von den Chinesen als Entdecker des Skifahrens, Erfindung des Kunststoffskis mit Holzkern in den 1960er-Jahren in Österreich, ab den 1970er-Jahren Ersatz durch Vollkunststoffskis, seit den 1990er-Jahren Herstellung der Carving-Skis und der Snowboards, heute gibt es unterschiedliche Carving-Ski (Race-Carver, Slalom-Carver, SL-Carver ...), neben Carving-Skis gibt es auch – je nach Verwendungszweck – unterschiedliche Spezialskis (Tourenskis, Firngleiter, Mogul-Ski, Twintips, Big Foot ...)

**A 3:** siehe Abb. 3, Seite 22 oben

**A 4:** In der Tourismusgemeinde sind Umsatz- (Kaufkraft) und Benutzerschwelle (Interesse) größer.

## Seite 79, zu 5

**A 1:** Beispiele für eine Interpretation:

**Abb. 79.2:** Das höchste Brutto-Jahreseinkommen findet man in der Region rund um Wien, die niedrigsten Einkommen z.B. in Osttirol, Liezen, Lungau ...

**Abb. 80.1:** Eine Interpretation ist beispielsweise nur für Jänner 2003, aber auch im Vergleich zu Juli 2003 möglich.

**Abb. 80.2:** Die Wanderungsbilanz zeigt eine deutliche Zunahme in den Regionen rund um Wien und um die Landeshauptstädte. Eine negative Wanderungsbilanz haben einige Grenzgebiete in Ober- und Niederösterreich, einzelne Regionen der Steiermark und Kärntens ... Eine stagnierende bzw. nur leichte steigende Einwohnerzahl zeigen die südlichen Bezirke Oberösterreichs und Salzburgs ...

**Abb. 80.3:** Hier sticht besonders die hohe Lebensqualität im Westen Österreichs hervor.

**A 2:** Umweltsituation, landschaftliche Schönheit, Erfüllung spezieller persönlicher Wünsche bzw. Interessen

**A 3:** Auf einer OH-Folie wird eine Österreichkarte (DIN A4) in Teilgebiete eingeteilt (Bundesländer oder mit groben Umrissen in Landschaften, z.B. Südliches Burgenland, Waldviertel, Salzkammergut, Kärntner Seengebiet, Lungau, Vorarlberger Rheintal, Wien und Umgebung, Großraum Linz,

Salzburg, Graz, Unterinntal etc.). Die Einteilung kann vorgegeben sein oder von den Schülern selbst erstellt werden (als topographische Übung). Die individuelle Einschätzung jedes Schülers wird zunächst in Zahlen (1 bis 4) in einer Tabelle an der Tafel angeschrieben, dann werden die Einzelbewertungen für jedes der ausgewählten Gebiete zu einem Klassenergebnis summiert. Für die kartographische Umsetzung sollte eine Legende erstellt werden, die Werte werden danach in die Österreichkarte übertragen. In einer abschließenden Diskussion soll das Ergebnis diskutiert werden, wobei sowohl das Gesamtergebnis als auch die Abweichungen (wenn vorhanden) Thema sein sollten.

**A 4:** Mögliche Themen: Ausbildung, Umgangssprache, Landwirtschaft, Bettenauslastung im Tourismus ... Eine Verbindung zu diversen Wirtschafts- und Lebensbereichen scheint hier sinnvoll.

**A 5:** Eine Anleitung zur Verwendung des Programms finden Sie auf der Homepage des Programms und auch auf [www.hoelzel.at/rwg](http://www.hoelzel.at/rwg). Ein weiteres Tool zur Erstellung von Karten findet man unter [www.oew.ac.at/isr/raumalp](http://www.oew.ac.at/isr/raumalp), wobei hier die Daten bereits vorgegeben sind.

## 5.4 Außenwirtschaft Österreichs

Da eine starke außenwirtschaftliche Verflechtung der österreichischen Volkswirtschaft zu den wesentlichen Charakteristiken derselben zählt, muss sie hier dargestellt werden.

Die Grundpositionen der Zahlungsbilanz (besonders der Leistungsbilanz), die Struktur des österreichischen Außenhandels mit den wichtigsten Handelspartnern haben hier ihren Platz in der Unterrichtsplanung. Um den Umgang mit volkswirtschaftlichen Daten, wie Gesamtrechnung oder Zahlungsbilanz zu erleichtern, sollte von elementarisierenden Vergleichen und Beispielen ausgegangen werden: Mit welchen Leistungen und Zahlungen des täglichen Lebens lassen sich Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalströme der Zahlungsbilanz vergleichen?

Die enge Kapitalverflechtung Österreichs mit dem Ausland kommt nicht nur in den Positionen der Kapitalbilanz zum Ausdruck, sondern umfasst auch einerseits die Auslandsbeteiligungen österreichischer Unternehmen, andererseits das verstärkte Einströmen ausländischen Kapitals in österreichische Unternehmen oder deren Übernahme durch ausländische Eigentümer. Auf Grund dieser Tatsachen hat der GW-Unterricht die Notwendigkeit hoher Internationalität unserer kleinen Volkswirtschaft deutlich bewusst zu machen: Bessere Fremdsprachenkenntnisse, Offenheit für Fragen der Weltwirtschaft und Weltpolitik, Interesse für Probleme der Nachbarstaaten und der wichtigsten Handelspartner.

## Zu den Aufgaben

### Seite 81, zu 1

**A 1:** Im österreichischen Außenhandel dominiert tatsächlich der Nachbarschaftshandel. Dazu müssen die in Abb. 81.1 genannten Staaten hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zur EU und EFTA (jetzt EWR) und ihrer Nachbarschaft zu Österreich analysiert werden: Wie viel exportiert Österreich in die EU, wie viel in die EFTA, wie viel in unmittelbare Nachbarstaaten. Dieselbe Fragestellung gilt auch für den Import.

### Seite 82, zu 2

**A 1:** Österreich ist eines der tourismusintensivsten Länder der Welt. Daher übersteigen die Deviseneinnahmen aus dem Ausländertourismus grundsätzlich die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen. Verläuft die konjunkturelle Entwicklung in Österreich gut, steigen die Devisenausgaben stärker als die Deviseneinnahmen an: Ein Auslandsurlaub (zu Weihnachten, zu Ostern oder in den Sommermonaten) ist dann auf Grund der Reallohnzuwächse für Österreicher leichter zu finanzieren. Der so genannte Deckungsbeitrag der Devisenbilanz zur Bilanz des Warenverkehrs (früher Handelsbilanz) war früher wichtig für die Finanzierung der Warenimporte, ist seit den jüngsten Exportüberschüssen aber nicht mehr so wesentlich.

**A 2:** Allgemeine Konjunktorentwicklung, Konjunktorentwicklung bei den wichtigsten Handelspartnern, Auf- und Abwertung der Währung, Reallohnentwicklung, Inflation, Rohstoffzufuhr, Mitgliedschaft bei Wirtschaftsorganisationen (Zölle), verfügbare Arbeitskräfte u.a.

### Seite 82, zu 3

**A 1:** Eine kleine Volkswirtschaft ist auf den möglichst ungehinderten Kauf von nicht vorhandenen Rohstoffen, Energieträgern, zugekauften Bauteilen für die Sachgüterproduktion und Rechten (Patente, Lizenzen) angewiesen und kann nur bei einem größeren Exportmarkt kostengünstig in größeren Serien produzieren. Auch die Spezialisierung auf Dienstleistungen (Know-how) oder exklusive Kleinserien benötigt ungehinderten Zutritt zum Weltmarkt.

**A 2:** Österreich ist grundsätzlich vom Import von Roh- und Brennstoffen abhängig. Die negative Handelsbilanz im Bereich der Straßenfahrzeuge ist in erster Linie durch den Import von Pkw verursacht, weniger durch den von Nutzfahrzeugen. Im Bereich der übrigen Sachgüterproduktion ist die Handelsbilanz eher ausgeglichen. Verbessert wird sie durch die positive Bilanz im Bereich der nicht aufteilbaren

Leistungen, da beim Export von Sachgütern oft zugleich Montage, Service, Schulung usw. (so genannte produktionsbezogene Dienstleistungen) verkauft werden. Die Erfolge der Exportwirtschaft in den letzten Jahren führten jedoch dazu, dass der negative Saldo der Handelsbilanz wesentlich kleiner ist als in den Jahrzehnten davor.

### Seite 83, zu 4 und 5

**A 1: Linke Waagschale:** Importgüter, Auslandsreisen von Österreichern (kurz Auslandsreisen), Kapitalexport.

**Rechte Waagschale:** Exportgüter, Reisen von Ausländern nach Österreich (kurz Ausländertourismus), Kapitalimport.

**A 2:** Eine ständig passive Leistungsbilanz kann nur durch Kreditaufnahme oder durch eine Verringerung der Währungsreserven (Devisen und Gold der Österreichischen Nationalbank) finanziert werden. Kredite sind aber letztlich zurückzuzahlen, die Zinsen dafür belasten jährlich die Dienstleistungsbilanz. Die Verringerung der Währungsreserven führt schließlich zu einer inflationären Entwicklung.

Eine ständig aktive Leistungsbilanz führt zu einem Zustrom von Devisen, also zu einer Vergrößerung der Geldmenge, der kein entsprechendes Warenangebot am Binnenmarkt gegenübersteht. Daraus können sich inflationäre Tendenzen ergeben, die durch Aufwertung der Währung abgefangen werden können. Der Zufluss an Devisen kann auch in ausländischen Beteiligungen oder Direktinvestitionen (z.B. kauft China Banken, Versicherungen, Autofabriken, Hotels, Wolkenkratzer usw. in aller Welt) angelegt werden.

**Zu Abb. 83.2:** Der Konjunkturaufschwung am Beginn der 1990er-Jahre ließ die Leistungsbilanz deutlich ins Minus rutschen. Es bleibt abzuwarten, ob die gegenwärtigen Sparmaßnahmen und die Erfolge der Exportwirtschaft zu einer nachhaltigen Reduktion des Leistungsbilanzdefizits und zu dauerhaft positiven Leistungsbilanzsalden führen. Die Abbildung zeigt, dass wir uns in den 1990er-Jahren eigentlich mehr geleistet als erwirtschaftet haben. Dieser „Übergenuß“ kann nur durch Kapitalimporte, also auch durch Kredite, ausgeglichen werden.

**A 3:** Die Exportindustrie und die gestiegenen Deviseneinnahmen (pro Ankunft ausländischer Touristen) sind in den letzten Jahren die wichtigsten Stützen des österreichischen Wirtschaftswachstums.

### Seite 84, Lösung zu Tabelle 2

	<b>Aktivierung</b>	<b>Passivierung</b>
Eine österreichische Skifabrik verkauft ihre Erzeugnisse nach Japan.	der Bilanz des Warenverkehrs	
Die Familie Müller in Salzburg erbt 10 000 US-Dollar von einem verstorbenen Onkel in Amerika.	der Transferbilanz	
Ein japanischer Tourist wechselt für seinen Urlaub in Österreich 30 000 Yen in Euro.	der Dienstleistungsbilanz	
Ein österreichischer Importeur bezieht Autos aus Frankreich.		der Bilanz des Warenverkehrs
Ein amerikanischer Autokonzern investiert 100 Mio. Euro in Österreich.	der Einkommensbilanz	
Der ORF muss für die Benützung eines Übertragungssatelliten bezahlen.		der Dienstleistungsbilanz
Herr und Frau König verbringen ihren Urlaub in der Karibik.		der Dienstleistungsbilanz
Der österreichische Finanzminister überweist Kreditzinsen an eine Schweizer Bank.		der Einkommensbilanz
Herr Kaiser erwirbt ein Grundstück auf Mallorca.		der Einkommensbilanz
Auf einer Bank in London wird eine österreichische Anleihe verkauft.	der Kapitalbilanz	
Ein Gastarbeiter überweist einen Teil seines Lohnes in die Türkei.		der Transferbilanz

## Seite 84, zu 5

**A 2:** Taschengeld = Transferbilanz, Modelleisenbahn und Fahrrad = Bilanz des Warenverkehrs, Nachhilfe = Dienstleistungsbilanz, Geld der Großmutter = Kapitalbilanz.

### Zahlungsbilanz des Peter Meierhofer (für einen Monat)

	Einnahmen = Export	Ausgaben = Import	Saldo
Warenverkehr	50 €	60 €	- 10 €
Dienstleistungsbilanz	40 €	40 €	0 €
Transferbilanz	10 €	2 €	+ 8 €
Leistungsbilanz	100 €	102 €	- 2 €
Kapitalbilanz	15 €	0 €	+ 15 €

Seite 84, Lösung zu Tabelle 2: siehe S 23

# 6. UNTERNEHMEN UND BERUFSORIENTIERUNG

## 6.1 Wir gründen ein Unternehmen

Anders als im vorangegangenen Lehrplan, in dem die betriebswirtschaftlichen Inhalte auf die 6. und 7. Klasse verteilt waren, werden diese nunmehr in einem Kapitel der 7. Klasse zusammengefasst und für das wirtschaftskundliche Realgymnasium um das betriebliche Rechnungswesen vertieft. Das didaktische Konzept besteht dabei darin, ein fiktives Unternehmen zu gründen und in den ersten Jahren seines Bestehens betriebswirtschaftlich zu beobachten. Gewählt wurde ein Unternehmen mit Schulbezug: Ein Internetcafé, das die Schülerinnen und Schüler in ihrer Freizeit zur Informationsbeschaffung und Kommunikation im Schulhaus nutzen können. Diese Geschäftsidee ist heute zwar in einem hoch entwickelten Land wie Österreich vielleicht schon veraltet, aber in vielen Entwicklungsländern durchaus noch interessant. Ausgangspunkt für alle weiteren betriebswirtschaftlichen Lerninhalte, indem aus der Idee ein Unternehmen wird, das in anderen Schulen gleiche oder ähnliche Internetcafés einrichtet und betreibt.

Ein Blick in die Fachliteratur zeigt, dass die didaktischen Konzepte für eine solche Vorgangsweise sehr ähnlich sind, d.h. dass folgende Themenbereiche – wenn auch in unterschiedlicher Reihenfolge – anhand eines zu gründenden Unternehmens behandelt werden:

- Geschäftsidee – Business Plan
- Rechtsform
- Organisation
- Leistungserstellung
- Absatz
- Marketing
- Rechnungswesen
- Mitarbeiterführung

Auch eine Betriebserkundung kann Ansatzpunkt für die Erarbeitung der betriebswirtschaftlichen Lerninhalte der 7. Klasse sein. Dabei sollen wesentliche Aspekte der Betriebsführung, der Arbeitswelt aus Arbeitnehmersicht, der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Betrieben beleuchtet werden. Auch hier gilt, dass eine umfassende betriebswirtschaftliche Darstellung nicht möglich ist und auch nicht angestrebt werden soll.

Aus der Beschreibung des Betriebes (des Unternehmens) können alle betriebswirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen

Charakteristika abgeleitet werden und auf induktive Weise zu einem groben Überblick über die Lerninhalte führen. Eine solche Betriebsbeschreibung kann (durch Betrieb oder Lehrer) vorgegeben sein oder von den Schülern als Ergebnis der Betriebserkundung selbst erstellt werden. Sie beinhaltet in der Regel Angaben zur Größe des Unternehmens, zu seiner Rechtsform und den Eigentümerverhältnissen, zur Organisation und zu Maßnahmen, die der Betrieb setzt, um sich auf dem Markt zu behaupten (Innovationen, Investitionen, Marketing), zur Marktsituation (Mitbewerber) für die erzeugten Produkte (gilt auch für Dienstleistungsbetriebe), zur Rolle der Datenverarbeitung und Mikroelektronik im Betrieb, zum Belegschaftsstand und zur Mitarbeiterauswahl, zur Qualifikation der Arbeitnehmer, zu den Lohnformen und den freiwilligen und gesetzlichen Sozialleistungen, zu den wichtigsten Betriebsvereinbarungen und zur innerbetrieblichen Mitbestimmung, zur Entlohnung usw.

## Zu den Aufgaben

### Seite 87, zu 3

**A 1:** Die Schüler können eine Übersicht über die wichtigsten Merkmale der Gesellschaftsunternehmen anfertigen oder die (fehlenden) Angaben in eine vorgegebene Tabelle eintragen (Arbeitsblatt auf der Homepage).

**A 2:** Von oben nach unten

1. Einzelunternehmen, 2. Offene Gesellschaft, 3. Kommanditgesellschaft, 4. Aktiengesellschaft, 5. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Als Ergänzung zu dieser Aufgabe kann eine Interpretation der Abb. 87.1 dienen:

① Erich Pfalz ist ein Einzelunternehmen, im Firmennamen ist kein Hinweis auf Gesellschafter enthalten. Eine stille Gesellschaft ist aber nicht auszuschließen.

② Aktiengesellschaft, deren Firmennamen keinen bürgerlichen Namen enthalten muss.

③ Karl Baum und Co. ist eine OG: Durch den bürgerlichen Namen mit dem Zusatz & Co. handelt es sich um eine Personengesellschaft, die im Falle einer KG jedoch mit KG bezeichnet werden müsste.

④ Demotur ist eine GesmbH, die zugleich der Komplementär in einer KG ist.

⑤ In der F.Raab KG ist Raab der voll haftende Komplementär.

⑥ Müller-Rober ist eine GesmbH, im Firmennamen werden die beiden bedeutendsten Gesellschafter genannt.

**A 3:** Die so genannten „Bestimmungsgründe“ für die Wahl einer Rechtsform bilden zugleich die wesentlichen Unterschiede zwischen den Personen- und den Kapitalgesellschaften:

Finanzierung (Kapitalbeschaffung), persönliche Haftung (voll oder auf die Gesellschaftsanteile beschränkt), Mitsprache und Mitarbeit im Unternehmen (Geschäftsführung), Besteuerung.

**A 4:** a) Kommanditgesellschaft, b) Genossenschaft, c) Stille Gesellschaft, d) Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

### Seite 88, zu 4

**A 1:** Auf der Homepage finden Sie einen Entwurf für ein mögliches Organigramm einer AHS. Dieses Organigramm ist unvollständig und kann von den Schülerinnen und Schülern ergänzt oder (je nach Schulsituation) abgeändert werden.



## Seite 89, zu 5

**A 1:** Bei der Aufbauorganisation einer Schule muss zwischen der Managementpyramide der Lehrer und Schüler unterschieden werden.

Auch die Aufgaben der Schulfachlehrer und die Rolle der Eltern sind mit einzubeziehen.

Auf der Homepage finden Sie eine Kopiervorlage, welche die Bewältigung dieser Aufgabe unterstützt. Die Kopiervorlage wird sowohl ausgefüllt (als Diskussionsgrundlage) oder leer für kreative Partner- oder Gruppenarbeit angeboten.

Beispiele für Ablauforganisation in der Schule: Stunden- und Raumplan, Schularbeits- und Prüfungskalender, Schulveranstaltungen und Sprechstage, Gangaufsichten usw.

### A 2:

	Liniensystem	Funktionssystem
<b>Vorteile</b>	klarer Weisungs- und Berichtsweg, straffer Aufbau, eindeutige Verantwortung	kurze Auftrags- und Informationswege, Spezialisierung und Entlastung der Vorgesetzten, höhere Motivation
<b>Nachteile</b>	lange und schwerfällige Befehlswege, Belastung der oberen Instanzen	Überschneidung von Anweisungen und Verantwortlichkeit

## Seite 90, zu 6

**A 2:** Soziale und ethische Verantwortung sind mittlerweile in vielen Unternehmen Teile der Selbstdarstellung, der Unternehmensstrategie und der Marktpositionierung geworden. In der Regel geht es um Umweltschutz wie Verpackungsmaterial, energiesparende Produktionsweisen, Ressourcenschonung, Sicherheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, Abwasser- und Abluftreinigung, Transport auf der Schiene etc. Auch die Überprüfung der Arbeitsbedingungen in ausländischen Fabriken gehören in diesen Bereich, um Vorwürfen wie Kinderarbeit, Ausbeutung usw. zu begegnen. Auf dem Kapitalmarkt gibt es bereits die Möglichkeit, nur in Aktien nachhaltig wirtschaftender Unternehmen zu investieren.

Informationen finden Sie z.B. auf [www.gruenesgeld.at](http://www.gruenesgeld.at), [www.ecoreporter.de](http://www.ecoreporter.de) oder [www.goodmoney.com](http://www.goodmoney.com).

## Seite 91, zu 7

**A 1: Beschaffung:** Einkauf der PC-Ausrüstung, der Möbel, der Lebensmittel und Getränke.

**Produktion:** Einrichten der Internet-Cafés und der Buffets, Zubereiten der Brötchen und Imbisse.

**Absatz:** Verkauf am Buffet, Werbung für das Internetcafé in der Schule.

**Betriebliche Organisation:** Marketing (Werbung und Bemühen um neue Aufträge), Buchhaltung und Kostenrechnung, Personalverrechnung.

**A 2:** Je größer das Unternehmen wird (je mehr Schulen von Maushuber & Partner ein Netcafé bestellen), umso mehr organisatorischer und kaufmännischer Aufwand entsteht. Ein Überblick über alle Aufwendungen, Kosten, Einnahmen, über die Lohnverrechnung, die Gewinnermittlung ... führt zu mehr Büroarbeit.

## Seite 92, zu 8

**A 1:** Nur eine gut durchdachte Geschäftsidee und ein detaillierter Businessplan werden Geldgeber (Banken, Teilhaber) überzeugen, die Jungunternehmer Maushuber & Partner mit dem benötigten Kapital zu finanzieren. Dabei spielt die

Rechtsform eine große Rolle, da Personengesellschaften auf Grund der persönlichen Haftung der Gesellschafter kreditwürdiger sind als Kapitalgesellschaften. Eine hohe Fremdkapitalfinanzierung hat zur Folge, dass die Eigenkapitalrentabilität auf Grund der Kreditverpflichtungen (welche den Gewinn schmälern) geringer wird.

**A 2:** Die Antwort ergibt sich aus Abb. 92.1

**A 3:** KEG, KG, GesmbH, stille Gesellschaft.

## 6.2 Unselbständig arbeiten in Österreich

Entsprechend dem Verhältnis von 38 unselbständig zu 7 selbständig Erwerbstätigen bei 55 nicht Erwerbstätigen kann angenommen werden, dass die überwiegende Zahl der Schüler künftig ein Arbeitsverhältnis mit einem Arbeitgeber eingeht. Daher versucht dieses Kapitel im Sinne der politischen Bildung einen Beitrag für die Bewältigung künftiger Lebenssituationen zu leisten. Für Schüler, die während der Ferien als Volontäre oder Ferialpraktikanten tätig werden (oder bereits waren), sind entsprechende Hinweise auf Seite 93 in Text 1 enthalten.

Das Kapitel legt die Schwerpunkte auf die Bereiche Arbeitsvertrag, betriebliche Interessensvertretung und Arbeitszeit. Fallbeispiele zum Arbeitsrecht mit großem Alltagsbezug auf der Homepage sollen Einblick in die Notwendigkeit zahlreicher gesetzlicher Regelungen geben. Aus diesem Grund ist dieses Kapitel reichlich mit Textbeispielen ausgestattet, aus denen der Lehrer auswählen kann.

## Zu den Aufgaben

### Seite 93, zu 1

**A 1:** Einem Arbeitsvertrag liegt ein befristetes oder unbefristetes Wirken eines unselbständigen Arbeitnehmers für einen Arbeitgeber zugrunde. Der Arbeitgeber stellt alle Arbeitsmaterialien und -einrichtungen zur Verfügung, der Arbeitnehmer seine Arbeitskraft.

Beim Werkvertrag muss unterschieden werden, ob das vertraglich festgelegte Werk mit den Hilfsmitteln des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers erbracht wird und inwieweit der Arbeitnehmer in einem weisungsgebundenen Arbeitsverhältnis zu seinem Arbeitgeber steht oder ob er auf eigenes Risiko arbeitet. Es geht also letztlich darum, wer für das Gelingen des Werkes die Verantwortung übernimmt (siehe auch unter weitere Informationen).

**A 2:** Die Antwort ergibt sich aus Text 1.

### Seite 94, zu 2

**A 1:** Die Grundlage des Vergleiches kann Abb. 97.1 bilden.

**Arbeitsvertrag:** Die Anmeldung als ordentlicher oder außerordentlicher Schüler entspricht dem Abschluss eines Arbeitsvertrages. Der Schüler unterliegt dadurch allen Rechten und Pflichten des Schulunterrichts- (SchUG) und Schulorganisationsgesetzes (SchOG). Diese Bundesgesetze regeln das Schulleben, so wie Arbeitsverfassung und Kollektivverträge das Arbeitsleben regeln. Die Schulordnung (Hausordnung) einer Schule ist vom Schüler zu beachten. Sie entspricht einer Betriebsvereinbarung in einem Unternehmen.

**Treuepflicht:** § 43 ff SchUG regelt die Pflichten der Schüler: Regelmäßige, persönliche Teilnahme am Unterricht, Pünktlichkeit des Schülers, Mitarbeitspflicht, Verspätetes Eintreffen und Fernbleiben vom Unterricht, Mitnahme der Unterrichtsmittel, Umgang mit Schuleigentum usw.

**Arbeitsleistung** (soweit nicht unter Treuepflicht bereits verglichen): Teilnahme an Schularbeiten, Tests und Prüfungen, an Schulveranstaltungen, Erbringen von Hausübungen usw.

**Lohn, Gehalt:** Recht auf Beurteilung im Sinne von § 20 SchUG ff.

**Fürsorgepflicht:** Die Schule muss die persönliche Sicherheit der Schüler verantworten (Aufsichtspflichten), auf Gefahren (im Schulhaus, auf Schulveranstaltungen) hinweisen und diese abwehren. Auch die Schülerunfallversicherung ist unter diesem Gesichtspunkt einzuordnen.

**A 2:** Eine Grundlage des Vergleiches bietet die Tabelle 1. § 57 ff SchUG regelt die Rechte der Schüler und die Schülermitverwaltung.

Betriebsräte: Klassen- und Schulsprecher, Schülervertreter im Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) haben Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte.

1. Mitwirkungsrechte (Informationsrechte): Anhörung, Informationsrechte, Vorschlagsrechte, Teilnahme an Konferenzen (Ausnahme: Leistungsbeurteilung), Wahl der Unterrichtsmittel.
2. Mitbestimmungsrechte: Anwendung von Erziehungsmitteln (besonders Versetzung, Androhung des Ausschlusses), Mitentscheidung bei Antrag auf Ausschluss.

**Hinweis:** Der SGA ist in seiner Organisationsform und seinen Aufgaben nicht unmittelbar mit der Arbeitnehmervertretung in einem Betrieb vergleichbar. Der SGA ist ein demokratisch legitimiertes, kollektives Entscheidungsorgan, das nach § 64 SchUG Beratungs- und Entscheidungsrechte hat. Solche kollektiven Entscheidungsträger bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern gibt es nicht auf innerbetrieblicher, sondern erst auf kollektivvertraglicher Ebene zwischen den Sozialpartnern.

### Seite 95, zu 3

**A 1:** Tages- und Wochenarbeitszeit, Mindestlöhne (die bezahlt werden müssen), Ist-Löhne (die tatsächlich bezahlt werden und vertraglich höher sind als die Mindestlöhne), Durchrechnungszeitraum (in diesem Beispiel ein Jahr).

Arbeitgeber	Arbeitnehmer
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Preissteigerungen bei Rohstoffen und Energie</li> <li>• letzte Lohnerhöhung</li> <li>• Auftragslage</li> <li>• Wettbewerbssituation</li> <li>• Produktivität</li> <li>• Lohnnebenkosten</li> <li>• Arbeitszeit (Urlaubsregelungen usw.)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbraucherpreisindex</li> <li>• letzte Lohnerhöhung</li> <li>• Konjunktorentwicklung</li> <li>• Progression der Lohnsteuer</li> <li>• Produktivitätszuwachs</li> </ul>

### Seite 97, zu 4

**A 1:** Die Antwort ergibt sich aus dem Kapitelabschnitt im Buch.

**A 2:** Teilzeitarbeit ist vor allem im Dienstleistungssektor verbreitet, besonders in Gesundheits- und Sozialberufen, im Unterrichtswesen, in der Gastronomie und im Beherbergungswesen, bei Leasingfirmen und Realitätenbüros und im Handel.

In der Sachgütererzeugung ist Teilzeitarbeit bei arbeitsintensiver Montage und Fertigung vor allem bei Frauen verbreitet. Insgesamt nahmen 40 % der Frauen, jedoch nur 4 % der Männer Teilzeitarbeit in Anspruch (Angaben für 2005).

**A 3:** Kapazitätsorientierte Arbeitszeit erlaubt dem Handel eine flexible Anpassung der Beschäftigung an die Kundenströme. Arbeit auf Abruf ermöglicht keine Planung regelmäßiger Freizeit, wenngleich zu bestimmten Zeiten (Spätnachmittag, Freitag, Samstag, Weihnachtszeit) vermehrte Arbeitseinsätze bekannt sind.

### Seite 97, zu 5 und 7

**A 1:** Wenn flexiblere Arbeitszeiten nur dazu führen, Überstunden (und damit Überstundenzuschläge) zu beseitigen, werden wohl kaum neue Arbeitsplätze geschaffen. In den meisten Fällen, in denen bisher flexible Formen der Arbeitszeit eingeführt wurden (vgl. Beispiele 1 und 2 in Text 3), konnten Entlassungen von Mitarbeitern vermieden, jedoch kaum neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Sabbatical hingegen schafft solche, weil letztlich für weniger Arbeit weniger Lohn bezahlt wird.

**A 2: Arbeitnehmer:** Die Beschäftigten haben grundsätzlich mehr Freizeit durch Zeitzuschläge und können mehr zusammenhängende Freizeit, so genannte Freizeit-Blöcke, konsumieren. Das Grundeinkommen ist, auch wenn kurzgearbeitet wird, monatlich gesichert. Die Saisonarbeitslosigkeit kann (z.B. in der Bauwirtschaft) eingedämmt werden, die Mitarbeiter haben das ganze Jahr über Beschäftigung. Die Arbeitsplätze werden sicherer, das Risiko von Kurzarbeit wird geringer.

**Arbeitgeber:** Der Faktor Arbeit wird billiger, da die Kapazitäten besser ausgelastet werden können. Die Betriebszeiten (nicht identisch mit den Arbeitszeiten) können erweitert werden (z.B. auch am Sonntag), da sie von der individuellen Arbeitszeit entkoppelt werden. Aufträge werden rascher bewältigt, in schwachen Auftragszeiten kann die Arbeitszeit reduziert werden. Damit erhöht sich in Summe die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens wird gestärkt. Auch die Liquidität (Zahlungsfähigkeit) kann sich verbessern.

**A 3:** siehe unten

PRO	KONTRA
<p>Das Wirtschaftswachstum genügt nicht, die Massenarbeitslosigkeit spürbar zu senken. Die technologische Entwicklung ermöglicht die Produktion mit immer weniger Beteiligten. Die AZV wird die Betriebe, vor allem die florierenden Großkonzerne zwingen, die Arbeit auf mehr Beschäftigte aufzuteilen. Nur so können Zuversicht und Kaufkraft der Bevölkerung gesichert und erhöht, Armut und Gewalt eingedämmt werden. Was der Staat an Subventionen ausgibt (damit die Betriebe trotz ABZ den Mindestlohn nicht reduzieren), spart er durch weniger Arbeitslosengeld und mehr Lohnsteuer. Die Gewerkschaften fordern: 35-Stunden Normalarbeitszeit, festgehalten in einem Generalkollektivvertrag. Mehr als 1 Million Arbeitnehmer arbeiten bereits jetzt kollektivvertraglich weniger als 40 Stunden.</p>	<p>Die 35-Stundenwoche wird mehr Arbeitsplätze vernichten als neue schaffen. Bleiben die meisten Löhne gleich, bedeutet das de facto eine massive Lohnerhöhung und somit einen dramatischen Wettbewerbsnachteil gegenüber Niedriglohnländern. Die Unternehmen, die daran nicht zugrunde gehen, werden versuchen, die teuer gewordenen Arbeitskräfte durch Produktivitätszuwächse zu ersetzen. Kompensieren hingegen die öffentlichen Subventionen die erhöhten Lohnkosten, kommt es zu höherer Steuerbelastung. Gehaltsabstriche für Besserverdiener können Arbeitseinsatz und Inlandsnachfrage schwächen. Die Arbeitgeberverbände fordern: Wenn AVZ, dann nicht mit vollem Lohnausgleich, keine gesetzliche Regelung, sondern einzelne Betriebsvereinbarungen, lieber Flexibilisierung der Arbeitszeit, bessere Auslastung der Maschinen (24-Stunden-Tag, 7-Tage-Woche).</p>

**A 4:** Arbeitsverfassung, Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen regeln die Arbeitswelt für alle oder viele Arbeitnehmer (kollektives Arbeitsrecht). Im Arbeitsvertrag werden darüber hinaus individuelle Regelungen getroffen. Grundsätzlich aber gilt: Individuelle Regelungen dürfen den Arbeitnehmer nicht schlechter stellen, als durch kollektive Regelungen vorgesehen. So ist z.B. eine freiwillige (im Arbeitsvertrag vereinbarte) 42-Stunden-Normalarbeitszeit nicht zulässig.

Im Rahmen der Gesetzgebung haben die Kammern als gesetzliche Interessensvertretungen Begutachtungsrecht. Üblicherweise werden alle arbeits- und sozialrechtlichen Anliegen im Konsens beschlossen.

Im Rahmen der Kollektivverträge besteht die so genannte Tarifautonomie: Handelskammern und Gewerkschaften verhandeln autonom (ohne Einfluss durch Staat und Regierung).

Im Rahmen der Arbeitsgerichte werden Streitfälle sozialpartnerschaftlich verhandelt: Einem unabhängigen Richter sitzen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Seite.

**A 5:** Dienstleistungsberufe eignen sich nicht für Akkordarbeit. Dies gilt besonders für persönliche Dienstleistungen wie z.B. Arzt, Krankenschwester, Lehrer usw. Arbeitsvorgänge, die sich nicht durch Automation rationalisieren lassen, sondern individuell erbracht werden, können nicht getaktet und gegen Stücklohn bezahlt werden.

**A 6:** Der Arbeitnehmer kann selbst seine Belastung und sein Einkommen beeinflussen und steuern. Der Arbeitgeber muss bei Akkordarbeit mit Qualitätsverlust rechnen, trägt aber beim Zeitlohn das Produktivitätsrisiko.

## 6.3 Die Arbeitswelt verändert sich

Dieses Kapitel zeigt, wie sich Arbeitsbedingungen, Qualifikationsanforderungen und Nachfrage nach bestimmten Berufen verändern. Im Zusammenhang mit den bisherigen wirtschaftskundlichen Abschnitten soll es ein abgerundetes Bild der derzeitigen Entwicklung in der Arbeitswelt bieten und den Schülerinnen und Schülern Einblick geben in Prozesse, die sie selbst unmittelbar betreffen werden. Im WIKU-Realgymnasium wird empfohlen, diese Darstellungen mit den Materialien in Kapitel 6 zu verknüpfen.

### Zu den Aufgaben

#### Seite 99, zu 1

**A 1:** Die Antwort ergibt sich aus dem Text „Gefragte Jobs im 21. Jahrhundert“.

**A 2:** Um 1900 (Hochindustrielle Phase): Viele wenig qualifizierte Arbeitskräfte bestimmen die Berufswelt in der Industriegesellschaft. Die Fließfertigung in der Sachgüterproduktion tritt ihren Siegeszug an.

Um 1990 (Spät- und postindustrielle Phase): Immer mehr Berufe im Bereich der Organisation und Verwaltung (tertiärer Sektor) bestimmen die Arbeitswelt. Der produzierende Sektor trägt zur Wertschöpfung bereits weniger bei als der Dienstleistungssektor. Besonders deutlich wird dies im Bereich der produktionsbezogenen Dienstleistungen.

Um 2050: Die Möglichkeiten der Mikroelektronik lassen ein weiteres Schrumpfen der niedrigen Qualifikationen zu. Berufe mit mittleren und höheren Qualifikationen bestimmen die Arbeitswelt.

#### Seite 99, zu 2 und 3

**A 1 und A 2:** Die Beispiele im Schulbuch geben Einblicke in konkrete Veränderungen der Arbeitswelt durch die Mikroelektronik. Aus den Bereichen Fertigung, Verwaltung, Handel und Personalwesen.

Auf der Homepage wird mit einer Kopiervorlage verdeutlicht, dass Bildschirmarbeitsplätze bei der Veränderung der Arbeitswelt nur die „Spitze eines Eisberges“ bilden.

#### Seite 100, zu 4

**A 1:** Die Zunahme der atypischen Beschäftigung geht zu Lasten von Vollzeitarbeit. Regelmäßige und sichere Vollzeitarbeitsplätze ermöglichen den Arbeitnehmern eine klare Einkommensplanung, Zeitplanung und Absicherung ihrer sozialen Lage. Gefordert wird die volle sozialrechtliche Gleichstellung der atypischen Arbeit mit Vollzeitarbeit, um die Arbeitnehmer im Krankheitsfall, bei Unfall, Arbeitslosigkeit und im Alter abzusichern.

**A 2:** Junge Arbeitnehmer sind flexibler als ältere, häufiger Jobwechsel wird von vielen Jüngeren als Abwechslung und als Chance begriffen. Im Handel, in der Gastronomie, im grafischen Gewerbe, in der IT-Branche sind atypische Beschäftigungsverhältnisse besonders häufig.

**A 3:** Von einer geringfügigen Beschäftigung alleine kann niemand leben. Wenn kein Partnereinkommen vorhanden ist, bleibt bloß die Suche nach weiteren derartigen Arbeitsverhältnissen, die dann zeitlich aufeinander abgestimmt werden müssen.

Die Arbeitgeber behaupten, dass die Nachfrage nach Teilzeitjobs bei Frauen sehr groß sei, um Familie und Beruf besser zu vereinen. Viele der betroffenen Frauen hingegen argumentieren, dass, obwohl gewünscht, für bestimmte Arbeitsplätze gar keine Vollzeitjobs angeboten werden und zu bekommen sind.

## 6.4 Matura – was nun?

Mit diesem Kapitel soll den Schülern ein erster Einblick in Berufswahl und Ausbildungsmöglichkeiten gegeben werden. Auch der finanzielle Aspekt wird dabei aufgegriffen. Mit den Inhalten dieses Kapitels soll den Schülern aber auch eine Art Hilfestellung und Anstoß für ihre weiteren Überlegungen gegeben werden.

Die Aufgaben in diesem Kapitel zielen alle in die Richtung Selbsterkundung und Selbsttätigkeit der Schüler ab. Es sind Fragen, die sich größtenteils nur auf persönlicher Ebene beantworten lassen.

## 7. ZUR ERWEITERUNG UND VERTIEFUNG

Der österreichische Binnenmarkt soll charakterisiert werden: Seine Kleinheit ist dabei nicht das einzige Hauptmerkmal. Je nach Branche verschieden gibt es eine Fülle weiterer Merkmale: Angebots- und Nachfragemonopole und -oligopole, offener und beschränkter (geschützter) Wettbewerb, Kartelle und andere marktregulierende Maßnahmen, Förderung des Konsums österreichischer Produkte, der österreichische Markt als Markt für ausländische Unternehmen (Konzerne, Handelsketten). Diese Merkmale können wiederum nur an einzelnen Beispielen dargestellt werden. Tagespolitisch relevante Vorgänge können Anlass zur Diskussion österreichischer Marktverhältnisse sein. Es können aber auch einige Branchen, die das Interesse der Schüler ansprechen,

herausgegriffen und deren Markt besprochen werden: z.B. Zweiradsektor, Elektronikmarkt, Getränkemarkt, Telekommunikation (Handytarife) u.a.

Die Lernziele zum Bereich „Konsumentenerziehung“ und „Konsumentenschutz“ sind im derzeitigen Lehrplan (im Gegensatz zum Lehrplan 1989 bis 2003) nicht mehr vorgesehen. Angesichts der Bedeutung des Faches GW für politische Bildung bieten wir aber auf der Homepage Material zu diesen Themen an, für die in erster Linie im wirtschaftskundlichen Realgymnasium oder im Wahlpflichtfach Unterrichtszeit zur Verfügung stehen könnte.

## 7.1. Der österreichische Binnenmarkt

### Zu den Aufgaben

Seite 104, zu 1

**A 1:** Kaufkraftunterschiede ergeben sich einerseits aus dem unterschiedlichen Lohnniveau, andererseits aus dem unterschiedlichen Preisniveau in den einzelnen Regionen Österreichs. Branchen mit hoher Wertschöpfung (Dienstleistungssektor in Wien und Salzburg) und die hightech- und exportorientierte Sachgüterproduktion (Vorarlberg) können hohe Löhne und Gehälter bezahlen. Der starke Anteil der Landwirtschaft (Burgenland) oder der Strukturwandel in der Eisen- und Stahlindustrie (Obersteiermark) sind Ursachen der niedrigen Kaufkraft im Südosten Österreichs. Die Ballungsräume haben grundsätzlich eine höhere Kaufkraft als periphere Gebiete. Ebenfalls hohe Kaufkraft haben die Umlandgemeinden in der Nähe der Bundeshauptstadt und der Landeshauptstädte (Zuzugsgebiete, umgangssprachlich als „Speckgürtel“ bezeichnet).

**A 2:** Für Raumordnungsmaßnahmen (Bedarf nach Einkaufszentren), für Standortwahl im Einzelhandel, für Werbung und Marketing.

Seite 105, zu 3

**A 1:** Die Vereinigung „Made in Austria“ ist eine Einrichtung der Sozialpartner (vgl. dazu Kapitel 3.2). Ein Gang durch ein Einkaufszentrum zeigt viele Produkte, deren Verpackung, Gebrauchsanweisungen oder Etiketten die Plakette mit dem „A“ aufweisen. Ziel der Organisation ist auch, einen Beitrag zur Verringerung des Handelsbilanzdefizits (vgl. Kapitel 1.2) zu leisten.

**A 2:** Marktsättigung ist erst dann gegeben, wenn über 90 % der Haushalte mit bestimmten elektronischen Geräten versehen wären. Der Markt würde dann stagnieren, es bestünde dann nur noch Ersatznachfrage zum Austausch alter Geräte durch neue, wie das z.B. bei Kühlschränken schon länger der Fall ist.

Wachsende Märkte sind derzeit z.B. Smartphones, elektronische Spielwaren, Bau- und Bastelmaterial für den Do-it-yourself-Bereich, Wohnungsausstattungen, Mountainbikes, u.a.

Seite 106, zu 4

**A 2:** Betroffen sind periphere Regionen, ältere und wenig mobile Menschen, junge Familien ohne Auto. Gegenmaßnahmen: Mobile Lebensmittelhändler oder Postämter fahren unversorgte Ortschaften an, innerstädtische Geschäftsstraßen bilden Kaufmannsgemeinschaften mit gemeinsamen Aktivitäten wie Werbung, gleiche Öffnungszeiten, Sonderaktionen usw. Die Raumplanung kann das Entstehen von immer mehr Shoppingcenter auf der grünen Wiese regulieren.

**A 3:** Shoppingcenter sind Freizeitzentren, Einkaufen wird zur Freizeitgestaltung mit Besuch von Kino, Disko, Fitnesscenter und Gastronomiebetrieben. Sie bringen Verkehrsprobleme, Landschaftsverbrauch, Greißlersterben und Konkurrenz für innerstädtische Geschäfte.

## 7.2 Die gewerbliche Wirtschaft

### Zu den Aufgaben

Seite 107, zu 1

**A 2:** Die Aufgabe kann gelöst werden, indem für gewerblich/handwerkliche Erzeugung ein G und für industrielle Produktion ein I in folgende Übersicht eingetragen wird.

<input type="checkbox"/> Gütererzeugung	<input type="checkbox"/> große, unbekannte Käuferschicht
<input type="checkbox"/> Gütererzeugung erfolgt nach Maß	<input type="checkbox"/> viele angelernte Arbeitskräfte
<input type="checkbox"/> Kleinbetriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern	<input type="checkbox"/> Massenproduktion
<input type="checkbox"/> Erzeugung auf Bestellung	<input type="checkbox"/> Kunde bekannt
<input type="checkbox"/> Fließbandproduktion	<input type="checkbox"/> geringe Arbeitsteilung
<input type="checkbox"/> Lehrling, Geselle, Meister	<input type="checkbox"/> weitgehende Arbeitsteilung oder Arbeitszerlegung
<input type="checkbox"/> Werkmeister, Abteilungsleiter, Geschäftsführer, Direktor	<input type="checkbox"/> Facharbeiter und Führungskräfte

**A 3:** Franz verwendet den Begriff „Firma“ für den Namen des Unternehmens, unter dem dieses z.B. im Telefonbuch verzeichnet ist. „Unternehmen“ verwendet er als Sammelbegriff, weil die Firma Maier über vier Produktionsstätten, also über mehrere „Betriebe“ verfügt.

Seite 108, zu 1

**A 1:** Nach Abb. 108.1 beträgt die mittlere Betriebsgröße rund 5 Mitarbeiter. Die Größe eines Betriebes kann auch noch durch den Umsatz angegeben werden.

**A 2:** In Österreich konnten sich aus historischen Gründen nur wenige Großbetriebe (Konzerne) entwickeln. Nach beiden Weltkriegen fehlte dafür privates Kapital. Die Verstaatlichung wichtiger Grundstoffindustrien nach 1945 ist unter anderem auch aus dieser Tatsache heraus zu erklären und legte den Grundstein für das gemischtwirtschaftliche System, in welchem der Staat viele Jahrzehnte lang als Großunternehmer auftrat.

**Vorteile der KMU:** Flexibilität in der Produktion, Anbieter in Marktnischen, hohe Spezialisierung, weniger abhängig vom Ausland.

**Nachteile:** Kapitalmangel, Probleme bei der Betriebsübergabe, hohe Kosten bei Einzelfertigung oder Kleinserien, abhängig vom Binnenmarkt.

Seite 109, zu 3

**A 1:** Die Tabelle zeigt den für ältere Industriestaaten typischen Trend zur „Entindustrialisierung“: Der Anteil der in der Sachgüterproduktion Beschäftigten nimmt ab. Dieser Strukturwandel wird besonders im Bereich der Grundstoffindustrie (Bergwerke, Eisenhütten) und der Textilindustrie deutlich. Nur in der stark exportorientierten Maschinen- und Metallwarenindustrie wurden neue Arbeitsplätze geschaffen. Nach einem Aufschwung in den 2000er-Jahren verliert inzwischen die Elektroindustrie wieder Arbeitsplätze. Ursachen dafür sind einmal starke Rationalisierungsmaßnahmen in

der kapital- und anlageintensiven Grundstoffproduktion, zum anderen die Stilllegung von Kapazitäten unter internationalem Wettbewerbsdruck in der Textilbranche.

**A 2:** Eine Kopiervorlage auf der Homepage bietet die Möglichkeit, sich mit den Industrieräumen Österreichs auseinander zu setzen (Industriestruktur) und topographische Kenntnisse (Bezeichnung von Wirtschaftsräumen) zu üben. **Rot:** Eisen- und Metall erzeugende und Metall verarbeitende Industrie; **Blau:** Textil- und Bekleidungsindustrie; **Gelb:** Holz verarbeitende Industrie und Papierindustrie.

#### Standortfaktoren:

**Vorarlberg:** Entwicklung der Textilindustrie aus der Heimindustrie des 19. Jh. in einer kleinbäuerlichen Struktur (vgl. Schweiz). Inzwischen ist die Dominanz der Textilbranche zugunsten vieler anderer Branchen verloren gegangen: Ihr Anteil an der industriellen Wertschöpfung Vorarlbergs beträgt weniger als 50%. **Waldviertel:** Entwicklung wie in Vorarlberg, jedoch ohne nennenswerte Gründung neuer Industriezweige. **Oberösterreichischer Zentralraum und Vöckla-Ager-Furche:** Industrialisierung durch Gründung von Großbetrieben in der nationalsozialistischen Ära, Aufschwung durch Gründung zahlreicher weiterverarbeitender und zuliefernder Betriebe. Die Lage in der US-amerikanischen Besatzungszone bis 1955 begünstigte diese Entwicklung. **Traisental:** Aus der Kleiseisenindustrie (Eisenwurz) vergangener Jahrhunderte entwickelten sich viele kleine und mittlere eisen- und Metall verarbeitende Betriebe an den Flüssen der walddreichen (Holzkohle) Voralpen. **Wien und südliches Wiener Becken:** Die Flussläufe der feuchten Ebene waren die Basis für das älteste Industriegebiet Österreichs (Anfang 18. Jh.) und Standorte für die ersten Textilmanufakturen. Dazu kam im 19. Jh. die Ausdehnung der Eisen- und Metallindustrie aus der Obersteiermark über dem Semmering: Steirisches Erz und böhmische Kohle trafen einander in der trockenen Ebene des Wiener Beckens. **Mur-Mürz-Furche:** Durch die Lage des Erzberges Entwicklung wie in der Eisenwurz, aber Entstehen von Großbetrieben in Donawitz, Kapfenberg, Bruck usw. in den breiten Tallagen (Flächenbedarf) von Mur und Mürz.

#### Seite 110, zu 3

**A 1:** Geschlossenes, rasterförmig aufgeschlossenes Areal am Rand oder in der Nähe von Ballungsgebieten, Verkehrsanschlüsse, Hilfestellungen durch die öffentliche Hand, Betriebsneugründungen und -übersiedlungen, relativ einheitliche Architektur der Industriegebäude, keine „rauchenden“ Industrien, moderne Entsorgung usw.

**A 2:** Hilfestellung bei Betriebsgründung, Übersiedlung und Finanzierung, Verkehrsgunst, Gebäudeleasing (Miete von Betriebsräumen), infrastrukturelle Einrichtungen.

**A 3:** Betriebe bedeuten für die Gemeinden Steuereinnahmen und Arbeitsplätze. Der Handel profitiert von Umsätzen, welche die Arbeitnehmer am Arbeitsort tätigen. Gemeinden ohne Betriebe können zu Auspendlergemeinden werden, Steuern und Kaufkraft kommen anderen Gemeinden zugute, junge Menschen wandern ab, die ältere (nicht mehr erwerbstätige) Bevölkerung bleibt zurück.

#### Seite 112, zu 5 und 6

**A 1:** Die Antwort bezieht sich auf unternehmerische Argumente.

positive Faktoren	negative Faktoren
sozialer Friede	hohe Löhne
wenige Streiks	hohe Steuern
gut ausgebildete Mitarbeiter	hohe Lohnnebenkosten
flexibler Arbeitsmarkt	oft schlechte Verkehrsanbindung
hohe Arbeitsproduktivität	hohe Umweltauflagen

## 7.3 Tourismus – wichtig für Österreich

Entsprechend der Bedeutung dieses Sektors für die Gesamtwirtschaft ist dem Tourismus ein eigenes Kapitel gewidmet. Dabei steht die gesamtwirtschaftliche Bedeutung im Vordergrund. Bei der Unterrichtsplanung können aber die Inhalte dieses Kapitels gleich mit regionalen Tourismusfragen verknüpft werden, um das Thema „Tourismus“ umfassend darzustellen. Die bei den Aufgaben angegebenen Internetadressen helfen dabei.

### Zu den Aufgaben

#### Seite 113, zu 1

**A 1:** Unter Tourismusintensität versteht man alle einwohnerbezogenen Fremdenverkehrsdaten oder alle Daten, die den Anteil des Fremdenverkehrs an der Gesamtwirtschaft zeigen. Österreich ist so gesehen ein „Tourismus-Riese“ und gilt als erstes Fremdenverkehrsland der Welt.

In absoluten Größen gemessen ist die Tourismuswirtschaft z.B. in Italien, Spanien oder Frankreich sehr groß. Relativ gesehen (also als Teil der Gesamtwirtschaft) hat der Tourismus in kaum einem anderen Land einen so großen gesamtwirtschaftlichen Stellenwert wie in Österreich. Österreich am nächsten kommt in dieser Hinsicht noch die Schweiz.

**A 3:** Kriterien für die Atlasarbeit können sein: Größe der Tourismusgemeinden (Zahl der Übernachtungen), Anteile der Saisonen; Verteilung der Ausflugsgebiete, des Städtetourismus, der Sehenswürdigkeiten, der Thermen. Je nach Atlaskarte weitere Kenndaten, wie z.B. Verhältnis der Bettenzahl zu den Einwohnern usw.

#### Seite 114, zu 2 und 3

**A 1:** Der Tourismus zählt zum tertiären Sektor der Wirtschaft. In diesem ist in der Regel die Wertschöpfung größer als im primären oder sekundären Sektor. Der Tourismus löst eine starke Nachfrage nach heimischen Dienstleistungen (Beispiel Hallenbad, Schischule), Sachgütern (Beispiel Wintersportgeräte) und landwirtschaftlichen Produkten und Lebensmitteln (Beispiel Bäckereiwaren) aus.

(siehe Abb. 4, Seite 30)

**A 2:** Mangel an bestimmten Fachkräften (z.B. Köche), fehlende Bereitschaft für den Wechsel in andere Bundesländer (Ost-West-Problematik) und saisonell bedingter Mangel an Personal, familienfeindliche Arbeitszeiten, viele Arbeitsplätze für nicht qualifiziertes Personal, im Mittel geringe Entlohnung, hohe Belastung in Spitzenzeiten – aber saisonelle Arbeitslosigkeit.

#### Seite 115, zu 4 und 5

**A 1:** Früher war die Steigerung der Nächtigungszahlen und der Betten ein bejubelter Erfolg in diesem Wirtschaftszweig. Viele Gäste belasten aber Umwelt und Infrastruktur. Der Teufelskreislauf des Massentourismus war besonders im

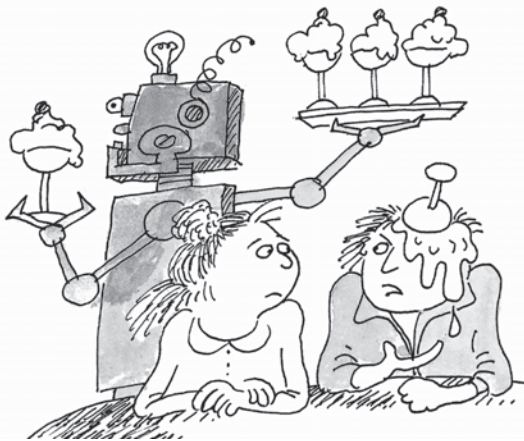


Abb. 4: „Diese Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im Dienstleistungssektor öden mich echt an.“

Winter zu beobachten: Lange Warteschlangen bei den Skiliften erforderten einen Ausbau der Kapazitäten, diese eine Verbreiterung der Pisten. Dieses Angebot lockte wiederum mehr Gäste in den Ort, woraus sich wiederum Warteschlangen ergaben usw. Dies kann nur durch die Hinwendung zum Qualitätstourismus verhindert werden. Im Tourismus hat ein Umdenken eingesetzt: Österreich will und soll nicht mit touristischen Billigländern konkurrieren.

**A 2:** Der Fremdenverkehr galt viele Jahrzehnte als Wachstumsbranche, aber zugleich als sehr konjunkturabhängig. Bei der relativ einseitigen Ausrichtung auf den Gast aus Deutschland ist die deutsche Konjunkturentwicklung entscheidend. Aber auch politische Hintergründe (z.B. die Flugangst nach Kriegen, Abstürzen, Entführungen, Anschlägen) können zu einem plötzlichen und unerwarteten Ausbleiben der Gäste führen. Damit steigen die Risiken der Fremdfinanzierung stark an. Auch klimatische Risiken (regenreiche Sommer, schneearme Winter) lassen den Tourismus als sensible Branche erscheinen. Die Breite des Angebots, die Qualität des touristischen Services und nicht zuletzt Wechselkursänderungen beeinflussen die Nächtigungszahlen ebenso.

**A 3:**

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus	
<u>für das BIP:</u> Beitrag des Tourismus einschließlich Tagesaufzüge 15 %	<u>für die Leistungsbilanz:</u> Beitrag zur Deckung des Außenhandelsdefizites und zu einer ausgeglichenen Leistungsbilanz
<u>für die Einkommen:</u> Einkommenstransfer Stadt-Land, von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft	<u>für die Wertschöpfung:</u> bedeutender Auftraggeber für inländische Gewerbe- und Industriebetriebe (bestes Beispiel: der Bäcker im Ort)
<u>für den ländlichen Raum:</u> Erhaltung bäuerlicher Erwerbsmöglichkeit, dadurch Pflege der (alpinen) Kulturlandschaft, Abwanderungsstopp	<u>für die Infrastruktur:</u> öffentliche (Straßen, Wasser, Kanalisation, Telefon, Bäder) und private (Geschäfte, Restaurants, Lifte) Einrichtungen auch für die ansässige Bevölkerung

## 7.4 Bank- und Versicherungswesen

Im Gegensatz zum alten Lehrplan 1989 bis 2004 stehen nicht mehr Geldwesen, Bankgeschäfte, Kapitalmarkt und

Notenbank im Blickpunkt des Kapitels, sondern der Bereich Vermögensverwaltung als gesamter Wirtschaftszweig, also das Bank- und Versicherungswesen als Ganzes. Die erstgenannten Inhalte wurden im Lehrplan in die 8. Klasse verlegt und sind daher in RGW 8 als Ergänzungsinhalte für das wirtschaftskundliche Realgymnasium oder für das Wahlpflichtfach zu finden.

## Zu den Aufgaben

Seite 117, zu 2

**A 1:** Die OeNB hat als Folge der europäischen Währungsunion ihre währungspolitische Autonomie zum Teil an der EZB (Europäische Zentralbank) in Frankfurt verloren. Diese trifft alle grundlegenden Entscheidungen. Dennoch verbleiben bei den nationalen Notenbanken wesentliche Aufgaben. Die OeNB

- hat das alleinige Recht, Banknoten und Münzen auszugeben sowie Geldumlauf und Geldschöpfung zu regeln;
- muss auf die Stabilität der Währung und den Ausgleich der Zahlungsbilanz achten;
- bietet den Banken Tender an. Dabei versteigert sie Darlehen an Banken. Je nach Höhe der dafür verlangten Zinsen werden sich die Banken mehr oder weniger Geld bei der OeNB leihen. Somit gibt die OeNB Leitzinsen vor, nach denen die Banken alle ihre Geschäfte kalkulieren;
- darf keine Kredite an Bund, Länder oder Gemeinden vergeben;
- verwaltet die Devisenreserven.

**A 2:** Kredite in Währungen jener Staaten, deren Zinsniveau deutlich niedriger ist als das österreichische, führen zu weniger Kosten. Doch der Zinsgewinn kann durch unerwartete Wechselkursgewinne dieser Währungen mehr als wettgemacht werden, sodass in Summe der Kredit gegenüber einem Eurokredit teurer kommt.

Seite 118, zu 3

**A 1:** Die Versicherten bilden mit ihren Beitragszahlungen (Sozialversicherung) und Prämien (Privatversicherung) eine Risikogemeinschaft. Der Versicherte ist damit für den Fall der Bedürftigkeit anspruchsberechtigt. Das Risiko wird auf viele Personen verteilt, einige erhalten die zugesicherten Leistungen.

**A 2:** Die Antwort ergibt sich aus Abb. 118.1.

**A 3:** Angesichts der demographischen Entwicklung und der zunehmenden Kosten im Gesundheitswesen und bei den Pensionskassen fördert der Staat die private Vorsorge, indem Prämien für privat abgeschlossene Versicherungen steuermindernd wirken.

## 7.5 Betriebliches Rechnungswesen

Dieses Kapitel vertieft die in Kapitel 6.1 nur ansatzweise vermittelten Begriffe und Zusammenhänge.

Jede erfolgreiche Betriebsführung verlangt nach klaren Entscheidungsgrundlagen. Diese zu liefern ist eine der Aufgaben des betrieblichen Rechnungswesens. Aus diesem Aspekt heraus sollen seine Grundzüge hier behandelt werden.

Wer Bilanzen „lesen“ kann, erhält tiefe Einblicke in die Situation eines Unternehmens. Mit so genannten Bilanzkennzahlen kann ein Unternehmen analysiert und bewertet werden.

Bestimmte Positionen der Bilanz werden miteinander verglichen, um die finanzielle Lage besser zu erfassen.

Bei jeder unternehmerischen Tätigkeit muss gefragt werden, wie wirtschaftlich der Einsatz der Produktionsfaktoren ist. Vergleicht man das eingesetzte Kapital mit dem erzielten Gewinn, erhält man die Rentabilität eines Unternehmens. Dies entspricht gleichsam der Verzinsung der eingesetzten Geldmittel durch die unternehmerische Tätigkeit.

Ehe ein Unternehmen bilanziert, muss die Buchhaltung auf dem Gewinn- und Verlustkonto die Aufwendungen den Erträgen gegenüberstellen. Hier können einfache Beispiele (aus Geschäftsberichten oder veröffentlichten Bilanzen entnommen) die Grundpositionen verdeutlichen. Auf der Homepage finden Sie ein Beispiel, das dem Schema der Abb. 119.1 entspricht. Die Bilanz soll nicht nur Einblicke in kaufmännische Kontoführung geben, sondern auch wie Abb. 120.1 zu Analysen anregen.

Die Frage nach der Finanzierung des Unternehmens und seiner Investitionen ist eine weitere wesentliche unternehmerische Grundsatzentscheidung. Sie wurde bereits in Kapitel 6.1 angeschnitten. Die Grundformen Innen- und Außenfinanzierung, Selbst- und Fremdfinanzierung sind Voraussetzung für das Verständnis investitionspolitischer Entscheidungen. Zum Thema Investitionen finden Sie Materialien auf der Homepage, z. B. welche kaufmännischen Überlegungen für oder gegen diese Investition sprechen. Zugleich taucht die Frage nach der Rentabilität dieser Investition auf: Wie kann der Erfolg am eingesetzten Kapital gemessen werden?

Der Kostenbegriff ist einer der zentralen Begriffe im kaufmännischen Denken. Deshalb sollen von den Schülern die Zusammenhänge zwischen fixen und variablen Kosten ebenso erkannt werden wie progressive oder degressive Kostenverläufe.

## Zu den Aufgaben

### Seite 120, zu 3

#### A 1:

Aktiva		Passiva	
Grundstück	130 000,-	Eigenkapital	800 000
Bürogebäude	320 000,-		
Maschinenhalle	200 000,-		
Maschinen	350 000,-	Eigenkapital	<b>800 000,-</b>
Anlagevermögen	1 000 000,-		
Material	50 000,-	Fremdkapital	300 000,-
Bankguthaben	70 000,-	Verbindlichkeiten	93 000,-
Bargeld	3 000,-		
Forderungen	150 000,-		
Umlaufvermögen	273 000,-	Fremdkapital	393 000,-
		Gesamtkapital	1 193 000,-
Gesamtvermögen	1 273 000,-	Gewinn	80 000,-
	<b>1 273 000,-</b>		<b>1 273 000,-</b>

Rentabilität des Eigenkapitals rund 3,7 %, das liegt über den Basiszinssätzen für täglich fällige Spareinlagen der letzten Jahre, Eigenkapitalsquote rund 22,6 %. Das Risikokapital beträgt damit nicht einmal ein Viertel der Bilanzsumme.

Das Anlagevermögen ist mit mehr als 200 % des Eigenkapitals gedeckt, der größte Teil des Umlaufvermögens mit Fremdkapital.

Anlage- und Umlaufvermögen sind etwa gleich groß.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten übersteigen die Forderungen gegenüber Kunden bei weitem.

Das Unternehmen finanziert sich neben dem Eigenkapital

weniger durch Kredite (Verbindlichkeiten bei Banken), sondern sehr stark durch Schulden gegenüber Zulieferfirmen. Die starke Fremdfinanzierung betrifft also nicht nur das Umlaufvermögen, sondern auch die langfristige Substanz der Anlagewerte.

Das Unternehmen ist also weder besonders kapitalintensiv, noch besonders anlagenintensiv.

Anlagenintensive Unternehmen sind z.B. im Bereich der Grundstoffindustrie, Energieerzeugung, der chemischen Industrie und des Automobilbaues zu finden.

Wenig anlagenintensive Unternehmen sind z.B. Banken und Versicherungen (deren Aktiva überwiegend die vergebenen Kredite oder Guthaben bei anderen Instituten sind), Hightech-Unternehmen mit hohem Forschungsaufwand und Handelsunternehmen (deren Vermögen in Waren besteht).

### Seite 121, zu 4

**A 1:** Umsatzrentabilität 20 %, Arbeitsproduktivität 100 000 € (Produktionswert pro Mitarbeiter), Cashflow 40 000 €

### Seite 121, zu 5

**A 1: Fixe Kosten:** jährliche Abschreibung 1/10 des Anschaffungswertes, Versicherung und Kfz-Steuer.

**Variable Kosten:** Reparatur- und Wartungskosten, Benzin.

Die Berechnung kann für ein Jahr oder für alle 10 Jahre zusammen erfolgen. Berechnung für ein Jahr:

$$\text{Kilometerkosten} = \frac{\text{fixe Kosten} + \text{variable Kosten}}{\text{gefahrte Kilometer}}$$

Abschreibung	2 500,-	
Versicherung, Kfz-Steuer	1 200,-	
<b>Fixe Kosten</b>	3 700,-	<b>3 700,-</b>
Reparatur	1 100,-	
Benzin	2 000,-	
<b>Variable Kosten</b>	3 100,-	<b>3 100,-</b>
Gesamtkosten		<b>6 800,-</b>
durch Kilometer		<b>20 000 km</b>
		<b>= 34 Cent je Kilometer</b>

**A 2:** Eine nochmalige Berechnung wird empfohlen, bei der nur 10 000 Kilometer pro Jahr angenommen werden. Dann ergeben sich Gesamtkosten von 58 Cent je Kilometer. Dieses Ergebnis ist auf die gleich hohen Fixkosten zurückzuführen. Diese Tatsache wird als Fixkostenprogression bezeichnet. Diese ist in allen Unternehmen gegeben, die wegen Auftragsmangel Kapazitäten stillgelegt werden. Mehr gefahrene Kilometer (Ausweitung der Kapazitäten) bewirken eine Fixkostendegression. Diese ist das Geheimnis moderner Massenfertigung in großen Serien (Stückzahlen).

Abschreibung	2 500,-	
Versicherung, Kfz-Steuer	1 200,-	
<b>Fixe Kosten</b>	3 700,-	<b>3 700,-</b>
Reparatur	1 100,-	
Benzin	1 000,-	
<b>Variable Kosten</b>	2 100,-	<b>2 100,-</b>
Gesamtkosten		<b>5 800,-</b>
durch Kilometer		<b>10 000 km</b>
		<b>= 58 Cent je Kilometer</b>

Auf der Homepage finden Sie das Ergebnis einer Studie zu den tatsächlichen Kosten, die ein privat genutzter Pkw verursacht.

## Zur RGW-Homepage [www.hoelzel.at/rgw](http://www.hoelzel.at/rgw)

Auf der Homepage zu „RGW 7 NEU“ finden Sie und Ihre Schüler/innen Materialien und Informationen zu den Kapiteln dieses Buches. Da die Online-Inhalte immer wieder aktualisiert und ergänzt werden, kann es sein, dass die hier angeführten Inhalte mit dem tatsächlichen Angebot auf der Homepage nicht hundertprozentig übereinstimmen. Wir werden bei jedem Nachdruck des Begleitheftes diese Angaben aktualisieren.

### Zu Kap. 1.1

Arbeitsblatt: Österreich und seine räumlichen und wirtschaftlichen Merkmale im Zuge der Grenzveränderungen

### Zu Kap. 2.1

Text: Kurzcharakteristik der Klimate

### Zu Kap. 2.2

Kopiervorlage: Straßenkarte (Ausschnitt zu Abb. 17.1)

Kopiervorlage: Die Wachau

### Zu Kap. 2.3

Text: Stadtentwicklung Wiens

### Zu Kap. 2.4

Arbeitsblatt: Auswertung zu Abb. 23.1

Kopiervorlage: Straßenkarte (Ausschnitt zu Abb. 23.1)

### Zu Kap. 2.5

Kopiervorlage: Globaler Lufttemperaturverlauf

Kopiervorlage: Der Gletscherstand der Pasterze um 1928/29.

### Zu Kap. 2.6

Kopiervorlage: Straßenkarte (Ausschnitt zu Abb. 25.1)

Text: Der Wandel des Donauraumes bei Wien

Kopiervorlagen: Karten „Wien um 1869“ und „Wien um 1880“

Kopiervorlage: Stadtplan Wien heute

Kopiervorlage: Karte „Wien vor dem 2. Weltkrieg“

### Zu Kap. 3.4

Kopiervorlage: Bevölkerungsentwicklung

Arbeitsblatt: Blended-learning – Bevölkerungsentwicklung Österreichs

### Zu Kap. 3.5

Kopiervorlage: Bevölkerungsdichte der Steiermark

Kopiervorlage: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung Wiens 1996–2021

### Zu Kap. 4.1

Arbeitsblatt: Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Arbeitsblatt: Pfusch

Text: Pfusch

### Zu Kap. 4.2

Arbeitsblatt: Versuchen Sie sich als Wirtschaftspolitiker

### Zu Kap. 4.3

Text: Direktinvestitionen

### Zu Kap. 4.4

Arbeitsblatt: Entstehung des Bundesbudgets

Arbeitsblatt: Externe Kosten

Arbeitsblatt: Steuerpolitik

Text: Budgetdefizit

Text: Einkommensteuer

Text: Steuerpolitik

Text: Steuern

### Zu Kap. 4.5

Text: Einkommen und Umverteilung

Arbeitsblatt: Mindestlohn und Grundsicherung

Text: Sozialleistungen

### Zu Kap. 5.2

Arbeitsblatt: Landwirtschaft und Naturraum

Arbeitsblatt: Produktionsgebiete

Text: Österreichs Landwirtschaft in der EU

### Zu Kap. 5.3

Kopiervorlage: Straßenkarte zu S. 75

Kopiervorlage: Strukturmodell des Salzburger Zentralraumes

Kopiervorlage: Zentrale Orte im Bundesland Salzburg

Kopiervorlage: Raumordnung und Regionalentwicklung

Arbeitsblatt: Blended-learning zu Aichfeld

### Zu Kap. 5.4

Arbeitsblatt: Zahlungsbilanz

### Zu Kap. 6.1

Arbeitsblatt: Organigramm einer Schule

Arbeitsblatt: Managementebenen in einer Schule

Arbeitsblätter: Betriebliche Leistungsbereiche

Arbeitsblatt: Merkmale von Gesellschaftsunternehmen

Kopiervorlage: Übersicht über Rechtsformen für Unternehmen

Kopiervorlage: Investitionen

Zusatzinformation: Betriebserkundung

### Zu Kap. 6.2

Arbeitsblatt: Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche)

Arbeitsblatt: Beispiele zum Arbeitsrecht

Kopiervorlage: Bildschirmarbeitsplätze

Text: Lösungen zu den Beispielen zum Arbeitsrecht

Arbeitsblatt: Kollektivverträge

Arbeitsblatt: Werkvertrag

Text: Atypische Beschäftigung

### Zu Kap. 7.1

Arbeitsblatt: Konsumentenschutz

Text: Kaufkraftvergleich

Text: Verbraucherverhalten und Konsumentenschutz

### Zu Kap. 7.2

Arbeitsblatt: Industrie – Standorte

### Zu Kap. 7.3

Arbeitsblatt: Arbeitsmarkt im Tourismus

### Zu Kap. 7.4

Arbeitsblatt: Wechsel

Kopiervorlage: Geschäftsbereiche der Banken

Text: Österreichs größte Banken

### Zu Kap. 7.5

Arbeitsblatt: Aufgaben zum betrieblichen Rechnungswesen

Arbeitsblatt: Bilanz

Arbeitsblatt: Finanzierung

Arbeitsblatt: Gewinn- und Verlustrechnung

Arbeitsblatt: Investitionsrechnung

Arbeitsblatt: Kostenrechnung

Kopiervorlage: Gewinnverwendung im Unternehmen

**Auf der Homepage finden Sie zusätzlich zahlreiche Linkangaben, die sowohl als Zusatzinformation und Ergänzung dienen, die aber auch mit zusätzlichen Arbeitsaufgaben kombiniert sind.**